



AIB

2V 7426 E

2,- DM

Oktober

Nr. 10/1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

„Volksaufstand“ in Afghanistan?

Interview mit Präsident H. Amin



Nikaragua • Westsahara
Südliches Afrika
Mexiko

Inhalt

AIB-Aktuell: VI. Gipfel in Havanna	3
Afghanistan	
Wolfram Brönnner: „Volksaufstand“ oder Intervention?	4 – 6
Gespräch mit Hafizullah Amin: Das Volk ist von niemandem aufzuhalten	7 – 9
Deklaration der Kabuler Solidaritätskonferenz: Hände weg von Afghanistan	10
Nikaragua	
Begegnung mit Tomás Borge: Zivile Verteidigungskomitees – Hauptgaranten der Revolution	12 – 14
Fidel Castro: Verdienst der Sandinistas	15
Mexiko	
Gespräch mit Enrique Semo: Risse im System	16 – 19
Mexiko-Daten	18
Erklärung der mexikanischen Linksparteien zum Wahlausgang	19 – 20
Ägypten	
Michel Kamel: Ketten für die Opposition	22 – 23
Westsahara	
Jürgen Ostrowsky: Durchbruch der POLISARIO	24 – 28
Abkommen Mauretanien-POLISARIO	26
OAU-Empfehlung zur Westsahararfrage	27
Zimbabwe	
Philemon T. Makonese: Londons neues Manöver	29
T. George Silundika: Tendenz zur Einheit	30
Patriotische Front: Politische Grundsatzklärung vom 20. 8. 1979	31
Südafrika	
Interview mit Alfred Nzo: Nicht einige Krümel	32 – 33
BRD-Neokolonialismus	
Dieter Kramer: Auswärtige Kulturpolitik	34 – 37
Kulturpolitische Institutionen	36
Rezensionen: Krisenstrategien zum südlichen Afrika	38
Kurzinformationen: Iran, Indien, Brasilien, Angola, BRD-Chile	39
Kommentar: Die Bundeswehr östlich von Suez?	40



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.

Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093—607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 90000, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola

Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund

Druck: Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 14. 9. 1979

Es arbeiten mit: A. Boers, E. M. David, M. Hellmann, C. Lopez, J. Ostrowsky, W. Ritter, U. Rupp, B. Weng

Anzeigen, Beilagen: AIB-Werbekarte, Anzeige und Werbekarte der Deutschen Volkszeitung, Freundschaftsgesellschaft Österreich-Kuba, Verlag Marxistische Blätter, rote blätter, Blätter für deutsche und internationale Politik, UNIDOC, Das Argument

exklusiv- interview aus nicaragua



Die neuen „roten blätter“ bringen unter anderem:

- rb-Redakteur Michael Opperskalski war als Sprecher des „Iran-Solidaritätskomitees“ im Iran. Sein Exklusivbericht: Rechtsruck im Iran?
- Spartakisten waren in Nicaragua und berichten für die „roten blätter“
- Serie: 30 Jahre DDR – Ein Arbeiterveteran erzählt
- F. J. Strauß – Nein danke!
- Reggae – die neue Musikrichtung
- Brutalowelle bei den Filmen
- Diskussion zur Kindererziehung
- Aktionsvorschläge fürs Wintersemester und vieles mehr.

AIB-Aktuell: VI. Gipfel von Havanna

„Ja, wir sind ein sozialistisches Land, aber wir haben nicht vor, irgendjemandem, weder innerhalb noch außerhalb der Bewegung, unsere Ideologie oder unser System aufzudrängen. Ja, wir sind dem sowjetischen Volk für seine großzügige Hilfe zu tiefst verbunden, die uns erlaubt hat zu überleben, als wir äußeren Bedrohungen ausgesetzt waren. Wir glauben, daß kein Volk das Recht zur Undankbarkeit hat.“ Und: „Niemand hat uns jemals in unserem Leben versucht zu sagen, was wir zu machen haben. Niemand hat jemals versucht, uns unseren Standpunkt in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu diktieren. Niemand hat uns jemals gesagt, wann und wie wir die Revolution in unserem Vaterland machen sollen. Allein die Beschlüsse der Nichtpaktgebundenen werden unsere Position in der Bewegung bestimmen.“

Mit diesen Worten konterte Fidel Castro, der neue Präsident der nichtpaktgebundenen Bewegung, die Angriffe und die massive Gegenkampagne während des VI. Gipfeltreffens der Nichtpaktgebundenen vom 3. bis 8. September d. J. in der kubanischen Hauptstadt. Das Ziel dieser von Peking unterstützten westlichen Kampagne war klar auszumachen: Über die Angriffe auf das Gastgeberland sollte die antiimperialistische Schlagkraft der ganzen Bewegung geschwächt werden.

Vom Herbeireden einer angeblich bevorstehenden Spaltung über die direkte diplomatische Einflußnahme auf einzelne Mitgliedsländer reichte die imperialistische Taktik bis hin zur rechtzeitigen Produktion einer neuen CIA-Ente, 2000 bis 3000 Mann sowjetische Kampftruppen seien quasi über Nacht nach Kuba eingeschleust worden.

Dennoch wurde dieser VI. Gipfel zu einem Gipfel der Einheit und der antiimperialistischen Aktion, so der algerische Präsident Chadli Bendjedid. Die Rede Fidels prägte den weiteren Verlauf der Konferenz umso mehr als die antikommunistische Antwort-Provokation des Sadat'schen Außenministers auf die einhellige Ablehnung der Mitgliedsländer stieß. Die großen Themen des Gipfels, die die Beiträge der Redner bestimmten, waren der Kampf der Völker unter kolonialer Knechtschaft im Südlichen Afrika, in Palästina und der Westsahara, die Neue Internationale Wirtschaftsordnung, die Entwicklung des Weltfriedens und die Zukunft der Bewegung.

Das für die Kaffeesatzleser der bürgerlichen Journaille interessanteste Thema, die Auseinandersetzung um die weitere Mitgliedschaft des vom eigenen Volk verjagten Pol Pot-Regimes, wurde wenn nicht gelöst so doch einen Schritt weitergebracht. Saßen die Vertreter dieser Clique beim Vorbereitungstreffen in Colombo noch unter den Teilnehmern, so blieb ihr Platz diesmal leer. Und allgemein wird damit gerechnet, daß der ad-hoc-Ausschuß, an den die Frage überwiesen wurde, bis zum nächsten Gipfel in Bagdad/Irak die Frage zugunsten der rechtmäßigen Regierung entschieden haben wird.

In Havanna wurden sieben neue Mitglieder in die Bewegung aufgenommen: Nikaragua, Surinam, Bolivien, Iran, Pakistan, Grenada und die Patriotische Front Zimbabwes. Eine ganze Reihe dieser Länder spiegeln einen positiven Entwicklungstrend in der Welt wieder, der nicht zuletzt durch das Gewicht der Bewegung, in der sie jetzt Mitglied sind, möglich wurde. Hervorzuheben sind Nikaragua, das den Diktator Somoza stürzte; der Iran, dessen Volk sich der Schah-Diktatur entledigte; Grenada, das unter Maurice Bishop einen neuen Weg eingeschlagen hat; Surinam, das erst kürzlich das Joch der Kolonialherrschaft abwarf. Mit der Patriotischen Front ist nunmehr nach der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) die dritte Befreiungsbewegung Vollmitglied der Bewegung geworden. Damit ist die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder auf 95 angewachsen.

Angesichts dieser Breite, die eine Mannigfaltigkeit der Standpunkte notwendigerweise einschließt, ging die Diskussion um



Havanna: B. Ghali, ägyptischer Vizepremier, mit einsamer Gegenstimme

das Selbstverständnis der Bewegung, über das Konzept der Nichtpaktgebundenheit, seinen Stellenwert und Standpunkt in der internationalen Klassenaueinandersetzung weiter. Wenn gleich die Gründungsprinzipien von 1961 in Belgrad, in denen sich das Bemühen widerspiegelte, angesichts des Kalten Krieges formal eine Mittelstellung zwischen den „Blöcken“ einzunehmen, noch einmal bekräftigt wurden, so gibt es dennoch ein neues Verständnis von Nichtpaktgebundenheit, das des konsequenten Antiimperialismus, Antikolonialismus und Antineokolonialismus, das die neue Etappe der Befreiungsbewegung reflektiert.

Die klare antiimperialistische Grundorientierung der nichtpaktgebundenen Bewegung — und das ist unter dem Gesichtspunkt von Politik und Praxis entscheidend — kommt in den Beschlüssen von Havanna (ausführliche Analyse und Dokumentation erfolgt in: AIB, Nr. 11—12/1979) zum Ausdruck:

- Den nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere der PLO, der SWAPO und der Patriotischen Front wird die uneingeschränkte Unterstützung zugesichert. Die Ölstaaten werden aufgefordert, ihre Lieferungen an das rassistische Südafrika einzustellen. Die USA, die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich werden wegen ihrer Zusammenarbeit mit Südafrika namentlich verurteilt.

- Die entwickelten kapitalistischen Länder werden wegen ihrer starren Haltung bei der Verwirklichung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung scharf verurteilt.

- Das Separatabkommen von Camp David wird als im Widerspruch zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit bezeichnet und scharf verurteilt. Das auf 36 Mitglieder erweiterte Koordinierungsbüro der Bewegung wird damit beauftragt, für die dringende Einberufung einer Sondersitzung der Vereinten Nationen zur Palästinafrage zu sorgen.

- In der Westsaharafrage unterstützt die Bewegung die Beschlüsse der jüngsten OAU-Gipfelkonferenz in Monrovia (vgl. Beitrag in diesem Heft).

- In Lateinamerika unterstützen die Konferenzteilnehmer den antikolonialistischen Kampf der Völker Puerto Ricos, Belices, Guadeloupes, Martiniques und Französisch-Guyanas und fordern die Auflösung der US-Militärstützpunkte auf Kuba und Puerto Rico.

- Die Entspannungsprozesse in Europa werden als geeignet zur Überwindung der Militärböcke begrüßt. Gefordert wird der Übergang zur Abrüstung und zur Ausdehnung dieser positiven Entwicklung auf die Dritte Welt.

Die Stoßrichtung dieser Beschlüsse ist weder vereinbar mit einem systemunspezifischen Neutralismus noch ist sie in der Praxis durchzusetzen durch eine Politik des gleichen Abstands von den Hauptkrontrahenten der internationalen Klassenaueinandersetzung. Sie fordern eine entschiedene Gegnerschaft zum Imperialismus.

Wolfram Brönner

„Volksaufstand“ oder Intervention?



Kabuler Revolutionssymbol: Dieser Panzer eröffnete am 27. April 1978 den Sturm auf den Königspalast (jetzt „Haus des Volkes“ genannt)

Im August d. J. steigerte sich die westliche Kampagne gegen das revolutionäre Afghanistan in eine regelrechte Umsturzhyserie gegen die Volksregierung hinein. Man zeichnete ein

beunruhigendes Bild von der gegenwärtigen Situation in diesem zu den 5 ärmsten Entwicklungsländern gehörigen Land am Hindukusch: In und um Kabul schien demnach ein Bürgerkrieg libanesischen Zuschnitts im Gange. Die Volksregierung schien mit einem landesweiten „Volksaufstand“ konfrontiert, isoliert, schwerlich zu retten. Ihr revolutionäres Regierungsprogramm vom Mai 1978 (Wortlaut in: AIB, Nr. 10/1978) wurde für gescheitert erklärt.¹

Ein — wohl nur vorübergehendes — Abebben der Kampagne signalisierte dann Anfang September d. J., daß die Umsturzhoffnungen zu hoch gegriffen, der Coup vorerst einmal verpufft war. Was hatte sich wirklich zugetragen?

Die „Schlacht um Kabul“ fand nicht statt

Anfang August 1979, die regierende Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) hatte soeben die Intensivierung ihrer politischen Massenarbeit und die Umbildung der Armee in eine von unpatriotischen Elementen freie Volksarmee angekündigt, flog ein Putschplan einer Gruppe käuflicher Heeresoffiziere auf. Als die Volksmachtorgane am 5. August die Anführer der Verschwörung vorzeitig verhaften konnten, gingen die führungslosen Reste von Heeresangehörigen von der Kabuler Festung Balahissar aus zum Verzweiflungsangriff über. Er wurde in Kürze niedergeschlagen, der geplante Putschversuch schon im Keime erstickt. Die hierzulande geschilderten tagelangen Kabuler Straßenkämpfe fanden überhaupt nicht statt.

Mitte August d. J. verkündeten von pakistanischem Territorium aus Repräsentanten der sog. „Islamischen Rebellen“ großspurig, ihre Truppenverbände träten dieser Tage, da allorts der „heilige Krieg“ gegen die VDPA-Regierung tobe, zum „Marsch auf Kabul“ an. Von insgesamt 28 Provinzen befanden sich bereits 24 unter ihrer festen Kontrolle. Als ihr einigendes Ziel nannten diese insgesamt sechs Gruppierungen (vier bilden die sog. „Islamische Front“), die von den entmachteten afghanischen Feudalfamilien, reaktionären Kreisen Pakistans und des Iran, China und den Westmächten aufgepöppelt wurden, die „Errichtung einer Islamischen Republik.“² Kurz darauf hatten sie angeblich mit der Einnahme der Ostprovinz Paktya ihre erste „Islamische Republik“ geschaffen.³ Ein unaufhaltbarer Siegeszug?

Bei einem Afghanistan-Aufenthalt in der zweiten Augusthälfte konnte ich mich mit eigenen Augen davon überzeugen, daß es sich bei den Szenarios vom „Volksaufstand“ bzw. „der Schlacht um Kabul“ um bloße Wunschträume der Revolutionsgegner handelte. In Kabul selbst herrschte die ganze Zeit Ruhe. Bei Visiten der Teilnehmer der Kabuler Weltfriedensratskonferenz in den Provinzen Kunduz und Balkh (Mazare Sharif) im Norden, Ningarhar und Parwan im Osten, Kandahar im Süden und Herat im Westen erwies sich, daß sich die Lage nicht nur allenthalben unter Kontrolle der revolutionären Volksmacht befand. Es wurde auch deutlich, daß sie sich — wie eindrucksvolle Massendemonstrationen in allen Provinzhauptstädten bezeugten — der aktiven Unterstützung der werktätigen Massen und der Jugend sicher sein kann.

Kunduz und Paktya „völlig befreit“?

Die Volksverankerung der Revolutionsregierung hatten zuvor schon die Manifestationen in Kabul (Einwohnerzahl 850 000) von 1—1,5 Mio Menschen am 19. Oktober 1978 oder von Hunderttausenden zum 1. Jahrestag der Saur(April)-Revolution am 27. 4. 1979 dokumentiert.

Ähnliches erlebten wir am 27. 8. 1979 ausgerechnet in jener an die UdSSR angrenzenden Provinz Kunduz, die Tage zuvor von den „Islamischen Rebellen“ als beinahe „völlig befreit“ vorangekündigt worden war.⁴ Wir sahen stattdessen die Hauptstadt Kunduz und Umgebung unter sicherer Kontrolle der Volksmacht und das, was man eine begeisterungsfähige Bevölkerungsmehrheit auf Seiten der Revolution zu nennen pflegt: Etwa 8 000 von 10 000 Bewohnern, darunter auffallend viele Jugendliche, Frauen und auch Bauern, waren auf dieser von der VDPA organisierten Kundgebung auf den Beinen.

Zuguterletzt ging nicht einmal die kurzweilige Eroberung von Gardez, der Provinzhauptstadt von Paktya, auf das Konto jener hochdotierten „Islamischen Rebellen“. Vielmehr war sie das Werk eines der kriegerischen Paschtu-Stämme (1/5 der afghanischen Bevölkerung leben noch in nomadisierenden Stammesverbänden), deren Stammesfürsten den von der neuen Regierung befehdeten Drogen- und Waffenschmuggel pflegen. Aufgrund der faktischen Unkontrollierbarkeit der afghanisch-pakistanischen Hochgebirgsgrenzregion sind derartige sporadische Stammeseinfälle seit Jahrzehnten hin und wieder vorge-

kommen, ja schwerlich ganz auszuschließen. Nachdem in Gardez die Stammeskrieger führende Repräsentanten der revolutionären Verwaltung massakriert hatten, konnten sie freilich noch am gleichen Tage von Armeeinheiten wieder in die Flucht geschlagen werden.

Was von der behaupteten Beherrschung Afghanistans durch die „Aufständischen“ folglich unterm Strich bleibt, ist dies: Regelmäßige militärische Aktivitäten der konterrevolutionären Banden finden, nach dem Stand vom August/September 1979, lediglich in einigen Grenzprovinzen zu Pakistan statt. Hinzu treten sporadische Einfälle von Interventionstruppen, die unter Beteiligung regulärer bewaffneter Kräfte der pakistanischen und iranischen Armee vom Territorium dieser Nachbarländer aus ungehindert operieren.

Die bewaffneten Konterrevolutionäre schonen dabei keineswegs — wie der Korrespondent der Zeit vom 17. 8. 1979 weismachen möchte — die afghanistische Infrastruktur. Im Gegenteil, sie zerstören systematisch Brücken, Schulen und Krankenhäuser, sie ermorden Lehrer und Freiwillige der Alphabetisierungskampagne, sie zerstückeln Kinder und andere Familienangehörige von VDPA-Mitgliedern oder von Bauern, die sich im Zuge der Landreform in Kooperativen organisieren.

Das aber heißt, sie konzentrieren ihr Zerstörungswerk gegen die wichtigsten sozialen Errungenschaften der Volksrevolution, vorab gegen die antifeudale Agrarreform, die Bildungskampagne und die Wahrnehmung des Rechts der werktätigen Massen auf freie Organisation (Gewerkschaften, Bauern-, Frauen- und Jugendorganisationen waren unter den Feudalregimes Zahir Schahs und Dauds verboten).

Ganz nebenbei stecken die konterrevolutionären Banden Moscheen in Brand, um die VDPA damit als gottlose Brandstifter

denunzieren zu können und die religiösen Gefühle des afghanischen Volkes gegen die Revolution aufzuwiegeln. Aufs erste mag es ihnen auf diese Weise auch gelingen, bestimmte Bevölkerungskreise irrezuführen. Aber ihre Unterstützung im Lande reicht nicht einmal hin, um an Ort und Stelle Operationsbasen unterhalten zu können. Sie befinden sich vornehmlich auf pakistanischem Boden.

Zum anderen formierte sich unter Beteiligung aller Volksschichten Afghanistans eine breite Bewegung der Organisation in Komitees zur Verteidigung der Revolution, im Jugendverband, Gewerkschaften, Bauernvereinigungen u. a. m., so daß die Verteidigungsfähigkeit der Revolution bereits von schätzungsweise 300 000—400 000 Volksmilizionären gemeinsam mit der Nationalen Armee (über 100 000 Mann) mit abgesichert werden kann. Der Terror der konterrevolutionären Banden stößt daher heute auf die organisierte Gegenwehr einer bewaffneten Volksmacht, deren Basis nicht schmaler, sondern breiter geworden ist.

Verteidiger der Revolution — eine Massenbewegung

Das eigentliche Antriebsmoment dieser aktiven Volksunterstützung für die VDPA-Regierung liegt einfach darin, daß sie erstmalig in der Geschichte dieses Landes nicht leere Versprechungen gebracht hat: Schuldenfreiheit, eigenes Land für landlose bzw. arme Bauern, Sozialfürsorgemaßnahmen wie Versicherung, Renten, menschenwürdige Sozialwohnungen für Arbeiter und die Intelligenz, die Eröffnung von 600 Schulen und unentgeltliche Ausbildung für die Jugend, die Gleichstellung der Frauen und Nationalitäten — das sind einige der dramatischen



Massenmeeting vom 27. 8. 1979 in Kandahar — eines von vielen zur Unterstützung der Revolutionsregierung

Neuerungen seit dem 27. April 1978 (siehe detaillierter das nachstehende Gespräch mit H. Amin), die dem Volk konkrete Verbesserungen gebracht haben. Sie machten das Engagement für den revolutionären Prozeß zur eigenen Sache der werktätigen Massen.

Freilich stellt die radikale Beseitigung sämtlicher Positionen der alten Ausbeuterklassen durch die Volksregierung, stellt ihre sozialrevolutionäre Konsequenz für die Sachwalter des Neokolonialismus und der regionalen Reaktion ein rotes Tuch dar. Der Geruch nach einer sozialistischen Perspektive Afghanistans und die drohende Ausstrahlung dieses Revolutions-Beispiels auf die mittelasiatischen Nachbarstaaten läßt sie zu einer frühzeitigen bewaffneten Interventionspraxis Zuflucht suchen. Das enge Bündnis der Revolutionsregierung mit der benachbarten Sowjetunion (sie hat u. a. für den Fünfjahresplan 1979—84 mehr als 1 Mrd Dollar an Wirtschaftshilfe zugesagt und leistet das Gros der Militärhilfe), ein weiterer Garant der Verteidigungsfähigkeit des neuen Afghanistan, aber steht dem im Wege. Hinzu treten die Ambitionen der NATO-Mächte und Pekings, Afghanistan nach dem Verlust der US-Militärbastion Iran nun als militärstrategische Ersatzbasis gegen die Sowjetunion in den Griff zu bekommen.

Unheilige Allianz der Interventionsmächte

Die Behauptung von Afghanistans angeblicher uneigenständiger Revolution und Erniedrigung zur „sowjetischen Kolonie“ soll all diese Einmischungsmotive des Westens bemänteln. Die begleitende Lügenkampagne soll die eigenen Verbrechen am afghanischen Volk der VDPA-Regierung anlasten.

Zu diesem Schluß kamen auch die Repräsentanten des Weltfriedensrates aus über 50 Ländern, die vom 24.—27. August 1979 zur Internationalen Afghanistan-Solidaritätskonferenz in Kabul zusammentrafen. Sie ließen sich durch die internationale Verunsicherungs-Propaganda nicht beirren und erklärten sich uneingeschränkt solidarisch mit der afghanischen Saur-Revolution. Und sie richteten ihr Hauptaugenmerk gerade auf die imperialistische Teilhabe an der — so heißt es in einer Konferenzbotschaft an die XXXIV. Vollversammlung der Vereinten Nationen — „bewaffneten Intervention gegen die Demokratische Republik Afghanistan“. Dasselbe Votum findet sich in der Abschluß-Deklaration (voller Wortlaut nachstehend) und den anderen Resolutionen dieser Konferenz, die das Startzeichen zu einer breiten internationalistischen Solidaritätsbewegung für das afghanische Volk geben wollte.

Wie Romesh Chandra, der Präsident des Weltfriedensrates, in seiner Rede in Kabul herausstrich, geht es in allererster Linie auf den US-Imperialismus und speziell den Geheimdienst CIA zurück, daß nach der Saur-Revolution unverzüglich eine antiafghanische Interventionstruppe auf pakistanischem Territorium angeheuert wurde. Bis heute wird sie vom Ausland mit Dollars besoldet, mit Waffen ausgerüstet und militärisch trainiert. Dem diente auch ein Besuch von Abgeordneten des US-Kongresses Mitte August d. J. im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet.⁵

Die Beweismaterialien sind für jeden Kabul-Besucher einsehbar: Wir sahen auf einer Ausstellung im Intercontinental-Hotel amerikanische neben chinesische, iranisch-israelische und pakistanische Waffen, welche afghanische Armeeeinheiten von „Islamischen Rebellen“ erbeuteten. Wir sahen ebenfalls Dokumente von Dollarüberweisungen an afghanische Bandenführer in Pakistan.

Der Tatbestand, daß die Pekinger Führung erneut Waffen an konterrevolutionäre Söldnertruppen liefert und sich an ihrer Ausbildung beteiligt, kann nach den maoistischen Angriffen auf das revolutionäre Angola oder Vietnam⁶ kaum noch schockieren. Kaum glaublich muten hingegen gegenrevolutionäre Rundfunk-Appelle Ayatollah Khomeinis (so etwa am 19. 8. 1979) an, Armee und Beamte Afghanistans sollten die angeb-

lich antiislamische VDPA-Regierung stürzen. Damit stellt sich Ayatollah Khomeini objektiv in eine Reihe mit dem US-Imperialismus, also dem Hauptfeind des revolutionären Prozesses im Iran wie in Afghanistan. Das erreaktionäre Militärregime Ziaul-Haq aber spielt aufgrund seiner frapperenden neokolonialistischen Abhängigkeit den Part des willfährigen Erfüllungsgehilfen Washingtons. Von Ziaul-Haq wird die pakistanische Intervention offen als islamischer Kreuzzug gegen die „kommunistischen Führer“ in Kabul propagiert.

Wo aber stehen die herrschenden Kreise der Bundesrepublik? Krasseste Indizien: Die mit der Untersuchung des mißlungenen Putschversuches von Anfang August d. J. betraute afghanische Kommission deckte Spuren von den käuflichen Armeeangehörigen hin zu Agenten des CIA und des bundesdeutschen BND auf. Westdeutsche Rundfunkanstalten und Presseorgane öffnen ihre Kanäle bzw. Spalten bereitwillig für die Umsturzappelle und die Greuelpropaganda der „Islamischen Rebellen“. Auch fand im August auf westdeutschem Boden ein Treffen der konterrevolutionären afghanischen Führer, an ihrer Spitze der Königsschwiegerson General Abdul Wadi, statt.

Diesen und anderen Interventionsverwicklungen des BRD-Imperialismus gegen die afghanische Revolution liegen handfeste Wirtschaftsinteressen zugrunde: BRD-Konzerne, so Höchst als viertgrößter Privatbetrieb des Landes, profitierten vor dem April 1978 mit ihren Niederlassungen von den Niedrigstlöhnen. Die Bundesrepublik stieß Mitte der 70er Jahre auf Rang 5 unter den afghanischen Handelspartnern (hinter der UdSSR, den USA, Japan und Indien) und auf Rang 3 der Entwicklungshilfegeber (hinter der UdSSR und den USA) vor. Bundesbürger stellten in Afghanistan vor 1978 mit ca. 400 Personen die mit größte Ausländerkolonie (bei rund 2400 Ausländern). Bonn betrieb seit Jahrzehnten in Kabul zwei deutschsprachige Schulen und seit über 20 Jahren die alleinige Ausbildung des afghanischen Polizeiapparates.

Die von der Volksregierung vollzogene Verstaatlichung des Höchst-Kapitals quittierte die Bundesregierung mit einer zunächst abwartenden Position, denn noch hegte sie offenbar Zweifel über die Radikalität des revolutionären Prozesses. So gab es keine Streichung der Bonner Entwicklungshilfe an Afghanistan für den Zeitraum 1978—80 in Höhe von insgesamt 70 Mio DM. Inzwischen freilich scheint in Bonn Gewißheit darüber eingekehrt, daß es sich bei den von der VDPA eingeleiteten Veränderungen um eine echte soziale und antiimperialistische Revolution handelt. Dies jedenfalls zeigt das in den letzten Monaten offiziöse Einschwenken auf den angloamerikanischen Konfrontationskurs an.⁷

Umso stärker sind die demokratischen Kräfte in den USA, der BRD, Großbritannien u. a. NATO-Staaten zur Verantwortung gerufen. Nicht zuletzt durch ihren Druck können — wie jüngst im Falle Nikaraguas erfolgreich — diesen mächtigsten Kontrahenten der Demokratischen Republik Afghanistan die Hände gebunden werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. stellvertretend für die hiesigen Medien die Korrespondentenberichte in: Die Zeit, 17. und 24. 8. 1979
- 2) Le Monde, Paris, 14. 8. 1979
- 3) International Herald Tribune, Paris, 20. 8. 1979
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21. 8. 1979
- 5) Kabul Times, 25. 8. und 26. 8. 1979
- 6) Siehe detailliert in: AIB, Nr. 4 und 5/1979
- 7) Angaben nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Afghanistan. Wirtschaftliche Entwicklung 1977, Juni 1978; FAZ, 6. 1. 1975, 24. 7. 1976 und 2. 5. 1978; Great Leader Noor Mohammad Taraki reports on one year activity. 26th April 1979, Kabul 1979, S. 36 ff.

Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion,
nicht bei der Post, bekanntgeben!

Gespräch mit Hafizullah Amin

Das Volk ist von niemandem aufzuhalten

Ende August d. J. stellte sich im Kabuler Regierungssitz Hafizullah Amin als Erster Minister der Volksregierung sowie Sekretär und Politbüromitglied der Volksdemokratischen Partei Afghanistans den Fragen progressiver Journalisten aus der Bundesrepublik (AIB), Italien, Belgien, der Türkei, Zambabwe, Indien, Jemen, Mexiko, Venezuela, Chile u. a. m. Im Vordergrund des Interesses stand die Information über Charakteristika und verschiedene Seiten des revolutionären Prozesses in Afghanistan. Wir dokumentieren das Rundtisch-Gespräch mit nur geringfügigen Auslassungen.

FRAGE: Herr Minister, Anfang August d. J. fand in Kabul offensichtlich eine Art Putschversuch statt. Westlichen Agenturen zufolge soll es hier tagelang bewaffnete Zusammenstöße gegeben haben. Was passierte wirklich?

H. AMIN: Diese Aktion resultierte aus der Infiltration seitens ausländischer reaktionärer Kreise, u. a. Pakistans und des Iran. Es handelte sich um eine eng begrenzte militärische Erhebung im südöstlichen Randgebiet der Hauptstadt. Sie war nicht sehr weitreichend, so daß wir sie sehr leicht und schnell unter Kontrolle bringen konnten.

FRAGE: Wer trägt im wesentlichen die konterrevolutionären militärischen Aktivitäten gegen die bzw. in der Demokratischen Republik Afghanistan (DRA)? Welche Rolle spielen dabei die USA?

Geld und Waffen aus den USA, China . . .

H. AMIN: Sie hatten selbst Gelegenheit, sich anhand von vielen Belegen bzw. Dokumenten davon zu überzeugen, daß die reaktionären Kreise Pakistans und des Iran eigene bewaffnete Konterrevolutionäre nach Afghanistan einschleusen. Zweitens gibt es Kräfte des alten Regimes in Afghanistan selbst, die Feudalfamilien und ihren Troß. Sie, die mit der Revolution entmachtet und geschlagen wurden, können nur gestützt auf äußere Hilfe ihre Kräfte wieder regenerieren.

Drittens haben wir es mit der Verwicklung der imperialistischen Länder in die konterrevolutionären Aktivitäten gegen Afghanistan zu tun. Die von ihnen unternommenen Schritte der Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten fangen an mit der Bereitstellung ihrer Radiostationen für die Konterrevolution. Natürlich versorgen sie die Konterrevolutionäre auch reichlich mit Waffen. Das weisen die von uns erbeuteten Waffen aus. Unter ihnen finden sich US-amerikanische und chinesische Fabrikate.

Wie die von uns ermittelten Geldzuweisungen zeigen, erhalten die Konterrevolutionäre ferner Finanzhilfe aus verschiedenen Ländern: Dollars, Pfund, Rials und DM.

FRAGE: Wie beurteilen sie die afghanische Landreform insgesamt. Inwiefern kann man sie mit der Agrarfrage in den Nachbarländern Afghanistans vergleichen?

H. AMIN: Wir gehen davon aus, daß die Landreform, was die unentgeltliche Landverteilung betrifft, abgeschlossen wurde. Aber wenn man die Entwicklung der Produktivität mit berücksichtigt, so wird sie viele Jahre fortauern.

Ich möchte es Ihnen überlassen, einen Vergleich der Agrarfrage in Afghanistan mit der in den Nachbarländern zu ziehen. Ich



Hafizullah Amin, seit dem 17. 9. 1979 neuer Generalsekretär der Volksdemokratischen Partei (VDPA) und Präsident des Revolutionsrates. Die Ablösung Noor M. Tarakis wurde von H. Amin in seiner ersten Rundfunkansprache mit dem Bestreben der VDPA-Führung begründet, Personenkulturscheinungen und Eigenmächtigkeiten durch eine Rückkehr zum kollektiven Führungsstil zu überwinden. Präsident H. Amin bekräftigte zudem die sozialistische Orientierung der Revolutionsregierung.

beschränke mich auf unsere eigene Landreform, die unter der Führung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA)¹ durchgeführt wurde und die wir innerhalb von nur sechs Monaten zum Abschluß bringen konnten.

Soviel ich weiß, ist dies die radikalste und demokratischste Landreform, die in unserer Zeit durchgeführt wurde. Und sie wurde durchgeführt unter voller Beteiligung der Bauern selbst.

FRAGE: Wie groß ist der Umfang des kultivierbaren Bodens in Afghanistan und welche Ausmaße hat die Landreform angenommen?

H. AMIN: Es gibt 7,8 Mio ha kultivierten Landes in Afghanistan.² Der Rest der Landesfläche gehört dem Volk und den Staatsfarmen.

Das an nahezu 300 000 Familien verteilte Land hat eine durchschnittliche Ausdehnung von 10,2 ha. Anfangs waren es noch im Schnitt 5,1 ha.

FRAGE: Mit welchen Schwierigkeiten sehen Sie sich bei der Landreform aufgrund der zutiefst rückständigen Ausgangslage konfrontiert?

H. AMIN: Bekanntlich war vor der Revolution für Afghanistan die feudale Produktionsweise kennzeichnend. Mit der Beseitigung des Feudalregimes und dem Sieg der Saur(April)-Revolution wurde der Feudalismus gestürzt und mit der Anwendung der Landreform³ logischerweise völlig entwurzelt.

Die Essenz der Produktion in der Feudalgesellschaft besteht namentlich in der Rückständigkeit der Produktionsverhältnisse. In Afghanistan wird sie noch lange nachwirken. Aber wir haben in den sechs Monaten der Landverteilung an die landlosen Bauern 1 500 Traktoren an Bauernkooperativen gegeben und 600 Hilfsstationen für die Kooperativen in verschiedenen Teilen des Landes errichtet.

FRAGE: Nach welchen Gesichtspunkten nehmen Sie die Landverteilung vor?

H. AMIN: Sie wurde nach Gesichtspunkten der Produktivität des jeweiligen Landes vorgenommen. Die Berechnungsgrundla-

ge war 1/5 ha Land (= 1 jirib; d. Red.). Basierend auf dieser Kalkulationsweise verteilen wir das jeweilige Land an die Bauern.⁴

Alles brachliegend⁴ oder mit Naturressourcen ausgestattete Land ist schon zuvor nationalisiert worden.

FRAGE: Erstreckt sich die Landvergabe an die landlosen Bauern auf das ganze Territorium Afghanistans oder nur auf einzelne Regionen?

Den Feudalismus entwurzelt

H. AMIN: Wir sind alle sehr stolz darauf, daß unsere Landverteilung erfolgreich im gesamten Lande durchgeführt wurde. Obwohl sich die Konterrevolutionäre allorts auf ausländische Helfershelfer stützen können, um die Landreform zunichte zu machen, gelingt es ihnen nicht. Wenn das Volk dem begegnet, sind sie dazu nicht in der Lage. Wenn das Volk sich etwas vornimmt, ist es durch niemanden aufzuhalten.

FRAGE: Welchen Anteil an der Bevölkerung haben die Nomaden? Welche Vorstellungen liegen Ihrer Politik gegenüber diesen Nomaden zugrunde?

H. AMIN: Es gibt in Afghanistan rund 3 Mio Nomaden, die auf die verschiedenen Gebiete der paschtunischen und belutschischen Region verteilt sind.⁵ Sie ziehen auch hinab zum Indus-Strom (in ihn mündet auf pakistanischem Territorium der Kabul-Fluß ein; d. Red.).

Wir haben ein Hilfsprogramm für die Nomaden erarbeitet in der Hoffnung ihnen über die Ausdehnung der Weideflächen, über die Anhebung des Viehbestandes und Ausbildungshilfen mehr Erleichterungen zu verschaffen. Zusätzlich haben wir ihnen das Land gegeben, das sie brauchen, um in einem Gebiet leben bzw. seßhaft werden zu können.

FRAGE: Haben sich hierbei schon konkrete Erfolge eingestellt?

H. AMIN: Es gibt bisher noch keine Nomadenfamilien, die daraufhin seßhaft geworden wären. Aber wir animieren die Nomaden dazu, Land zu übernehmen und ein neues Leben anzufangen. Es braucht Zeit, sie dazu zu ermutigen.

FRAGE: Man hörte von den Anstrengungen Ihrer Regierung den Analphabetismus zu überwinden. Wie weit ist die Alphabetisierungskampagne gediehen?

H. AMIN: Wir haben uns in unserem ersten Fünfjahrplan 1979—84 vorgenommen, im ersten Planjahr 1 Mio Analphabeten zu unterrichten und ihnen Bildungskurse anzubieten. Aber glücklicherweise erreichten wir schon in den ersten Monaten nahezu 1 Mio Menschen. Den größten Teil der Arbeit leisteten die Jugendorganisation, freiwillige Jugendliche und die Erzieher.



Freudentanz neuer afghanischer Landbesitzer

FRAGE: Welche Prinzipien liegen Ihrer Nationalitätenpolitik im Vielvölkerstaat Afghanistan zugrunde?

H. AMIN: Wir sind sehr froh über unsere Nationalitätenpolitik, die erfolgreich durchgeführt wird, da wir dabei sind, eine Gesellschaft, die die Gleichheit und Brüderlichkeit aller Nationalitäten anerkennt, zu schaffen. Nun sind alle in Afghanistan lebenden Nationalitäten gleichberechtigt und es gibt keine nationale Unterdrückung oder Unterwerfung, keine nationale Überlegenheit oder Unterwürfigkeit mehr in unserem Land.

Wir sind dabei, die Struktur der Gesellschaft entsprechend den unterschiedlichen in Afghanistan vorhandenen Nationalitäten zu reorganisieren. Die gesamte Verwaltung des Landes und die Gliederung der Provinzen werden auf den gleichen Rechten jeder Nationalität fußen.

FRAGE: Was ist Ihr Konzept zur Organisation der Massen?

H. AMIN: Wir sind bestrebt, das ganze werktätige Volk auf verschiedenste Weise und über politische Aktivitäten an der Seite der VDPA einzubeziehen. Die VDPA ist eine Partei der Arbeiterklasse, die all jenen Söhnen und Töchtern des werktätigen Volkes offen steht, die die Ideologie, das Programm und die Prinzipien der Partei akzeptieren.

Neben dieser Partei gibt es viele Organisationen, an denen sich das afghanische Volk beteiligen kann, so die Gewerkschaften, die Jugendorganisation, die Frauenorganisation, die Komitees zur Verteidigung der Revolution, die Kooperativen, Bauernfonds, Schriftstellervereinigungen, Solidaritäts- und Friedenskomitees.

Erstmals Privilegien für die Massen

FRAGE: Welche Errungenschaften der Revolution, neben den bereits angesprochenen Aspekten, lassen sich anführen?

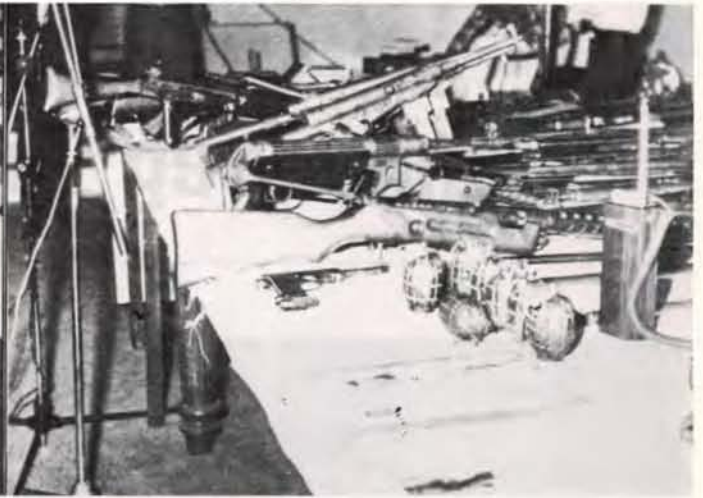
H. AMIN: Es wurden viele Schritte eingeleitet, welche die Errungenschaften der Saur-Revolution illustrieren. Bereits in den ersten vier Tagen nach der Revolution konnten wir die Demokratische Republik Afghanistan proklamieren, den Revolutionärsrat (als höchstes Staatsorgan; d. Red.) etablieren und die Chancengleichheit für die Arbeiter verankern. Nun kamen die Werktätigen erstmals in den Genuß solcher „Privilegien“ wie Pensionsanspruch, Recht auf Zusammenschluß, auf Sozialversicherung, auf Wahl des Arbeitsplatzes, auf Ausbildung u. a. m. Ferner haben wir die Bauern von der Lehnsabhängigkeit und den Schuldenhypothen der Grundbesitzer und Feudalen befreit. Wir brachten die Landreform hinsichtlich der Verteilung des befreiten Landes an die landlosen Bauern zum Abschluß und errichteten mehr als 900 Landwirtschaftskooperativen.

Vor der Revolution wurden die Mädchen verkauft und das Feudalsystem in Afghanistan war hierin sehr streng. Aber wir haben das aufgehoben, so daß Mädchen und Jungen jetzt ihre Bindung oder ihre Heirat frei wählen können.

Ein weiterer großer Schritt wurde ferner mit dem Entwurf und der Inangasetzung des Fünfjahresplanes getan, der eine Vielzahl an Industrialisierungsvorhaben beinhaltet. Außerdem wurden bislang mehr als 600 Schulen und Hochschulen für die Jungen und Mädchen des Landes eröffnet. Und den Söhnen und Töchtern des werktätigen Volkes wurden alle Möglichkeiten zum Schul- und Hochschulbesuch eröffnet. Zugleich ist das Alphabetisierungsprogramm weit vorangekommen. Das waren einige Beispiele.

FRAGE: Was steckt dahinter, wenn Sie den Begriff von der „neuen Modell-Revolution“ verwenden?

H. AMIN: Leider haben wir nicht die Zeit, um hierauf detailliert einzugehen, obwohl man eigentlich Ihre kritische Frage ebenso kritisch beantworten müßte. Sicherlich kann man sagen, daß hier erstmals in einer Feudalgesellschaft eine Arbeiterklasse-Revolution stattfand, die geführt und zustandegebracht wurde von der Volksdemokratischen Partei. Durch sie übernahm eine proletarische Führung die Macht. Das eigentlich Neue an dem „Modell“ ist, daß dies in einer feudalen Gesellschaft geschah.



Diese Propagandaschriften, Geldnoten und Waffen wurden von konterrevolutionären Gruppen auf afghanischem Boden erbeutet. Linkes Foto: Diese Patronenhülsen und Flugblätter sind aus Pakistan eingeschleust, wie ihre pakistanische Schrift bezeugt. Rechtes Foto: Das Arsenal dieser auf afghanischem Boden erbeuteten Waffen weist die Herkunftsländer der militärischen Ausrüstung der „Islamischen Rebellen“ aus. Die Maschinenpistolen, Handgranaten, Funkgeräte usw. stammen aus den USA, China und Pakistan.

FRAGE: In welcher Etappe der Revolution befindet sich Afghanistan gegenwärtig und was ist Ihr Ziel?

H. AMIN: Wir befinden uns in einer Übergangsperiode vom Feudalismus zum Sozialismus. So wird es eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geben.

FRAGE: Wie wollen Sie dabei die Probleme mit der islamischen Religion lösen?

H. AMIN: Wir werden von unseren Gegnern in aller Welt immer wieder aus einer religiösen Sichtweise heraus kritisiert. Wir haben der Religion und der Religiosität der Bevölkerung stets Respekt erwiesen. Die Imperialisten, die Konterrevolutionäre, die Feinde Afghanistans benutzen die Religion gegen uns, wiewohl es aus religiöser Sicht nichts an uns auszusetzen gibt.

FRAGE: Welche Rolle gedenkt Afghanistan in West- und Mittelasien zu spielen?

H. AMIN: Wir wollen nicht unsere Revolution exportieren. Afghanistan geht in erster Linie — und wir alle sind stolz darauf — von dem Anspruch aus, daß Freiheit und Freundschaft allen Völkern der Region zum Nutzen gereichen.

FRAGE: Angesichts des äußerst niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes Ihres Landes und des Übergewichts der Bauernschaft kommen Zweifel auf, ob von einem realen Vorhandensein der Arbeiterklasse in Afghanistan überhaupt schon die Rede sein kann . . .

H. AMIN: Wie ich schon in meiner Rede auf der Weltfriedensratskonferenz am 24. August d. J. erklärte, war die Bourgeoisie vor der Revolution sehr schwach in Afghanistan. Naturgemäß ist das afghanische Proletariat, da die Bourgeoisie so schwach ist, ebenfalls schwach. Jedoch existiert das Proletariat in Afghanistan, und zwar als eine Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes. Sie macht fast 6% der Gesellschaft aus.

Die Regierung hat Arbeitercharakter

FRAGE: Sie haben in der erwähnten Rede auch betont, daß Ihre Revolutionsregierung insofern proletarischen Charakter trage, als sie sich auf die Ideologie der Arbeiterklasse und — mit der VDPA — auf eine dem Selbstverständnis nach proletarische Partei stütze. Welchen Platz weisen Sie dann der Bauernschaft im revolutionären Prozeß zu?

H. AMIN: Wir machen uns dabei keine Illusionen. Aber wir sind überzeugt, daß die proletarische Diktatur sich auf das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern gründen muß.

Nur so kann unsere Arbeiterklasse den Weg zum Sozialismus beschreiten. Das erfordert die Entwicklung von Klassenbewußtsein über einen langen Zeitraum.

FRAGE: Afghanistan hat in der Vergangenheit stets Bedarf an Nahrungsmittelimporten gehabt. Stellt Sie das derzeit vor ernste Probleme?

H. AMIN: Nein. Das was wir vom Ausland brauchen ist lediglich Weizen. Den haben wir bekommen.⁶ Wir hoffen, daß wir in einigen Jahren Selbstversorger sein können, was den Getreidebedarf betrifft.

FRAGE: Meinen Sie nicht, daß die Auslandshilfe eine Gefährdung und Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und Außenpolitik Afghanistans bedeutet?

H. AMIN: Wir werden nie irgendeinen Beistand oder irgendeine Hilfe annehmen, welche man sog. Hilfe nennen müßte. Nur sie könnte eine Gefährdung unserer Unabhängigkeit und Außenpolitik bewirken.

Wir haben nie irgendeine Art von Schuldenstundung, Krediten oder Anleihen angenommen, die diese Freiheit beschnitten hätte. Wir sind sehr stolz, daß wir Hilfe und Beistand von befreundeten Regierungen⁷ ohne Bedingungen erhalten haben. Mehr noch, sie haben von sich aus unsere Freiheit, Unabhängigkeit und freie Entscheidungsbefugnis über unsere Außenpolitik respektiert.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) wurde 1965 unter Leitung von Noor Mohammad Taraki gegründet. Trotz Illegalität und nur zeitweiliger Halblegalität konnte sie bereits vor der Saur-Revolution Masseneinfluß, speziell in der Unterschicht, der Intelligenz und der Armee, erlangen. Ihre damals in die Zehntausende gehende Mitgliederzahl hat sich nun auf über 100 000 vervielfacht.
- 2) Etwa 85 % der Landesfläche bestehen aus Bergen und Wüsten, von den hier erwähnten 7,8 Mio ha = 12 % kultiviertem Bodenanteil sind etwa 2/3 bewässert. Daten nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA), Afghanistan. Wirtschaftliche Entwicklung 1977, Juni 1978, S. 10
- 3) Tilgung der bäuerlichen Schulden an die feudalen Großgrundbesitzer, deren Enteignung usw.
- 4) Das Bodenreformgesetz vom November 1978 stufte das zu verteilende Land zum Verrechnungszweck in drei Kategorien und sieben Grade ein, wobei der verschiedenartigste Bewässerungsgrad, die Fruchtbarkeit des jeweiligen Bodens usw. eine unterschiedliche Flächenzuteilung zwischen 5 und 50 jirib ergab. Siehe Wortlaut des Gesetzes in: AIB, Nr. 6/1979, S. 20/21
- 5) Nimmt man eine Gesamtbevölkerung Afghanistans von 15—17 Mio Menschen an, so machen die Nomaden rund 20 % aus. Daten nach BfA, Afghanistan . . . , a. a. O.
- 6) Die größten Weizenlieferungen für Afghanistan kamen 1978/79 aus der UdSSR, Indien, den USA und der Europäischen Gemeinschaft. Siehe: Great Leader Noor Mohammad Taraki reports on one year activity. 26th April 1979, Kabul 1979, S. 15 und Kabul Times, 22. 8. 1979
- 7) An der Spitze der Auslandshilfegeber rangieren die UdSSR, die UNO, die CSSR und Bulgarien. Great Leader . . . , a. a. O., S. 35—38

Deklaration der Kabuler Solidaritätskonferenz Hände weg von Afghanistan!



Die internationale Solidaritätskonferenz mit dem Volk von Afghanistan, die vom Welfriedensrat vom 24.—27. August 1979 in Kabul veranstaltet wurde, hat Vertreter internationaler Organisationen mit Hunderten von Millionen Mitgliedern aus über 150 Ländern aller Kontinente sowie Vertreter nationaler politischer Parteien und Massenorganisationen zusammengebracht, die das breiteste Spektrum politischer Standpunkte aller Kontinente repräsentieren. Sie erklärt ihre vollständige und vorbehaltlose Unterstützung und Solidarität mit dem Volk von Afghanistan, das im Gefolge der Saur(April)-Revolution von 1978 den Weg zum Aufbau eines neuen Lebens, frei von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, eingeschlagen hat.

Während der letzten 1 1/4 Jahre nach der Saur-Revolution, unter der Führung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans, unter dem Vorsitz ihres Generalsekretärs des Zentralkomitees der Volksdemokratischen Partei, Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan, Noor Mohammad Taraki, hat Afghanistan bemerkenswerte Erfolge auf vielen Gebieten erreicht. Die Jahrhunderte alte Sklaverei der afghanischen Bauern, der Opfer feudaler Ausbeutung und des Wuchers, ist heute eine Episode der Vergangenheit. Landlose und arme Bauern in den abgelegenen Dörfern, aller ihrer elementaren Menschenrechte und Würde beraubt, sind heute Herren genau des Landes, das sie als Knechte der feudalen Großgrundbesitzer bestellt hatten.

Erziehung ist nicht länger das Monopol einer Handvoll aus der Elite, die in der Vergangenheit die am meisten begünstigten Personen waren. Medizinische Versorgung und Einrichtungen, die in der Vergangenheit das Monopol einer Handvoll von Ausbeutern waren, sind nun in den Dienst des Volkes gestellt. Frauen, die am meisten unterdrückte Schicht der Bevölkerung, genießen heute gleiche Rechte und Möglichkeiten. Die Frauen spielen heute ihre fundamentale Rolle beim Aufbau der neuen afghanischen Gesellschaft.

Die verschiedenen Nationalitäten in der afghanischen Gesellschaft von heute genießen gleiche Rechte und haben die volle Gelegenheit zu erblühen — eine Gelegenheit von der sie vorher niemals geträumt haben. Die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan hat grundlegende und praktische Schritte ergriffen, um Unterdrückung, Hunger, Armut, Analphabetentum und Ausbeutung durch eine Handvoll Privilegierter in der alten afghanischen Gesellschaft auszurotten. Eine neue Gesellschaft, ein neues soziales System, ein neues Zeitalter in der Geschichte Afghanistans — das sind die Früchte der Saur-Revolution. Die Konferenz verurteilt schärfstens die verwerfliche Intervention, die die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion gegen Afghanistan unternommen haben.

Die US-Imperialisten, die internationale Reaktion und die expansionistischen und kriegslüsternden Führer der Volksrepublik China finanzieren, organisieren und trainieren reaktionäre Kräfte in Pakistan und im Iran zum Zwecke der bewaffneten Intervention gegen die Demokratische Republik Afghanistan.

Eine Handvoll reaktionärer Elemente, Unterstützer der alten Monarchie und der Feudalherren und ihrer Günstlinge werden vom CIA und seinen reaktionären Verbündeten benutzt, um Erklärungen im Radio und in der Presse des Imperialismus, der internationalen Reaktion, der Expansionisten und Hegemonisten abzugeben. Und zwar sollen sie suggerieren, daß diese bewaffneten Soldner, von denen viele zu den paramilitärischen Truppen Pakistans gehören, die bei ihren Angriffen auf Afghanistan kleine Mädchen und Jungen in Stücke schneiden, alte Menschen töten, Schulen, Krankenhäuser, Moscheen niederbrennen, Brücken, Straßen und Gebäude zerstören und brutale und grausame Angriffe gegen Dörfer durchführen, Teil eines sog. „Aufstandes“ des Volkes von Afghanistan gegen die Volksdemokratische Partei von Afghanistan und die Regierung von Afghanistan seien.

Die Konferenz grüßt das Volk von Afghanistan, das einheitlich und standfest der Intervention Widerstand leistet und entschlossen ist, die Errungenschaften der Saur-Revolution zu verteidigen, zu bewahren und zu festigen. Im Namen der Millionen Menschen, die sie die Ehre haben zu vertreten, drücken die Delegierten ihre volle Unterstützung und Solidarität mit dem Volk von Afghanistan aus.

Die Konferenz heißt die friedliche Politik der Demokratischen Republik Afghanistan und die Anstrengungen willkommen, die die Regierung und das Volk der Demokratischen Republik Afghanistan unternommen haben, um normale, gutnachbarschaftliche Beziehungen mit Pakistan und Iran zu unterhalten, und die Bereitschaft, die die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan ausgedrückt hat, Gespräche mit diesen Ländern zu diesem Zweck auf jeder Ebene zu führen. Diese Politik ist ein lebendiger Beitrag zur Festigung von Frieden und Sicherheit in der Region.

Solidarität gegen die ausländischen Interventionen

Die Konferenz ersucht die Völker aller Länder, deren Territorium und Ressourcen für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans benutzt werden, entschlossen zu handeln, um den Verschwörungen der imperialistischen, reaktionären und expansionistischen Kräfte eine Niederlage zu bereiten.

Die Konferenz verurteilt schärfstens die Lügen- und Verleumdungskampagnen gegen die Demokratische Republik Afghanistan und appelliert an jeden Mann und jede Frau auf der Welt, die zu der imperialistischen Politik der Destabilisierung und Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Ländern in Opposition stehen und die für die Verteidigung ihrer Souveränität und territorialen Integrität sind, die Kampagne der Solidarität und Unterstützung für das Volk und die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan zu intensivieren.

Laßt die Imperialisten und Reaktionäre wissen, daß das Volk von Afghanistan, vereint unter dem Banner der Demokratischen Republik, die Macht, die Stärke und die Entschlossenheit besitzt, allen Manövern und Verschwörungen des Imperialismus und der internationalen Reaktion eine Niederlage zu bereiten.

Gebt dem Imperialismus und seinen reaktionären und expansionistischen Verbündeten auch gut zu verstehen, daß Afghanistan nicht allein ist, daß die Friedenskräfte der Welt fest zu Afghanistan stehen — heute, morgen und für alle Zeiten.

Stoppt die Intervention in die inneren Angelegenheiten von Afghanistan!

Hände weg von Afghanistan!

Lang lebe die Solidarität mit dem Volk von Afghanistan!

Ruhm der Saur-Revolution!

(Quelle: Hektographiertes Konferenzmaterial, Kabul, 27. 8. 1979)

Ein interessantes Buch für jeden neuen Abonnenten

Abonnenten werben Abonnenten

Jedem AIB-Abonnenten, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bieten wir ein interessantes Buch- oder Schallplattenangebot aus dem Themenbereich Dritte Welt. Die einzigen Bedingungen: 1. Der Werber muß selbst AIB-Abonnent sein. 2. Der gewonnene Abonnent muß das Abo bezahlt haben.

Für einen Abonnenten:



Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents
 311 Seiten, Peter Hammer Verlag 1976
 Das Buch des uruguayischen Schriftstellers gilt als beste Darstellung der lateinamerikanischen Geschichte. Als Standardwerk gehört es in die Bibliothek eines jeden, dem die Probleme dieses Kontinents nicht gleichgültig sind.

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
 157 Seiten, Peter Hammer Verlag 1976

Rudi Maslowski
Deutsches Geld & Dritte Welt. Dargestellt am Beispiel Brasilien
 216 Seiten, Peter Hammer Verlag 1973

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Erste allgemeinverständliche Darstellung des Konflikts im südlichen Afrika. Faktenreich werden die Interessen offengelegt, die dafür verantwortlich sind, daß im Süden Afrikas noch immer Rassendiskriminierung und Apartheid den Alltag bestimmen.



Kay-Michael Schreiner (Hrsg.)
Sklave im eigenen Land. Unterdrückung im südlichen Afrika
 196 Seiten, Peter Hammer Verlag 1974

Gerhard Stuby/Erich Wulff (Hrsg.)
Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile
 263 Seiten, Pahl Rugenstein Verlag 1977

Dieter Boris/Peter Hiedl
Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart
 209 Seiten, Pahl Rugenstein Verlag 1978



Wolfram Brönnner
Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage
 318 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1979
 Monographische Untersuchung über Geschichte und aktuelle Probleme des Nahost-Konflikts. Besonderes Gewicht hat die Darstellung des palästinensischen Befreiungskampfes. Mit einem umfassenden Dokumentenanhang.

Autorenkollektiv
Geschichte Afrikas in vier Bänden, Band 1
 370 Seiten, Pahl Rugenstein Verlag 1979

Iván Ljubetić
Chiles Arbeiter im Widerstand
 133 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1978

AIB/IMSF (Hrsg.)
Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf
 119 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1979

Raul Valdes Vivo
Äthiopien — eine unbekannt Revolution
 128 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1978

Fritz Noll/Ingrid Kurz/Horst-Eckart Gross
Unidos Venceremos. 20 000 Kilometer durch Lateinamerika
 170 Seiten, Weltkreis Verlag 1978

Günther Mayr
Unter weißen Wilden in Namibia, Südafrika und Zaire
 192 Seiten, Weltkreis Verlag 1978

Für zwei Abonnenten:



Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft
 144 Seiten, reich bebildert, Weltkreis Verlag 1978

ASK (Hrsg.)
Chile. Kunst und Widerstand
 Mappe mit 10 farbigen Graphiken von Victor Contreras Tapia

Ali Primera
Venezuela
 Langspielplatte, Pläne Verlag



.....
 Ich habe als neuen AIB-Abonnent gewonnen:

Name: _____

Anschrift: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Name: _____

Buchwunsch: _____

„Die relativ rasche Normalisierung des Lebens in unserem Lande und die äußerst aktive Teilnahme breiter Kreise des Volkes am Aufbau unseres Landes sind die wichtigsten Ergebnisse des ersten Monats nach dem Sieg der Volksstreitkräfte über die Somoza-Diktatur“, erklärte Sergio Ramirez als Mitglied der Regierungsjunta und der Gruppe der 12. Bestätigt wird seine Aussage durch die schnelle Neuorganisierung der Verwaltung in Form der sandinistischen Verteidigungskomitees, die in nunmehr 80 % der 137 Städte und Gemeinden Nikaraguas ihre Arbeit aufgenommen haben. Zu ihren Aufgaben gehören neben administrativen Tätigkeiten wie dem Ausüben der Polizeigewalt auch die Einleitung der Wiederherstellung von Wasser- und Stromversorgung sowie die Verteilung der noch immer spärlichen Lebensmittel.

Im ersten Monat der Volksmacht wurden auch erste Grundlagen für die Vereinigung der Werktätigen zu einer einheitlichen sandinistischen Gewerkschaftszentrale geschaffen. Die Bildung einer Sandinistischen Partei und eines Jugendverbandes „19. Juli“ (benannt nach dem Tag der Übernahme der Macht durch das Volk), sind ebenfalls in Vorbereitung.

Zu den hier angesprochenen Problemen, wie auch der weiteren politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, äußerte sich der gegenwärtige Innenminister Tomás Borge im Gespräch mit der mexikanischen Zeitung Oposición. Der folgende Auszug aus der Rede Fidel Castros zum Jahrestag des Sturmes auf die Moncada-Kaserne verdeutlicht die historische Bedeutung der nikaraguanische Revolution für Lateinamerika (detaillierte Einschätzungen und Dokumente zu Nikaragua siehe in: AIB, Nr. 7—8 und 9/1979).

Begegnung mit Tomás Borge

Zivile Verteidigungskomitees — Garanten der Revolution

Alle wissen, daß für den Wiederaufbau Nikaraguas eine Atmosphäre der inneren Sicherheit für alle Einwohner vonnöten ist, die das Risiko einer Konterrevolution ausschließt oder zunichtemacht. Der in der neuen Regierung für die innere Sicherheit Verantwortliche ist der Mann, der wahrscheinlich sowohl den größten Einfluß in den Reihen der Sandinistas als auch in der Gesamtbevölkerung hat: Tomás Borge, einziges überlebendes Gründungsmitglied der FSLN, neuer Innenminister in der Re-

gierung des Nationalen Wiederaufbaus und Mitglied der nationalen Leitung der FSLN.

An diesem Sonntag stieg Tomás Borge aus seinem Jeep, gefolgt von 4 beleibten und schwerbewaffneten Leibwächtern, die die sofort einsetzende Jagd einiger Leute, unter denen sich auch dieser Berichterstatter befand, nicht verhindern konnten. Die erste Frage bezog sich auf die nächtlichen Schießereien, die man bis heute in Managua und anderen wichtigen Städten hört, was möglicherweise auf eine geplante Gegenrevolution schließen läßt.

Rechenschaft nur gegenüber den Massen

Borge antwortete unmißverständlich. „In der Tat“, sagte er, „laufen einige Nationalgardisten frei herum. Nichts Organisiertes. Tatsache ist aber, daß sie ängstlich und verschreckt sind, denn es gibt ja auch eine Art revolutionären Terrors seitens des Volkes. Nationalgardisten haben einen enormen Schuldkomplex. Die Dummsten unter ihnen glauben, daß wir sie töten werden. Sie wissen nicht, daß ihnen nichts geschehen wird, wenn wir sie gefangen nehmen. Sie sollen aber wissen, daß wir, falls wir sie bei ihrer kriminellen Tätigkeit erwischen sollten, an Ort und Stelle reagieren werden. Wir haben bereits gesagt: Wir sind großzügig im Sieg, aber unerbittlich im Kampf.“

Wir befragten ihn dann über die reale Möglichkeit einer bewaffneten Konterrevolution und über ihre eventuelle Unterstützung durch ausländische Regierungen. Seine Antwort hierauf war wiederum unmißverständlich. „Für eine eventuelle Unterstützung seitens ausländischer Regierungen haben wir keine Beweise, wir können keine leichtfertigen Behauptungen aufstellen,



wir lügen nicht und wir übertreiben nicht. Man hat viel darüber geredet, daß bewaffnete Kontingente aus El Salvador und Guatemala Somoza geholfen haben; wir wissen auch, daß einige Leute aus diesen Ländern an der Seite Somozas gekämpft haben, und wir wissen ebenfalls, daß es militärische Hilfe sowie die Belieferung mit Kriegsgerät seitens dieser Regierungen gab, aber wir können hierfür keine Beweise liefern. Wir müssen dies sagen, weil wir aufrichtig sind.“

Was die Möglichkeit einer Neugruppierung der Nationalgarde anbetrifft, betonte Tomás Borge wiederum nachdrücklich: „Die Nationalgarde wurde als solche völlig aufgegeben. Es besteht heute keine Möglichkeit mehr für sie, auch nur den geringsten Einfluß im Lande zu nehmen.“

Aber Commandante, unterbrachen wir ihn, vielleicht geht die Gefahr von den in verschiedene Länder, hauptsächlich nach Zentralamerika, geflohenen Nationalgardisten aus, und wir erinnern ihn daran, daß es Hunderte, womöglich Tausende von Männern, Waffen und Flugzeugen in Honduras, Guatemala und El Salvador gibt. „Hör mal Bruder, wir streben gute Beziehungen mit allen Ländern an, und was die zentralamerikanischen Länder betrifft, so haben wir bereits die notwendigen Schritte unternommen, damit sie uns die militärische Ausrüstung und Waffen (die uns gehören) zurückgeben. Dies sind die Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, und sie werden zum Erfolg führen. Wir können ihnen ja nicht den Krieg erklären, um unsere Waffen zurückzubekommen.“

Zu diesem Zeitpunkt des Interviews hatten sich bereits andere Reporter hinzugesellt, hauptsächlich Spezialisten für mittelamerikanische Angelegenheiten. Einer von ihnen unterbrach den Dialog und fragte: „Wie erfolgte die letzte Vermittlungstätigkeit von W. Bowdler (Sonderbeauftragter des US-State-Department) gegenüber dem Rat des Nationalen Wiederaufbaus?“

„Also,“ antwortete der Innenminister, „ich habe nicht mit ihm gesprochen, aber er schlug uns u. a. eine Erweiterung der Regierungsjunta vor. Wir haben aber nichts dergleichen akzeptiert, weil wir es sind, die zu entscheiden haben, was in diesem Lande geschieht. Er schlug uns also die Erweiterung vor, was wir ablehnten. Sie drohten uns ein wenig, aber wir sagten ihnen, daß wir nur unserem Volk gegenüber Rechenschaft ablegen müßten. Wir möchten gute Beziehungen mit diesen Leuten unterhalten.“

Das Volk wird bewaffnet bleiben

Aber wir waren und sind nicht dazu bereit, von ihnen oder von anderen Bedingungen zu akzeptieren. Unser Land ist ein freies Land. Das sollen alle wissen. Auch dieser Herr sowieso, wie heißt er noch mal, Bowdler. Aber Spaß beiseite. Wir respektieren ihn. Er kann nach Nicaragua kommen, wir werden ihn begrüßen, wir werden uns um ihn kümmern, wir können miteinander reden, seine Ansichten zur Kenntnis nehmen, aber letztendlich werden wir es sein, die entscheiden, was in Nicaragua gemacht wird, darüber sollte sich jeder im klaren sein. Darüber hinaus haben alle Bewohner dieses Planeten das Recht, sich zu äußern über das, was wir machen, und wir sind unsererseits verpflichtet, ihnen zuzuhören. Wer weiß, vielleicht ergibt sich dabei ein guter Ratschlag.

„Sehen Sie,“ schob er ein, „dieser Bowdler hat uns, meiner Meinung nach, einen guten Rat gegeben. Der hatte darin bestanden, beim Weggang Somozas einen provisorischen Präsidenten zu ernennen und später die Regierungsgewalt an den Rat des Wiederaufbaus zu übertragen. Das war ein guter, ein ausgezeichnete Rat, gegen den wir keinerlei Einwände hatten.“

Aber dann sahen sie vor, daß Somoza die Regierungsgewalt direkt an den Rat des nationalen Wiederaufbaus übertragen sollte, und das hat uns schon nicht mehr gefallen. Herr Urcuyo hat uns aber einen großen Gefallen damit getan, sich ein paar Tage im Lande aufzuhalten, was uns genügend Zeit verschaffte, die Nationalgarde zu schlagen, so wie wir es vorhatten. Dieser zweite Vorschlag gefiel uns deshalb nicht, weil wir uns für den Zeit-



punkt der Regierungsübernahme zu einem Waffenstillstand verpflichtet hatten. Jeder wäre dann auf seinem Posten geblieben, und wir hätten mit den Verbänden der Nationalgarde, die noch da gewesen wären, zu einer Einigung gelangen müssen. Und das paßte uns nicht, weil die Nationalgarde eine sehr verdorbene Truppe war. Wir wollten sie aufreiben und zum Glück erreichten wir dies, weil uns Herr Urcuyo den Gefallen tat, uns ein paar Tage zu gewähren.“

Commandante Borge, trugten wir, welche konkreten Maßnahmen unternimmt man z. Zt., um die Machtübernahme abzuschern? „Also, es gibt Dinge, die man sagen kann, und andere, die man verschweigen muß, aber in diesem Fall kann ich Dich informieren, Sie alle informieren, daß wir dabei sind zu reorganisieren und zu organisieren, was künftig unsere Streitkräfte sein werden. Man arbeitet an der Neuordnung des Generalstabs, der Kommandanturen, der regionalen Verteilung und der Logistik des neuen Heeres. Zur gleichen Zeit organisiert man die Polizei und die neugebildeten Sicherheitsorgane. Die Milizen werden bestehen bleiben, aber der neuen FSLN-Armee unterstellt sein. Das Volk wird bewaffnet bleiben, nun aber in organisierter Form.“

Als wir uns über die Verteidigungskomitees unterhielten, die zum Teil bereits seit September 1978 angefangen haben, sich zu organisieren, definierte Tomás Borge sie als „eine Form des organisierten Volkswillens, die in der Lage ist, die dringlichsten Probleme zu lösen und die Errungenschaften zu verteidigen. Sie ist die beste Verteidigung, die die Revolution haben kann.“

Ich weiß wirklich nicht, welche definitive Organisationsform sich die Massen geben werden,“ sagte Borge. „Ich weiß aber, daß sie sehr klug sind und sich eine solche Form zu geben wissen, wobei sie stets auf der Hut sein werden. Daran haben wir nicht den geringsten Zweifel. Und irgendwann wird es sehr schwer sein, daß sich ein Konterrevolutionär rührt, weil es fast 2 Mio Augenpaare gibt, die ihn beobachten werden.“

Tatsache ist, daß sich die Zivilen Verteidigungskomitees vervielfacht haben in allen Teilen Nicaraguas, und viele von ihnen haben angefangen, sich sandinistisch zu nennen. Das Ziel ist, nach dem Willen der Führer der FSLN, daß es in jedem Häuserblock, in jeder Straßenzeile, in jedem Stadtteil und jedem Dorf ein Komitee der Zivilen Verteidigung (CDC) oder ein Komitee der Sozialen Verteidigung (CDS) geben soll, als stärkster Ausdruck der Volksbewegung.

Welcher Situation sieht sich der junge Staat im Hinblick auf den Wiederaufbau des Landes gegenüber, fragten wir den Sandinistaführer.

„Wir haben kaum angefangen,“ antwortete er, „wir sind noch dabei, uns zu organisieren. Sie können sich nicht vorstellen, welch komplexe und schwierige Probleme wir haben. Es ist viel einfacher, ein Guerrillabataillon zu organisieren, als einen Industriekomplex oder ein Regierungssystem zu errichten. Das

Problem ist hier die Bildung einer neuen Struktur. Wir haben keinerlei Erfahrung. Wir müssen sie erst im Laufe der Zeit gewinnen. Wir sind sicher, daß unser Volk die Probleme und Schwierigkeiten verstehen wird, die wir unverzüglich zu lösen haben. Aber zunächst weiß ich, daß der Regierungskurs wie auch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse so sein werden, daß jegliche Privilegien fortfallen. Dies gilt auch für die Angehörigen der Funktionäre . . . Jeder wird das Vorrecht haben, daß man sich um seine Probleme genauso kümmert, wie um die Probleme aller anderen.“

Commandante, dabei gibt es auch Risiken, unterbrechen wir ihn. Denn in der Führung der Industrie, der Wirtschaft und einigen staatlichen Stellen gibt es Bereiche, die sich Somoza widersetzen und hierin Erfahrung haben. Aus dieser Lage schließen Untersuchungen, daß die nicht der FSLN angehörenden Gruppen aufgrund der Erfahrung und der Möglichkeiten, die sie jetzt in der Regierung haben, die Sozialdemokratie als kapitalistisches Regime einsetzen können. Was sagt T. Borge hierzu?

Das Projekt einer FSLN-Partei

An die beste Antwort denkend, lächelte der Guerrillaführer nach dieser Frage. Aber während er antwortete, ließ er keinerlei Zweifel aufkommen:

„In diesem Land wird es keine Sozialdemokratie geben. Wir werden neue Formen des Daseins schaffen. Ich glaube nicht, daß sie in allem mit der Sozialdemokratie übereinstimmen. Das Konzept, das wir zu entwickeln begonnen haben, entspricht einem eigenen Modell, das nicht mit derartigen Regierungsformen übereinstimmt.“

Er betonte außerdem, daß die Sozialdemokraten „ein wichtiger Verbündeter in diesem revolutionären Prozess sind, und wir respektieren sie. Mehr noch,“ fügte er hinzu, „wir sind bereit, ihre Freunde zu sein. Sie haben das Recht sich mit ihrem Programm durchsetzen zu wollen, aber es wird letztendlich das Volk von Nicaragua sein, welches sagen wird, ob es sozialdemokratisch oder irgendetwas anderes sein wird.“ Diese Stellungnahmen waren die herausragendsten des ganzen Interviews, das schon einer richtigen Pressekonferenz glich. Dann fügte er mit erhobener, befehlender Stimme hinzu: „Wer hat die größte Verantwortung im revolutionären Kampf in Nicaragua getragen? Ist es nicht etwa die FSLN gewesen?“ Alle stimmten zu. „Also“, sagte er, „muß der FSLN in diesem Land der größte Teil der Macht zukommen. Oder nicht?“

Danach sprach er ausführlich über seine Ideen bezüglich des revolutionären Prozesses, des Klassenkampfes, „den man nicht in seiner klassischen Form geführt hat“, und über die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bourgeoisie. Das letztere ist das Gebiet, auf dem sich Commandante Borge bis ins Detail auskennt:

„Im Kampf gegen Somoza beteiligte sich ein großer Teil der Bourgeoisie und zwar der Teil, der vom Gewinn und der Macht ausgeschlossen war, an der nur ein verschwindend kleiner Teil der Bourgeoisie teilhatte. Jener Teil, der erstens gezwungen war sich zu verändern, nämlich seine Produktionsweise auf einen technisch höheren Stand zu stellen und mutig entschlossen war, die ökonomische Gesetzmäßigkeiten des Systems für sich nutzbar zu machen. Er wurde durch die Existenz des anderen, privilegierteren Teils (der Somoza bedingungslos ergeben war) daran gehindert, und kämpfte deswegen mit aller Macht gegen Somoza. Nach dem Stand des heutigen Entwicklungsprozesses haben sie deshalb ein Recht, in der Regierung vertreten zu sein.“

Als wir ihn über die neuen Formen, die das sandinistische Regime in Kürze haben wird, sowie über die Rolle, die die Vorhut des nikaraguanischen Volkes darin spielen wird, befragten, antwortete Borge:

„Wir müssen Wahlen durchführen. Aber revolutionäre Wahlen, die nicht wie früher geschickt ausgeführte Betrügereien sein

werden. Das Volk wird das Recht und die Freiheit haben, denjenigen zu wählen, den es will, und wird dies auf die korrekteste und bewußteste Art und Weise machen. Was die FSLN betrifft, so wird sie als politische Partei organisiert an den Wahlen teilnehmen, und sich von dieser Beteiligung am Wahlprozeß die endgültige Bestätigung ihres Volkes erhoffen. Wir sind schon dabei, die Grundlagen für eine Partei, die Sandinistische Partei, zu schaffen. Und man wird sehen, daß es bald noch andere Überraschungen geben wird.“

Wahrscheinlich meint er mit Überraschungen u. a. die von Aktivisten und politischen Gruppen der FSLN entwickelte Arbeit für die Bildung der sandinistischen Verteidigungskomitees, die Entwicklung der Massenorganisationen, die Arbeiterzentrale Nikaraguas, die Organisation der Landarbeiter, die Berufs- und Studentenverbände und andere, die durch die „Frente“ aufgerufen wurden, sich in einer Sandinistischen Arbeiterzentrale zusammenzuschließen.

Der legendäre sandinistische Commandante macht Äußerungen, die Anlaß zu einer stundenlangen Unterhaltung geben; Äußerungen über seine eigene Person, sowie seine schillernde Rolle in der Bewegung. Da er jedoch Anzeichen zum Gehen machte, konnten wir ihm nur noch eine letzte Frage stellen: Wie würdest Du den Sandinismus heute definieren? „Hör mal, Bruder“, antwortete er, fast so als ob er eine Lektion erteilen wollte, „die grundlegenden Ideen von A. C. Sandino sind bereichert worden durch den Mut aller Kämpfer in Nicaragua. Und sieh mal, die Definitionen sind immer begrenzt, aber wenn ich definieren müßte, würde ich sagen, daß der Sandinismus die Anwendung der revolutionären Wissenschaft und der Gedanken Sandinos auf die konkrete Wirklichkeit von Nicaragua sind“. Mit einem breiten Lächeln stand er auf, gefolgt von seinen vier Bewachern. „Danke Bruder“, sagte er zum Abschied.

(Quelle: Oposición, Mexiko-Stadt, 2.—8. 8. 1979, geringfügig gekürzt)

Dokumentarfilm: **NICARAGUA** SEPTEMBER '78

Eine hautnahe Reportage vom Volksaufstand und seiner Niederschlagung durch die Nationalgarde des Somoza-Regimes in Nicaragua im letzten September (ausgezeichnet mit der Goldenen Taube auf dem Internationalen Dokumentar- und Kurzfilmfestival in Leipzig 1978). Das Filmteam kam zwei Tage vor dem Aufstand in das Land. Es filmte die Opfer des Krieges, die Verwundeten in den improvisierten Krankenhäusern, die Bürger in ihrer Armut, Oppositionsführer im Versteck. Sie sprachen mit Guerilleros auf den Barrikaden. Präsident Somoza nimmt Stellung, ebenso einer seiner Generale, der gerade die Stadt Masaya "gesäubert" hat.

Der Film ist
im Verleih bei:

UNIDOC
Film für
den Fortschritt

Dantestr. 29 Postfach 45
8000 München 19
Tel.: 089/15 60 61

Fidel Castro **Verdienst der Sandinistas**

Welch große Ehre wird uns, dieser Stadt und dieser Provinz zuteil durch den von Brüderlichkeit, Herzlichkeit und Solidarität geprägten Besuch der heldenhaften, kühnen, intelligenten und fähigen Kommandeure und Kämpfer der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung Nikaraguas.

Ich sage Solidarität, weil auch wir die Solidarität brauchen, ich sage ermutigend, weil auch wir diese solidarische Ermutigung benötigen. Ermutigung auch deshalb, weil es lange Zeit fast ein Verbrechen war, Kuba zu besuchen, weil der Imperialismus so lange versuchte, die Verbindung zu unseren Brudervölkern in Lateinamerika und der Karibik zu zerstören. (. . .)

Sie (die Sandinistas; d. Red.) werden nicht leugnen, daß sie Freunde Kubas sind, die solidarisch mit Kuba verbunden sind. Sie haben keine Angst, die nikaraguanische Revolution mit der kubanischen auf eine Stufe zu stellen, da sie keine Vorurteile haben. Und dennoch werden sie nicht sagen, daß beide Revolutionen identisch sind. Es handelt sich um zwei große Revolutionen, die sich in vielen Dingen gleichen und sich in vielem unterscheiden, wie das bei allen wirklichen Revolutionen sein muß.

Es ist für unser Volk und auch für die internationale Öffentlichkeit wichtig, daß jede ihren eigenen Weg geht, ihre eigenen Probleme, ihren eigenen Stil und ihre eigenen Ziele hat. Wir haben unsere Ziele, sie haben ihre, wir machen es auf diese, unsere Weise, sie tun es auf die ihre.

Es muß betont werden, daß sich die nikaraguanische Revolution durch Heldentum und Beharrlichkeit, durch die Standhaftigkeit ihrer Kämpfer auszeichnet. Es war kein Sieg an einem Tag, sondern ein Sieg nach einem 20 Jahre währenden Kampf. In jenem Jahr, als unsere Revolution siegte, gab es bereits kleine Gruppen von Kämpfern, die von so hervorragenden und außergewöhnlichen Kämpfern wie Carlos Fonseca Amador, Nachfolger Sandinos und Begründer der Sandinistischen Front für die Nationale Befreiung, geführt wurden. Er war der Führer des Volkes in jenen schrecklichen Tagen, als der Sieg so fern schien, als man ihn noch nicht erblicken konnte, sie aber siegesgewiß waren.

Sie errangen den Sieg durch einen wirklichen Volkskampf. Der Triumph der Sandinistas ist nicht nur der Sieg über 45 Jahre Somoza-Herrschaft, es ist ein Sieg über 150 Jahre Fremdherrschaft im Land. Es handelt sich um einen Sieg, der nach Jahrhunderten, die von Eroberung, Ausbeutung und Fremdherrschaft geprägt waren, errungen wurde.

Dieser Sieg der Sandinistas bedeutet aber noch mehr: Angesichts des Kampfes der Sandinistas entwickelte sich eine große internationale Solidarität, eine große Einheit der gesamten Linken in Mittel- und Lateinamerika. Im Zusammenhang mit dem sandinistischen Kampf entstand so etwas wie eine große demokratische, unabhängige antiinterventionistische Front in Lateinamerika, die historische Bedeutung hat. (. . .)

Viele Leute wollen Ähnlichkeiten zwischen dem, was in Kuba geschah, und dem, was sich in Nicaragua ereignete, erkennen. Einige dieser Vorstellungen entstammen reiner Böswilligkeit und sollen Vorwände dafür schaffen, gegen das Volk von Nicaragua auf aggressive Weise vorzugehen. Man muß sich deshalb vor den Erklärungen und den geäußerten Befürchtungen einiger Leute mit solchen Absichten hüten, die da sagen, daß Nicaragua sich in ein neues Kuba verwandelt hat. Die Nikaraguaner haben jenen Leuten die einzig richtige Antwort gegeben, nämlich ein Nein. Nicaragua wird zu einem neuen Nicaragua werden, und das ist etwas ganz anderes.

Es gibt keine zwei Revolutionen, die gleich sind. Das kann es auch nicht geben. Es gibt, wie wir gesagt haben, viele Ähnlichkeiten — was den Geist, den Heldenmut, den Kampf betrifft, aber unsere Probleme sind nicht genau die Probleme, die sie (die Sandinistas; d. Red.) haben. Die Bedingungen, unter denen unsere Revolution vollzogen wurde, sind nicht genau die Bedingungen, unter denen ihre Revolution abläuft. Die Voraussetzungen sind andere. Die Merkmale des Kampfes, die Einheit des Volkes, die eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg war, die Teilnahme aller Schichten der Gesellschaft, die Organisierung unterschiedlicher Volksbewegungen, die sich vereinten und die bestimmte Kompromisse darstellten. Alles das führt zu Bedingungen, die sich von den unseren unterscheiden, d. h. in Nicaragua gibt es nicht absolut genau die gleichen Bedingungen. Sie (die Sandinistas; d. Red.) konnten heldenhaft kämpfen, aber sie konnten auch flexibel sein, als es notwendig war, Verhandlungen zu führen, um die Risiken einer Intervention zu vermeiden. Sie fürchteten sich nicht vor Verhandlungen, und sowohl

in der militärischen Strategie als auch in der Politik bewiesen sie große Fähigkeiten und großes Können. (. . .)

Die Tatsache, daß dieses Land in Trümmern liegt, daß es völlig zerstört ist, macht ein Programm des nationalen Wiederaufbaus erforderlich, an dem alle Teile der nikaraguanischen Gesellschaft mitwirken müssen. Die Sandinistas sind Revolutionäre, aber sie sind keine Extremisten, sie sind Realisten, und zwar solche, die die besten Revolutionen durchführen, die besten und tiefgreifendsten. Man kann voraussagen, daß sie weit kommen werden, weil sie den Mut nicht verlieren, weil sie keine Extremisten sind, weil sie langsam vorgehen, weil sie wissen, welches Ziel einer jeden Etappe des politischen und revolutionären Kampfes entspricht und welche Formen mit diesen Zielen übereinstimmen. Die Sandinistas waren klug, weil sie sich im entscheidenden Moment eng zusammengeschlossen haben.

Eine Lektion, was revolutionärer Geist vermag

Jetzt stehen sie vor einer überaus großen Aufgabe, die viel schwieriger ist als die, vor der wir im Augenblick des Sieges standen. Der Feind hat die aufständischen Städte skrupellos mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bombardiert, er hat ohne Erbarmen ganze Städte zerstört, Anlagen jeder Art vernichtet und eine große Verwüstung hinterlassen: Die Finanzen sind total erschöpft, es gibt keinerlei Reserven. Man hat keinen Pfennig, deshalb war es als eine der ersten Maßnahmen erforderlich, die Banken zu verstaatlichen. Das war eine der ersten Maßnahmen, die man ergreifen mußte, davon sind noch viele im Land nötig.

Ich glaube, daß Nicaragua die Unterstützung der ganzen Welt braucht. In den vergangenen Wochen haben viele Staatsführer ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, Nicaragua zu unterstützen. Es scheint uns ganz richtig, daß Regierungen aller Schattierungen, unterschiedlicher Ideologien und verschiedener politischer Systeme ihre Bereitschaft geäußert haben, dem Volk von Nicaragua die Hilfe zu gewähren, die es braucht. (. . .)

Ingenieur Robelo hat mir gesagt, daß Ärzte gebraucht werden, daß Alphabetisierungskampagnen durchgeführt werden müssen. Wir wissen, daß unsere Ärzte und Lehrer dorthin gehen, wo sie gebraucht werden, sei es in die Berge oder aufs Land, sei es in Kuba, Äthiopien, Vietnam, Jemen, Angola oder anderswo. Und Nicaragua liegt viel näher. Ich glaube, daß wir das Solidaritätsgefühl unserer Partei, unseres Volkes richtig interpretiert haben, als wir unseren nikaraguanischen Brüdern sagten, daß wir bereit sind, wenn sie ein Programm der gesundheitlichen Betreuung durchzuführen beabsichtigen und sie nicht genügend nikaraguanische Ärzte haben, ihnen die Ärzte zu schicken, die zur Unterstützung dieses Gesundheitsprogrammes erforderlich sind.

Bekanntlich arbeiten mehr als 1000 Ärzte von uns im Ausland, aber wir haben noch Ärzte. Wir haben Verpflichtungen, und wir können diese auch erfüllen, indem wir die Zusammenarbeit unserer Krankenhäuser und unsere Ärzte erbitten. Wenn unsere Ärzte mitarbeiten — und ich bin sicher, daß sie mitarbeiten werden —, dann können wir die Ärzte aussuchen, die wir brauchen, um sie ihnen zur Verfügung zu stellen, d. h. vielleicht 100, 200, und sollten noch mehr fehlen, dann auch 500.

Es wurde auch gesagt, daß eine große Bildungskampagne erforderlich ist. Aber nur eine revolutionäre Regierung kann eine große Kampagne für Gesundheit und Bildung einleiten. Wenn für die Durchführung der Bildungskampagne nicht genügend Lehrer vorhanden sind — wir sind bereit, ihnen so viele Lehrer zu schicken, wie sie brauchen. Wir wissen, daß unsere Lehrer dorthin gehen, wohin man sie schickt. Es geht nicht darum, daß wir uns in die Politik einmischen, daß wir versuchen, die Sandinistas zu beeinflussen.

Wer kann für Nicaragua noch mehr tun? Wir fordern die USA, alle Länder Lateinamerikas, die Länder Europas, der „Dritten Welt“ und unsere sozialistischen Bruderländer auf, eine große Kampagne zur Unterstützung Nikaraguas einzuleiten. Das ist unsere Position in bezug auf wirklich menschliche, konstruktive Anstrengungen in diesem Geist. Die Sandinistas haben eine weitere Lektion darüber erteilt, was revolutionärer Geist vermag. Menschen mit schwachem Charakter werden niemals einen solchen Sieg erringen. Der revolutionäre Geist ist in der Lage, solche großen Ziele zu erreichen.

(Quelle: Prensa Latina, Havanna, 26. 7. 1979)

Zwei Ereignisse haben in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit auf Mexiko gelenkt: der Ölboom, der vor dem Hintergrund der Energiekrise ein gesteigertes Interesse der US-Administration an den Ressourcen des Landes wachrief und bis heute teilweise heftige Kontroversen zwischen den Regierungen der beiden Länder auslöste; und die politischen Reformen, die erstmals den Monopolanspruch der seit 50 Jahren regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) durchlöchert und am 1. Juli d. J. zu Parlamentswahlen unter Beteiligung eines breiteren politischen Parteienspektrums geführt haben.

Im neuen Parlament ist die PRI wieder mit 296 von insgesamt 400 Abgeordneten vertreten. Zweitstärkste Fraktion wurde die rechtsgerichtete Partei der Nationalen Aktion (PAN) mit 42 Mandaten. Als herausragendstes Ergebnis der Wahlen gilt jedoch der erstmalige Einzug einer 18 Mann starken Linkskoalition unter Führung der Mexikanischen Kommunistischen Partei (MKP) ins Parlament. Die MKP, die bis vor kurzem in die Halbillegalität gezwungen war, und jetzt das erste Mal an Wahlen teilnehmen konnte, wird damit zur drittstärksten politischen Kraft Mexikos. Die restlichen Sitze verteilen sich zu jeweils 12 auf die von der PRI abhängigen Gruppierungen, die Authentische Partei der Mexikanischen Revolution (PARM) und die Sozialistische Volkspartei (PPS). Die linksreformistische Sozialistische Arbeiterpartei (PST) errang elf Sitze, die rechte Demokratische Partei Mexikos (PDM) neun.

Die Sitzverteilung spiegelt jedoch das tatsächliche Kräfteverhältnis aufgrund des undemokratischen Wahlsystems nicht proportional wieder. So errang die PRI von den etwas mehr als 20 Mio abgegebenen Stimmen (das sind weniger als 50% der Wahlberechtigten) nach ersten Wahlauszählungen lediglich knapp über 50%. Der Stimmanteil der Linkskoalition liegt hiernach bei über 12%. Die Wahlerfolge der Linksparteien wurden vor allem in den großen Industriezentren des Landes errungen: in Guadalupe, der zweitgrößten Stadt Mexikos, kam die Linkskoalition auf über 15%, in Mexiko-Stadt auf knapp 25%.

Das nachstehende Gespräch mit Enrique Semo, das M. Braig und M. Löffler von der Freien Universität Westberlin in Mexiko-Stadt führten, verdeutlicht die seit den großen Massenbewegungen von 1968 im politischen System eingetretenen Veränderungen und die dahinterstehenden sozialen Prozesse. E. Semo ist Professor für Wirtschaftsgeschichte an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM) und Mitglied des Zentralkomitees der MKP.

In einer Erklärung vom 14. Juli hat die Linkskoalition eine erste Einschätzung des Wahlausgangs veröffentlicht, die zugleich die wichtigsten Aufgaben in den kommenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen in Mexiko benennt. Dazu gehört auch das Ringen um die Frage, in wessen Interesse der neu entdeckte Erdöltreichtum des Landes genutzt wird. Mit rund 40 Mrd gesicherten und weiteren geschätzten 45 Mrd Barrel an potentiellen Ölreserven zählt Mexiko heute zu den Ländern der westlichen Hemisphäre mit den reichsten Vorkommen. Vor dem Hintergrund der revolutionären Entwicklung im Iran und der von den Ölkonzernen heraufbeschworenen Energiekrise möchte sich vor allem die Carter-Administration den Zugriff auf diese Reserven sichern. Nach zwei erfolglosen Gipfeltreffen zwischen dem mexikanischen Präsidenten Lopez Portillo und Carter hat Washington nunmehr alle Register des diplomatischen und politischen Drucks gezogen. Portillo soll zu einem langfristigen bilateralen Lieferabkommen, das praktisch alle Ölreserven einschließt, gebracht werden. In Mexiko selbst, das über leidvolle historische Erfahrungen mit US-Interventionen verfügt, ist eine solche Politik allerdings eher dazu geeignet, Erinnerungen an die Zeit des „großen Knüppels“ wachzurufen. In der sich im Lande entwickelnden Debatte über die Verwendung der Ölvorräte schält sich ein breiter Konsens darüber heraus, die Ressourcen in den Dienst einer nationalen Industrialisierung zu stellen, die Exporte auf ein gemäßigtes Quantum zu begrenzen und die Abhängigkeit von einem einzigen Ölabnehmer zu vermeiden.

Gespräch mit Enrique Semo

Risse im System

FRAGE: Ein auffallendes Charakteristikum der mexikanischen Entwicklung ist die Stabilität seines politischen Systems. Der mexikanische Staat gilt einmal als der Garant einer eigenständigen bürgerlichen Entwicklung, zum anderen aber engt er das freie Spiel der ‚bürgerlichen Kräfte‘ weitgehend ein. Welches sind die Grundzüge dieses politischen Systems?

E. SEMO: Zuerst einmal gilt es festzuhalten, daß die Entwicklung des mexikanischen Kapitalismus in allen seinen Etappen vom ersten Moment an durch eine sehr umfassende, sehr einschneidende Intervention des Staates in den ökonomischen Prozeß charakterisiert wurde. Das gab dem mexikanischen Staat eine große Bedeutung im ökonomischen und sozialen Leben des Landes.

Zum zweiten entstand der mexikanische Staat aus einer Revolution und er konsolidierte sich als Staat durch eine sehr weite Koalition von Kräften, die das gesamte politische Leben des Landes innerhalb des Staates konzentrieren konnte. Mexiko ist ein Land mit einem außerordentlich limitierten zivilen Leben, d. h. der Staat interveniert in allen Aspekten des Lebens des Landes. Drittens handelt es sich um einen Staat, der in hierarchischer Weise zentralisiert ist und in dem der Präsident der Republik eine Rolle spielt, die allen anderen Gewalten total übergeordnet ist; von daher gibt es keine Gewaltenteilung.

Damit habe ich, glaube ich, eine Vorstellung von einem wenig demokratischen Staat gegeben in Bezug auf die Formen der Mitbestimmung im politischen Leben des Landes. Trotzdem dürfen wir nicht glauben, daß es sich hier um eine Diktatur handelt, wie andere Diktaturen Lateinamerikas. Es handelt sich um einen Staat, der durch zwei fundamentale Transformationsperioden legitimiert wurde: die Revolution von 1910 bis 1920 und die Transformationen von 1935 bis 1939 sowie die Verfolgung einer bürgerlich-reformistischen Politik anschließend, d. h. einer Politik, die in gewissen Momenten auf den Druck der Massen mit adäquaten Konzessionen eingeht.

FRAGE: An anderer Stelle haben Sie von einer „barbarischen Demokratie“ gesprochen. Was sind die weiteren Besonderheiten dieses Staates?

E. SEMO: Zunächst einmal gibt es kein Parteiensystem und kann es auch aufgrund des Wahlsystems der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), keines geben, weil das Wahlsystem auf einer Dominanz einer einzigen Partei beruht. Damit einher geht die Tatsache, daß der Staat die Entwicklung der nichtstaatlichen Organisation erstickt. Er hat die Tendenz, die Gewerkschaftsbewegung, die Bauernbewegung und selbst die Unternehmerorganisation zu kontrollieren. Unter diesen Bedingungen können die verschiedenen Kräfte des Landes keinen re-

präsentativen Charakter erlangen, können sie ihre Interessen nicht in einer normalen parlamentarischen Form zum Ausdruck bringen. Auch die drei Gewalten können kein unabhängiges politisches Leben entfalten. In Mexiko gibt es keine legislative Gewalt, keine judikative und keine exekutive. Obwohl sie formal sogar in einer höchst entfalteten Form vorhanden sind, so sind sie in der Praxis doch alle durch die Exekutive erstickt. Alles dies verhindert das Typische an einer kapitalistischen Gesellschaft, d. h. die Möglichkeit des parlamentarischen Ausdrucks unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen, die Möglichkeit, in einem parlamentarischen Rahmen die Interessenwidersprüche zu schlichten, in einem Rahmen, der eine gesellschaftliche Kontinuität vor dem Hintergrund eines relativ offenen Klassenkampfes garantiert.

FRAGE: Welche Klassengrundlagen hat dieses politische System?

E. SEMO: Was man berücksichtigen muß, ist, daß unser Land, obwohl es ein kapitalistisches Land bzw. ein überwiegend kapitalistisches Land ist, eine heterogene Sozialstruktur hat. Die beiden Grundklassen sind schon die Bourgeoisie und das Proletariat. Ich glaube, daß jede Analyse der Sozialstruktur von diesen beiden Grundklassen ausgehen muß. Trotzdem muß man daran erinnern, daß es sich um ein Land handelt, dessen Entwicklung sehr heterogen ist, und das hat seine Einflüsse nicht nur auf die zwei Klassen, sondern auch auf die Bedeutung der nichtproletarischen bzw. nicht bourgeoisen Klassen.

Das grundlegende Charakteristikum Mexikos, das es auch von der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder unterscheidet, besteht darin, daß die Großgrundbesitzer als Klasse seit langem liquidiert wurden. Es gibt Sektoren der Bourgeoisie, die Grundbesitzer sind, zur gleichen Zeit aber industrielles, kommerzielles Eigentum oder dergleichen besitzen. Man kann aber nicht wie in Brasilien, Argentinien oder anderen lateinamerikanischen Ländern von einer Klasse der Großgrundbesitzer sprechen. Zum zweiten kann man in Mexiko nicht von einer Schicht der nationalen Bourgeoisie sprechen wie sie im Konzept der dritten Internationalen verwandt wurde, d. h. ein Sektor der Bourgeoisie, der noch nicht sein Ziel der nationalen Machtergreifung realisiert hat, und daher als Hauptfeind den Feudalismus und den Imperialismus hat, und der daher wichtige revolutionäre und antiimperialistische Reserven besitzt.

Wir glauben nicht, daß man in diesem Sinn in Mexiko von einer nationalen Bourgeoisie sprechen kann. Dies vor allem auch deshalb, weil die Bourgeoisie schon durch die Revolution in ihrer politischen Macht gefestigt wurde und von dieser Position aus ihre Beziehungen zum Imperialismus bestimmt.

FRAGE: Wie macht sich dieses Verhältnis des mexikanischen Kapitals zum Imperialismus geltend? Wie ist z. B. der Einfluß des Auslandskapitals?



Amtsübernahme des Staatspräsidenten L. Portillo (l.) von Vorgänger L. Echeverria (r.).

E. SEMO: Zwischen den mexikanischen Monopolen, welche zweifellos die dominierenden in Bezug auf den Kapitalanteil sind, denn 80 % des Monopolkapitals ist mexikanisch, und den ausländischen Monopolen entwickelt sich zunehmend eine engere Verbindung. Von daher erklärt sich, daß die lokalen Monopole ihre Zukunft nur in der Integration mit den internationalen Monopolen besitzen. Diese wiederum können auf dem mexikanischen Markt nicht agieren, ohne in Verhandlungen mit dem lokalen Kapital einzutreten und ihm Konzessionen zu machen. Also handelt es sich um eine einerseits an die ausländischen Interessen gebundene Bourgeoisie, andererseits um eine Bourgeoisie mit eigenen Interessen.

Es ist keine Kompradorenbourgeoisie, es ist eine Bourgeoisie mit eigener Macht und Einfluß. Es handelt sich um Spießgesellen, unter denen die Machtverhältnisse in ständiger Bewegung sind. In bestimmten Zweigen zwingt die mexikanische Bourgeoisie die Fremden, Konzessionen zu machen, in anderen geschieht das Gegenteil, ein ständiges Hin und Her zwischen den beiden.

FRAGE: Über welche politischen Kanäle machen die herrschenden Klassen ihren Einfluß geltend?

E. SEMO: Die monopolistische Großbourgeoisie hat keine politische Partei. Das besondere dieser Bourgeoisie ist, daß sie spät in die politische Geschichte des Landes kam und sie sich nun gezwungen sieht, über politische Organisationen zu agieren, über die sie keine vollständige Kontrolle hat. Sie hat zwar das gesamte Regierungssystem infiltriert; aber man kann dennoch nicht sagen, daß es eine exklusive Organisation der Bourgeoisie sei.

Industriekammersystem und Regierung

FRAGE: Was bedeutet dies konkret?

E. SEMO: Die Patrones (Fabrik- und Großgrundbesitzer) sind nicht offiziell in die PRI integriert. Ich bestehe darauf, daß die PRI eine Föderation der Massenorganisationen unter der Kontrolle der Regierung ist. Die Patrones sind in Industriekammern organisiert und zwar in obligatorischer Weise. Jeder Patron muß einer Kammer angehören, und die Regierung versucht, die Kontrolle über diese Kammern zu erlangen.

Die Kammern sind nicht von der Regierung abhängig; dies bleibt ein umkämpftes Feld. Aber es gab eine Zeit, in der sie total abhängig von der Regierung waren. Ein umkämpftes Gebiet insofern, als der Einfluß der Regierung und der Sektoren der Bourgeoisie, die am meisten betroffen sind, um die Kontrolle dieser Kammern kämpfen, wobei die großen Monopole und die Großbourgeoisie ihre eigenen Kräfte von der Regierung getrennt halten wollen. In jüngster Zeit haben diese Kammern ein starkes politisches Leben entwickelt. Vor den Wahlen waren sie formale Automaten. Heute liefert man sich wahre interne Schlachten, wer der Kammer präsidiert für ein Jahr, wer den Haupteinfluß hat. Es gibt sehr viele Kammern; es gibt kontrollierte Kammern, es gibt Kammern, die total von den Monopolen kontrolliert werden und es gibt große Föderationen der Kammern der kommerziellen Assoziationen und der Industrieverbände.

FRAGE: Welche Bedeutung hat in den letzten Jahren die Arbeiterklasse Mexikos gewonnen, besonders vor dem Hintergrund der Proletarisierung der Bauernschaft?

E. SEMO: Die mexikanische Arbeiterklasse hat sich in außerordentlicher Weise vergrößert. Man kann sagen, daß heutzutage schon die Mehrheit der Arbeitenden des Landes Lohnabhängige (obreros asalariados) sind. Zu diesen lohnabhängigen Arbeitern gehören die Industriearbeiter ebenso wie die Landarbeiter. Und an dieser Stelle gilt es, folgendes zu klären: Während der letzten 20 bis 25 Jahre wuchs und konsolidierte sich sehr schnell eine weite Schicht von Landarbeitern, von agrarischen Proletariern. Leute, die ihr Haupteinkommen aus dem Lohn beziehen, die nicht immer ausschließlich Lohnabhängige sind, die ein kleines Stück Land haben können, das aber nicht aus-

Mexiko-Daten

Territorium und Bevölkerung: 1,97 Mio qkm (8fache Größe der BRD); 66,9 Mio Einwohner; jährliches Bevölkerungswachstum (1978): 2,9 %.

Hauptstadt: Mexiko-Stadt, ca. 15 Mio Einwohner.

Religion: 95 % katholisch, 5 % evangelisch.

Währung: 1 mexikanischer Peso = 0,12 DM

Wirtschafts- und Sozialstruktur: Mexiko ist ein Land mit mittlerem kapitalistischem Entwicklungsniveau, mit ausgeprägten Merkmalen der Abhängigkeit und starken regionalen sowie sektoralen Entwicklungsunterschieden. 1978 betrug die Anteile einzelner Sektoren zum Bruttoinlandprodukt:

Land-, Vieh- und Fischwirtschaft	8,7 %
Erdöl	3,8 %
Verarbeitende Industrie	23,9 % (1977)
Baugewerbe	5,0 %
Transport- und Nachrichtenwesen	4,1 % (1977)
Handel	30,0 %
Sonstige	24,5 %

Von der männlichen erwerbstätigen Bevölkerung sind (1976) 40,5 % in der Land-, Forst-, Vieh- und Fischwirtschaft, 24,6 % in der extraktiven und verarbeitenden Industrie sowie im Baugewerbe und 34,9 % im Handels- und Dienstleistungssektor beschäftigt. Die durchschnittliche Steigerungsrate des Bruttoinlandprodukts (1978: 1 786,6 Mrd Peso zu ffd. Preisen) lag zwischen 1960 und 1977 bei 6 % (real). Wichtigste Rohstoffe sind Erdöl (Tagesförderung 1979 im Durchschnitt 1,3 Mio Barrel), Erdgas, Steinkohle, Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink, Mangan, Cadmium, Gold, Silber und Quecksilber.

Lage der Bevölkerung: Nach inoffiziellen Schätzungen sind gegenwärtig 5—7 Mio Mexikaner arbeitslos. Einer Lohnsteigerung von 9—10 % stand 1977 eine Inflationsrate von 21 % gegenüber. 1978 betrug die staatlich verordnete Mindestloohnerhöhung 12 %, die offiziell ausgewiesene Inflationsrate 15,4 %. Allein in Mexiko-Stadt stiegen die Nahrungsmittelpreise im ersten Halbjahr 1978 jedoch schon um 24,4 %.

Über 20 % aller Mexikaner sind **Analphabeten**.

Außenwirtschaft: Größte Handelspartner sind beim Import die USA, Japan und die BRD, beim Export die USA, Brasilien und die BRD. Hauptexportgüter waren 1978 land- und fischwirtschaftliche Produkte (25,4 %) sowie Erdöl und Erdölprodukte (30,9 %). Die Importstruktur wurde zu 47,8 % von Rohstoffen und Halbwerten und zu 34,6 % von Kapitalgütern bestimmt. Die Konsumgüterimporte machten 6,1 % der Gesamtimporte aus. Die öffentliche Auslandsverschuldung hat sich von 12,2 Mrd Dollar (1975) auf 26,2 Mrd Dollar (1978) mehr als verdoppelt. Größter Auslandsinvestor in Mexiko sind die USA. Die westdeutschen Direktinvestitionen beliefen sich 1978 auf 766,1 Mrd DM gegenüber 462,1 Mrd DM 1975.

Geschichte:

500—1521	Entstehung mehrerer Hochkulturen, darunter von Teotihuacán, Tolteken, Azteken und Mayas
1519—1521	Spanische Eroberung Mexikos durch Hernán Cortez
1810—1821	Unabhängigkeitsbewegung gegen Spanien
1824	Ausrufung der Vereinigten Staaten von Mexiko
1846—1848	Mexikanisch-nordamerikanischer Krieg
1861—1867	Französische Intervention unter anfänglicher Beteiligung Großbritanniens gegen Mexiko
1876—1911	Diktatur des Generals Diaz
1911—1920	Mexikanische antifeudale Revolution
1917	Annahme einer bürgerlich-demokratischen Verfassung
1919	Ermordung des Revolutionsführers Zapata; Gründung der Mexikanischen Kommunistischen Partei
1934—1940	Bürgerlich-demokratische Regierung Cárdenas'
1937—1938	Nationalisierung der Eisenbahnen und ausländischen Erdölgesellschaften; Umbildung der nationalrevolutionären Partei in die Partei der Mexikanischen Revolution
1946	Umbildung der Partei der Mexikanischen Revolution in die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI)
1954	Mexiko lehnt auf der X. Interamerikanischen Konferenz die Resolution zur „Verteidigung der westlichen Hemisphäre gegen den Kommunismus“ ab
1959—1960	Verfolgungswelle gegen die Linkskräfte
1962	Mexiko lehnt die Verurteilung Kubas ab

reicht um zu überleben, und die teil- und zeitweise auch als Kleinpächter arbeiten, sich aber immer mehr dem Status des Lohnabhängigen nähern. Dieser Prozeß der Formierung dieses agrikolen Proletariats ist noch nicht abgeschlossen, ist noch ein Prozeß in der Bewegung. Aber man sollte nicht weiterhin von einem Mexico agrario sprechen, dessen eine Hälfte noch bäuerlich sei. Dies wäre total falsch und würde eine falsche Vorstellung vom Lande geben.

Das agrikole Proletariat hat zwar einige kleine Gewerkschaftsorganisationen, 95 % sind jedoch nicht gewerkschaftlich organisiert. Denn bis heute war das Bewußtsein dieser Sektoren ein bäuerliches Bewußtsein und kein proletarisches. So organisierten sie sich hauptsächlich in Bodenbittsteller-Organisationen, anstatt gewerkschaftlich. Es hat sie viele Jahre gekostet, zu erkennen, daß dies eine Einbahnstraße ist.

Das Industrieproletariat charakterisiert sich durch seine enorme Heterogenität: Heterogenität der Einkommen, der Arbeitsbedingungen, Heterogenität in seinen Produktionsbeziehungen, in seinem Bildungsstand usw. Zudem ist das mexikanische Proletariat in seiner Mehrheit neu formiert. Das soll nicht heißen, daß das mexikanische Proletariat zur Gänze neu sei, denn es gibt ja schon ein Jahrhundert der Geschichte der mexikanischen Arbeiterklasse. Aber viele Kerne sind neu formierte Kerne, und erst seit einigen Jahren wickelte sich der Prozeß des Zuflusses aus dem Lande in diese proletarischen Sektoren ab.

FRAGE: Wie haben sich diese bedeutenden sozialen Veränderungen auf das Kräfteverhältnis innerhalb der PRI ausgewirkt? **E. SEMO:** Wenn man die PRI als eine Vereinigung unterschiedlicher Volksorganisationen unter der Kontrolle des Staates betrachtet, als eine Partei mit eigener Kraft (sie ist eine Föderation, der Gipfel einer Reihe von Massenorganisationen jeglichen Typus, Gewerkschafts- wie Bauernorganisationen, politischen Parteien usw.), wenn man also die PRI so betrachtet, dann hat sich das Kräfteverhältnis radikal gewandelt. Früher herrschten die Mittelschichten und die Kleinbourgeoisie vor, dann kamen die Gewerkschaftsorganisationen und fast auf gleicher Ebene die bäuerlichen Gewerkschaften. Dies war vor 30 Jahren. Heute hat sich das Kräfteverhältnis verändert. An erster Stelle stehen heute die Gewerkschaftsorganisationen. Sie konzentrieren die wichtigste, mobilste und aktivste Masse des Landes auf sich. Erst danach kommt die Kleinbourgeoisie und weit abgeschlagen dahinter, mit einem enormen politischen Kapazitätsverlust, kommen die Bauern.

Seit den 60er Jahren, mit der wirklichen Entwicklung der Industrie, mit dem Entstehen einer Arbeiterklasse von 5 Mio, mit dem Heranwachsen einer breiten, sehr zahlreichen und relativ gebildeten Kleinbourgeoisie mit eigenen politischen Interessen, mit dem Heranreifen von bäuerlichen Sektoren, die sich mehr und mehr politisieren, ist der Staat nicht mehr fähig, diesen sozialen und ökonomischen Strukturen zu entsprechen. Aber es gibt auch andere fundamentale Gründe. Der herrschende Block (und es ist sehr wichtig hier zu verstehen, daß es sich um einen Block handelt) — es handelt sich hier um eine Allianz, um eine historische Allianz, die der mexikanischen Bourgeoisie mit vorherrschenden Sektoren der Kleinbourgeoisie, der Gewerkschaftsbürokratie, mit den Staatsangestellten und sogar mit privilegierten Sektoren der Arbeiterklasse gelungen war — dieser Block leidet nun vor allem unter den Auswirkungen der Verschärfung des Klassenkampfes. Es wird zunehmend schwieriger für die Bourgeoisie, vor allen Dingen für die Großbourgeoisie, ihre Allianz mit der Kleinbourgeoisie und den Sektoren der Arbeiterklasse usw. aufrecht zu erhalten.

FRAGE: In diesem Zusammenhang ist oft von einer „politischen Krise“ die Rede.

E. SEMO: Die Krise des mexikanischen Staates rührt aus der Tatsache, daß die ökonomische und soziale Entwicklung des Landes sehr viel schneller voranschritt als seine politischen Überbaustrukturen. Fast alle ausländischen Besucher sind von diesem fundamentalen Widerspruch beeindruckt: die relativ fortgeschrittene Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie und der sehr primitive Charakter der politischen Strukturen.

Wie man weiß, fördert die typische Organisation des Staates des Kapitalismus eine Flexibilität, die das freie Spiel der verschiedenen Schichten, der verschiedenen Interessen der Bourgeoisie gemäß den Notwendigkeiten der Entwicklung des Kapitals selbst erlaubt. Es ist offensichtlich, daß ein System, das das zivile Leben, das Parteiensystem und das flexible Spiel der Widersprüche durch die Absorption der Widersprüche durch die eine herrschende Klasse abtötet, kein — einem relativ fortgeschrittenen Kapitalismus — adäquates System ist. Dieses ist der Grundaspekt, die Basis der politischen Krise.

Die politische Reform — ein Erfolg der Linken

FRAGE: Welche Bedeutung hat vor diesem Hintergrund die Reform der politischen Strukturen des mexikanischen Staates in den letzten Jahren?

E. SEMO: Die politische Reform ist die Frucht harter Kämpfe des mexikanischen Volkes, vor allem in den Jahren 1958—1968. Es handelt sich um keinerlei grandiose Konzession seitens der Bourgeoisie. Sie hat viel Tote, viele Opfer und eine sehr harte Haltung seitens bestimmter Organisationen der Linken, unter ihnen der MKP, gefordert, um die Straße, das Recht der Meinungsfreiheit zu gewinnen, um damit die Regierung auf Konzessionen des demokratischen Typs zu verpflichten. Das gilt es

an erster Stelle zu verstehen und das wird heute schon manchmal bei der Analyse der Situation Mexikos vergessen. . . . Die politische Reform ist ein großer Sieg der Kräfte des Volkes und zu einem guten Teil der mexikanischen KP.

Zudem muß man im Auge behalten, daß die demokratische Reform zur Zeit noch eine relativ reduzierte Reform ist. Ihre Hauptaspekte liegen in einer Legalisierung der Pressefreiheit, der Meinungsfreiheit, der wirklichen Versammlungsfreiheit, weil die Gesetze bisher diese Aktivitäten wirklich nie verboten haben. Die mexikanische Verfassung ist eine relativ fortschrittliche Verfassung, aber sie existierte in der Praxis nie, vor allem nicht für die linke Opposition.

Der erste Fortschritt war der Respekt den existierenden Gesetzen gegenüber, und seit etwa vier Jahren gibt es ein relativ demokratisches Leben in dieser Hinsicht. Der andere ist die Reform des Wahlgesetzes, die einer gewissen legalen Vertretung der linken und der rechten Opposition die Tür öffnet. Eine authentische Opposition ist nur in einer einzigen Kammer, der Abgeordnetenversammlung, möglich, während ihr alle anderen Organe verschlossen bleiben. In Bezug auf die Abgeordnetenversammlung erlaubt die Reform höchstens 1/3 der Stimmen für die Opposition. Daher handelt es sich um eine höchst limitierte Reform, die nur ein Minimum gibt. Zugleich bedeutete dies aber für das Land einen wesentlichen Schritt nach vorne in der Gesundung des nationalen Lebens.

Erklärung der mexikanischen Linksparteien zum Wahlausgang

1. Der wichtigste Aspekt der Wahlen des 1. Juli ist die Vergrößerung des Wählerinflusses der Linkskoalition und anderer demokratischer Organisationen. Dieses Ergebnis wurde erreicht trotz einer Menge an Unregelmäßigkeiten, Manipulationen und illegalen Handlungen, die dem Betrug vorausgegangen waren und die das Wahlsystem charakterisieren. Von den politischen Tendenzen verschiedener Schattierungen, die sich bei den Wahlen zusammengefunden haben, zeigten nur die linken Tendenzen eine Steigerungsrate. Wenn man die Zahl der Stimmen und die Prozentsätze vergleicht, zeigt es sich eindeutig, daß die PRI erheblich abgenommen hat. Genauso ging es der Hauptpartei der rechten Opposition, der Partei der Nationalen Aktion.

Die Linkskoalition, die unter dem Emblem der Mexikanischen Kommunistischen Partei (MKP) den Wahlkampf geführt hat, wurde die drittstärkste politische Kraft des Landes. Dieses Ergebnis beweist, daß die Arbeiter, Landarbeiter, die Intellektuellen, die Jugend und mehrere Sektoren der Mittelschichten die unabhängige, revolutionäre und sozialistische Linke unterstützt haben. Sie haben mit ihrem Stimmzettel die Wahlen, die am letzten 1. Juli stattgefunden haben, waren die ersten seit der Reform des Wahlgesetzes, das die Möglichkeit für die Beteiligung von anderen Parteien und politischen Organisationen eröffnete; sie haben die Veränderungen gezeigt, die sich innerhalb der nationalen Kräfte vollzogen haben — die Wünsche der breiten Massen und die dringenden Bedürfnisse in Bezug auf die Demokratisierung des politischen Lebens. Die Parteien der Linkskoalition sind der Meinung, daß die Ergebnisse der kürzlichen Wahlbefragung objektiv bilanziert werden müssen als Basis für alle politischen Kräfte zur Orientierung ihrer Aktionen für die nächste Zukunft. Dafür fehlen noch die öffentliche Bekanntmachung der offiziellen Ergebnisse und eine genaue Analyse des Wahlvorgangs. Jedoch haben wir uns für die Veröffentlichung einiger unserer ersten Schlußfolgerungen entschieden, die die gemeinsame Meinung unserer Parteienleitungen ausdrücken.

Entwicklung verurteilt, die das Land zu einer galoppierenden Arbeitslosigkeit, zur Entwertung des Peso und zur Inflation, zu einer chronischen Agrarkrise und zur Unterwerfung unter den Internationalen Währungsfond (IWF) geführt hat. Stattdessen unterstützten sie die demokratische und sozialistische Alternative, die sich in der Wahlplattform der Koalitionsparteien niedergeschlagen hat, sowie auch die unabhängige Politik gegenüber der Regierung und die Taktik, den Weg zu ebnen für die Verstärkung der Einheit aller linken demokratischen



Kräfte.

2. Die Ergebnisse, die von der Linkskoalition am 1. Juli erreicht worden sind, sind eine Folge ihres Programms und ihrer Taktik. Sie sind eine Folge des Bewußtseins, der Energie, des Enthusiasmus und der Disziplin der Mitglieder unserer Parteien und des Beitrages tausender parteiloser Bürger, die sich am Wahlkampf der Linkskoalition beteiligt haben.

Die Stimmenergebnisse, die von der Linkskoalition erreicht wurden, beweisen, daß das was die Massen heutzutage mobilisiert und zusammenbringt, eine wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Alternative mit einem tiefgreifenden linken demokratischen Inhalt ist, die den Weg für die von unseren Parteien angestrebten sozialistischen Veränderungen öffnen soll.

Die MKP hat sich mit den Parteien der Linkskoalition bemüht, sektiererische Auffassungen über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse zu überwinden, durch die dringende demokratische Forderungen nicht berücksichtigt wurden, die für das Proletariat sowie

für die Mittelschichten und sogar für bestimmte Schichten der Bourgeoisie von Interesse sind. Abgelehnt wurde aber auch jene opportunistische Sicht der heutigen Aufgaben, die versucht hat, den antiimperialistischen Kampf von den internen Klassenkämpfen zu trennen und den unabhängigen Charakter der Position der Arbeiterklasse und ihrer Parteien gegenüber der herrschenden Bourgeoisie und dem Staat zu schwächen.

3. Gleichzeitig zeigten diese Wahlen die Grenzen der politischen Reform, die von der gegenwärtigen Regierung eingeleitet wurde, und die Größe der Hindernisse, die einer tiefgreifenden Erneuerung des demokratischen Lebens in unserem Lande entgegenstehen. Das drückt sich in den antikommunistischen Aktionen aus, die einerseits von der kirchlichen Hierarchie und andererseits von reaktionären und faschistischen Gruppen durchgeführt wurden und zu der die Angstkampagne kam, die von der Leitung der PRI angezettelt worden ist.

Antidemokratisches Wahlsystem

Am Tag der Wahlen und in der Zeit zwischen den beiden Wahlgängen wurden bei der Stimmenauszählung die niederträchtigsten, betrügerischsten Methoden angewendet, die das mexikanische Wahlsystem in Verruf brachten: Ablehnung des Zugangs für die Repräsentanten der Oppositionsparteien zu den Wahlurnen, Verfälschung der Ergebnisse, fliegende Brigaden, die sich weigerten, Wahlprotokolle zu liefern, und die Überweisung von Stimmen an Parteien, die die PRI zu begünstigen versuchten.

Die Wahlen haben die Notwendigkeit der Existenz eines korrekten Wählerverzeichnis und die Nachlässigkeit des gegenwärtigen Wahlmechanismus ans Licht gebracht. Die Wahlen haben weiterhin gezeigt, daß die komplizierten Methoden und die Verzögerungen während der Stimmenauszählung vorgelesen waren, um die Ergebnisse zu manipulieren — einige von ihnen sind das Fundament, worauf das antidemokratische Wahlsystem beruht. Diese Mittel wurden von der nationalen Leitung der PRI in Komplizenschaft mit Wahlbeamten, Stadtdirektoren, Häuptlingen und einigen Gouverneuren benutzt, um die Ergebnisse der Wahl am ersten Sonntag im Juli zu deformieren.

4. Die Hauptgründe des hohen Anteils von Stimmenthaltungen bei den Wahlen sind im antidemokratischen Wahlsystem und in der tiefverwurzelten Korruption im Apparat der PRI zu suchen. Das Volk glaubt nicht an die Echtheit der Wahlkämpfe, und es hat nicht gereicht, daß sich drei neue Parteien registrieren ließen, um das Vertrauen von Millionen Bürgern für die Wahlen zu wecken. Im 51. Parlament wird — wie in den letzten 30 Jahren — eine Minderheit repräsentiert. Die Stimmenthaltung drückt auch die politische Rückständigkeit in den vom System am Rande der Gesellschaft gehaltenen Teilen der Bevölkerung, vorwiegend auf dem Lande, die Schwäche der Parteien, das niedrige Niveau der Wahlkämpfe und hauptsächlich die Praktiken der PRI aus, die jeder Debatte oder jeder ideologischen Konfrontation während des Wahlkampfes ausgewichen ist.

Der hohe Prozentsatz an Stimmenthaltungen kann die Linkskoalition nur zu folgender Schlußfolgerung veranlassen: Kampf für die Demokratisierung des politischen Lebens zu intensivieren, die Beteiligung der Bürger an Angelegenheiten, die sie angehen, zu erhöhen und den ideologischen, politischen und organisatorischen Einfluß unserer Parteien zu verstärken.

5. Als Ergebnis der Wahlen wird der Linkskoalition eine Gruppe von Abgeordneten zur Verfügung stehen, die das Versprochene einhalten werden, nämlich für die Inhalte der Wahlplattform zu kämpfen, die wir während des Wahlkampfes entwickelt haben; sie werden die grundlegenden politischen Funktionen der Abgeordnetenkammer wiederherstellen und eine enge Verbindung zwischen der Massenbewegung und der parlamentarischen Aktion herstellen. Die Parteien der Linkskoalition werden die Versprechen erfüllen, die sie den Wählern gegeben haben, sie werden einen systematischen Kontakt mit ihnen halten und sie ständig über ihre Arbeit informieren.

Sowohl bei den Aktivitäten im Abgeordnetenhaus als auch bei ihrer täglichen Arbeit werden sich unsere Parteien auf vier wichtige Aufgaben konzentrieren:

a) auf diejenigen, die mit dem Erringen der Unabhängigkeit und der Demokratie der gewerkschaftlichen Organisationen verbunden sind; auf eine allgemeine Amnestie, die alle aus politischen Gründen Gefangenen, Verurteilten und Verfolgten umfaßt; auf eine neue Wahlgesetzgebung, die auf der proportionalen Repräsentation basiert, auf ein demokratisches Regierungssystem im Bundesmaßstab;

b) auf diejenigen Aufgaben, die mit der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, der Bauern und des ganzen Volkes verbunden sind, wie z. B. eine allgemeine, außerordentliche Anhebung der Löhne, Gehälter und Renten; es sollen Gesetze erlassen werden, die eine Lohnskala, eine 40-Stunden-Woche und eine Preiskontrolle festle-

gen; der private Großgrundbesitz soll aufgehoben und die kleine Landwirtschaft unterstützt werden;

c) es sollen antiimperialistische und antimonopolistische Maßnahmen wie die Nationalisierung der Nahrungsmittel und der pharmazeutischen Industrie sowie Maßnahmen zur Kontrolle des Kredit- und Wechselsystems ergriffen sowie der Entwurf eines nationalen Energieprogramms vorgelegt werden;

d) Entwicklung einer Außenpolitik der Unabhängigkeit, des Friedens und der Solidarität mit den antiimperialistischen Kämpfen aller Völker, insbesondere Lateinamerikas und der Karibik.

Was die Kämpfe für diese Aufgaben betrifft, werden unsere Parteien bemüht sein, sich für eine unabhängige Massenbewegung einzusetzen und Aktionen der Kräfte zu unterstützen, die für eine Entwicklung der Demokratie auf allen Ebenen, für die Unabhängigkeit des Landes und für eine nationale Entwicklung mit Volkscharakter sind.

6. Die Linkskoalition ist unter Beteiligung anderer Organisationen, linken Bewegungen und wichtigen Intellektuellen- und Jugendkreisen gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Ihr politischer Einfluß wird in den Dienst der demokratischen Entwicklung des Landes gestellt, was ein integraler Bestandteil auf dem Weg zum Sozialismus ist. Wir benutzen diese Gelegenheit, um die Dankbarkeit unserer Parteien an alle Personen und demokratischen Organisationen zu bekunden, die die Plattform und die Kandidaten der Koalition unterstützt und entscheidend zu den erzielten Ergebnissen beigetragen haben.

Der Wahlkampf hat die Bemühungen unserer Parteien demonstriert, alle Organisationen, Parteien und Personen, die eine entschlossene demokratische und linke Position haben, zu vereinen. Wir werden weiterhin unsere ganze Kraft einsetzen, um eine politische Kraft zu schaffen, die fähig ist, die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen zu vollziehen, wovon die demokratische Entwicklung Mexikos und sein Übergang zum Sozialismus abhängen.

Mexiko-Stadt, 14. Juli 1979

MEXIKANISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MEXIKANISCHE VOLKSPARTEI
REVOLUTIONÄRE SOZIALISTISCHE PARTEI
BEWEGUNG FÜR AKTION UND SOZIALISTISCHE EINHEIT

(Quelle: Oposición, Mexiko-Stadt, 19.—25. 7. 1979)

INFORMATIONSBULLETIN DER ÖSTERREICH-KUBANISCHEN GESELLSCHAFT

CUBA SI

Schwerpunktt Themen:

Nr. 11, September 79

KONFERENZ DER BLOCK-FREIEN IN HAVANNA


Nr. 12, November 79

10 JAHRE ÖSTERREICHISCH-KUBANISCHE GESELLSCHAFT

BILATERALE BEZIEHUNGEN ÖSTERREICH – KUBA

Anfragen wegen Mitgliedschaft bzw. Bezug von „CUBA SI“ bei:

Österreichisch-Kubanische Gesellschaft, Seisgasse 1, Postfach 28, A-1042 Wien



ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag



Gewerkschafts- Politik

Arbeitsorientierte Wissenschaft



Automation und Entwicklung der Arbeitsbedingungen

Projektgruppe Automation und Qualifikation AS 7 Band I:

Automation in der BRD

3. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1979

AS 19 Band II: Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung

AS 31 Band III: Theorien über Automationsarbeit

Kategorien

Automationsarbeit in der Industriosozologie: »Qualifikation«, »Kooperation«, »Autonomie«

Automationsarbeit in den Arbeitswissenschaften: Analytische Arbeitsbewertung, »Belastung«, »Beanspruchung«, Kognitive Prozesse

Positionen

Kern/Schumann, Mickler, Fricke und Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen

Tabellarische Übersicht

Untersuchungen zur Automationsarbeit bis 1977

»Diese konstruktiv-kritischen Aufsätze gehören zu den fundiertesten Analysen, die die Industriosozologie hierzulande in den letzten Jahren hervorgebracht hat.«
R. Bispinck, WDR, 15.1.1979

Ende 1979 erscheint

AS 43 Band IV: Automationsarbeit: Empirie

Im Anschluß an eine Auseinandersetzung mit empirischer Methodik (Datenauswertung und Datengewinnung) werden die Ergebnisse aus den Untersuchungen in 100 Betrieben der Bundesrepublik und Westberlins vorgestellt.

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM.

Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Gewerkschaftspolitik

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf

Beiträge von W. Goldschmidt, P. Oehlke, D. Albers, J. Rohbeck und E. Piehl.
Handbuch der neueren Gewerkschaftsgeschichte Englands, Frankreichs und Italiens
319 S., 18,50 DM, Schüler und Studenten 15,- DM

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

E. Dahne, H. Funke, K. Gulden, M. Helfert, E. Hildebrandt, P. Hinrichs, H. Hoyer, J. Hund, B. Kiefer, M. Knuth, B. Kündig, H. Lange, H. Milz, H. Meier, W. Müller-Jentzsch, F. Näschild, A. Oppolzer, Z. Papadimitriou, K. Pickshauss, K. Priester, S. Roth, R. Schmiede, B. Tietze schreiben über Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der »Humanisierung der Arbeit« über die verschiedenen gegenwärtigen Strategien der Humanisierung der industriellen Arbeitsorganisation, über das Humanisierungskonzept als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen, über den politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften, über neuere Literatur zum genannten Themenkomplex.
Der Band ist ein analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum übersehbare Literaturflut.

Aus der Zeitschrift DAS ARGUMENT

Gewerkschaftsdiskussion

Heft 107

E. Schmidt: Gerat die Sozialpartnerschaft in die Krise?
W. Müller-Jentzsch: Die neue Linke und die Gewerkschaften
K.-H. Tjaden: Territorialstruktur und antikapitalistische Reformpolitik
weitere Beiträge von W. Abendroth zu Bahro,
G. Meyer zur Stalinsystemforschung, R. Kawa zum Terrorismus, Konzeptionskrite und Besprechungen

Heft 109

W. Fabian: Tendenzen in den Streiks 1978
W. Petschik: Zur Überarbeitung des DGB-Grundsatz-Programms
H. Schäter: Probleme der Lohn- und Tarifpolitik
T. Hagelstange: Gewerkschaftsentwicklung und Krisen
weitere Beiträge von B. Guther zur Akademikerarbeitslosigkeit,
H. Geil zu den Berufsverboten, Marvin, Theiß, Voigt zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität, F. Hase und K.-H. Ladeur zum Politischen Mandat der Studentenschaft, Besprechungen

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 4 61 90 61

Michel Kamel Ketten für die Opposition

Am 16. 8. 1979 haben die Machtorgane des ägyptischen Regimes eine große Verhaftungswelle gegen Führer der patriotischen Linken angezettelt. Das Neue an dieser Aktion: die Razzia ist ausdrücklich auch gegen die Ägyptische Kommunistische Partei (ÄKP) gerichtet. Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, 56 Personen verhaftet zu haben, während Listen der Verhafteten besagen, daß diese Zahl weit überschritten wurde (bis 22. August: 74; Ende August: 200, die Zahl steigt).

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verhaftungswelle weiter anhält. Obwohl die Verhafteten verschiedenste politische und ideologische Richtungen vertreten, lautet die Anklage gegen alle: Zugehörigkeit zur KP Ägyptens.

Laut offizieller Begründung hat die ÄKP „das Ziel, Sadats Regime zu stürzen und es durch ein kommunistisches Regime zu ersetzen“, so die offizielle Erklärung des Innenministeriums. Die Anklage richtet sich weiter gegen die „Aufführer“, die den „sozialen Frieden stören“ und darauf aus sind, „die innere Front“ zu zerstören und gegen die „Friedensinitiative“ zu kämpfen. Weiter fährt die Erklärung der Staatsanwaltschaft fort mit der Auflistung der Parteiaktivitäten der ÄKP, wie z. B. der Herausgabe des Parteiorgans Al Entessar (Der Sieg), El Way (Das Bewußtsein), El Ard wa El Fellah (Die Erde und der Bauer). Weiter sei die Partei aktiv tätig in Organisationen wie dem Verlag Neues Kulturhaus und Kulturquelle.

Im Ausland gäbe es ebenfalls drei Zentren, das seien London, Paris und Westberlin. Sie hätten die Aufgabe, Parteiliteratur im Ausland zu vertreiben und darüber hinaus die Zeitschriften La Gauche Arabe (Die Arabische Linke) und die Demokratische(n) Blätter (inzwischen ersetzt durch Jugendavantgard, die Zeitung der Union der Demokratischen Ägyptischen Jugend). Weiter wird der ÄKP der Vorwurf gemacht, sie sei an vielen Zeitungen und Zeitschriften gegen Sadat beteiligt. Diese Vorwürfe erschienen am 19. 8. 1979 in den offiziellen ägyptischen Zeitungen.

Schlag gegen die „Aufführer“

Unter den Verhafteten sind zwei ehemalige Abgeordnete, Abu el Ezz el Hariri und Ahmat Tahha. Dazu eine Reihe von Rechtsanwälten, Journalisten und Arbeitern. Nabil El Helali, Sakhi Morad, Shihata Haroun und Abdollah Azzughi (bekannte Anwälte in Arbeiter- und Studentenprozessen als Verteidiger) wurden schon früher öfter verhaftet.

Diese Razzia ist nichts weiter als ein Glied in der Kette, die um die gesamte Opposition gelegt werden soll, wobei dieses Mal besonderes Augenmerk auf dem härtesten Teil der Opposition, nämlich der ÄKP und der Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung-PNP¹, auch Die Linke Partei genannt, liegt. Das hängt vor allem mit dem wachsenden Widerstand gegen das israelisch-ägyptische Abkommen und mit den zunehmenden Skandalen des Regimes vor der Weltöffentlichkeit zusammen, d. h. dem gesamtationalen Ausverkauf der ägyptischen Interessen, der gerechten Interessen des palästinensischen Volkes und der gesamten arabischen Befreiungsbewegung (siehe Einschätzung und Dokumente in AIB, Nr. 5/1979, S. 20–26). Dieses Abkommen hat die Form eines politisch-militärischen Paktes mit der Welt des Imperialismus und des Zionismus angenommen.

Eine der Hauptursachen der gezielten Attacken gegen die ÄKP und Die Linke Partei ist die sehr aktive Rolle, die die beiden Parteien bei der Bildung einer Nationalen Front, bei der Samm-



lung der oppositionellen Kräfte gegen das israelisch-ägyptische Abkommen spielen.

Diese Polizeirazzia folgt der Auflösung des letzten Parlaments und den letzten Wahlen, deren Ziel es war, jede oppositionelle Stimme innerhalb des Parlaments mundtot zu machen. Es wurde das Gesetz Nr. 194 für das Jahr 1979 erlassen,

- das jede Stimme gegen das abgeschlossene israelisch-ägyptische Abkommen während des Wahlkampfes verbot und kriminalisierte,
- das jede Art von Diskussion über die sozialen Fragen des Landes unterband mit der Begründung, dies würde den sozialen Frieden gefährden.

Mit der Verfügung dieses Gesetzes verhafteten sie einige der Kandidaten, wobei sie sich einer gefälschten Anklage über Spionage und Verbindung mit dem Ausland bedienten. Die Wahlen² wurden unter groben und größten Wahlfälschungen durchgeführt, die sogar in der westlichen Presse Erwähnung fanden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wurde geschürt. Die Verfassung von 1971 hatte den Präsidialcharakter des Regimes betont. Sie gibt dem Staatspräsidenten eine unbegrenzte Macht. Er hat das Recht, Entscheidungen zu treffen oder Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Er darf sowohl Gesetze erlassen als auch Gesetze außer Kraft setzen. Er kann auch den Ausnahmezustand (in dem sich das ägyptische Volk fast andauernd befindet) erklären. Trotz der Vielseitigkeit und Großzügigkeit der Macht des Staatspräsidenten darf oder muß er in keiner Weise zur Verantwortung gezogen werden oder vor irgendeiner Staatsinstitution Rede und Antwort stehen. Im Gegenteil, er kann Parlamentsbeschlüsse aufheben, auch das Parlament selbst kann er auflösen, sogar die Urteile der Justiz brauchen seine Einwilligung, um rechtskräftig zu werden, d. h. er darf sie ablehnen, und damit sind sie nichtig.

Im Juli 1979 gab das Parlament seine Zustimmung für eine Verfassungsänderung, die zu den selbstverständlichsten Menschenrechten wie Freiheit und Demokratie in Widerspruch steht. Dadurch vergrößerten sich natürlich Widerstand und Opposition. Im Rahmen aller dieser Tatsachen muß man die Motive der letzten Polizeirazzia suchen. Es ging dabei im Grund um die Durchsetzung folgender Verfassungsänderungen mithilfe der Bestätigung durch das Parlament:

- Ernennung Sadats zum Staatspräsidenten auf Lebenszeit;

● Errichtung eines Beratenden Rates parallel zum Parlament (er entzieht praktisch dem Parlament alle Kompetenzen);

● der Beratende Ausschuß untersteht direkt dem Staatspräsidenten; der Staatspräsident setzt über die Hälfte dieses Ausschusses ein;

● Änderung des Parteiengesetzes, so daß es der Parteienbildung sehr viele Fesseln anlegt;

● zusätzlich gibt es ein sog. Komitee für politische Parteien, das berechtigt ist, die Richtung jeder politischen Partei abzulehnen; Sadat setzt das Komitee, dessen Mehrheit nicht Angehörige der Justiz sind, selbst ein;

● Errichtung eines Justizoberrates, so daß er zur Exekutiven gehört. Er überschreitet die Kompetenz aller Gerichte. Die Mehrheit der Richter Ägyptens sind gegen diesen Justizoberrat. Es gab verschiedene Podiumsdiskussionen im Richterklub usw., wo der Justizoberrat aufs schärfste verurteilt wurde. An die Spitze des Richterklubs wurde ein Richter gewählt, der als Oppositioneller gilt;

● Gesetz des sozialistischen Staatsanwaltes, was einer Verschärfung des Gesetzes „Unter Sadats Demokratie“ entspricht; Verschärfung des Gesetzes von 1971,³ das ihm erlaubt, politische Betätigung für jedermann beliebig zu verbieten, ebenso die Besetzung von Posten, die nicht im politischen Bereich liegen;

● Ein neues Pressegesetz, das praktisch den gleichen Effekt wie im Justizbereich hat: Ein Presserat anstelle der Journalistengewerkschaft, wodurch diese zu einem Klub ohne Einfluß verwandelt wird. Der Zweck: Man sucht die Journalisten in den Griff zu bekommen, sie völlig unter Einfluß und Kontrolle zu halten. Verwirklichung von dem, was der Staatspräsident von den Gewerkschaften gefordert hat und womit er ohne Echo blieb: Ausschluß aller oppositionellen Journalisten; nach Schätzungen ist es der Wunsch Sadats, etwa 600 Journalisten auszuschließen.

Daß die Machthaber entschlossen sind, sich vehement in die inneren Angelegenheiten der Journalistengewerkschaft einzumischen, zeigte sich z. B. im letzten Monat, als sie die Vollversammlung der Gewerkschaft verboten und statt dessen ein Komitee bildeten mit der Aufgabe, das neue Pressegesetz durchzusetzen;

● Durchsetzung des Präsidialerlasses (Resolution des Staatspräsidenten) Nr. 265 für das Jahr 1979, der die Auflösung der Studentenverbände und des Generalverbandes aller Studenten Ägyptens verfügte. Gleichzeitig bedeutet dies die Aufhebung aller ihrer Aktivitäten und die Schließung aller ihrer Zentralen.

Nachdem die Regierung in ihrer totalen Kontrolle über die Studentenbewegung versagt hat (Ausschlüsse von Professoren und Studenten nutzten nichts) und trotz der Wiedereinführung der „Uni-Garde“, trotz einer steigenden Zahl verhafteter Studenten und der Kriminalisierung der studentischen politischen Tätigkeit hat sie jetzt zu diesem Gesetz gegriffen.

An der letzten Razzia fällt auf, daß ein großer Prozentsatz an Arbeiterführern verhaftet wurde. Das hängt zusammen mit den zunehmenden Streikwellen in den Industriezentren Ägyptens, so in Heluanian (bei Kairo, Stahl und Chemie), Alexandria, Mahalla El Kubra (Textil) und der direkten Einmischung der Regierung in die Arbeitergewerkschaftswahlen: Die Regierung verlängerte die Wahlperiode um 6 Monate, damit die Kandidatenlisten dem „sozialistischen Staatsanwalt“ vorgelegt werden können, und er unter den Kandidaten die geeigneten auswählen kann, viele Arbeiterführer werden vorgeladen und verhört und dabei mißhandelt, lediglich aufgrund von Berichten der Geheimpolizei (El Mabahe).

Aber die Verhaftungswelle hat auch eine große Zahl der führenden Persönlichkeiten der Partei der Nationalprogressiven bzw. der Linken Partei, einer legalen Partei, getroffen, um damit deren bevorstehenden Parteitag zu verhindern. Zur gleichen Zeit, als der Staatspräsident diesen Angriff auf die gesamte Linke startete, erklärte er auch, daß das Kriegsrecht und der Ausnahmezustand fortgesetzt werden, weil es noch immer an der inneren Front Elemente gäbe, die die bestehenden Freiheiten für Sabotage und Verrat ausnutzen würden. So Sadat am 18. August

1979.

Nachdem längst der Kriegszustand mit Israel beendet ist, nutzt Sadat immer noch den früheren Grund, um das Ausnahmegesetz und den Kriegszustand zu verlängern. Es wurden immer mehr Stimmen laut, die die Beendigung des Ausnahmezustandes fordern.

Die faschistischen Tendenzen der heutigen Machthaber kommen heute mehr und mehr zum Ausdruck (Sadat hat z. B. wiederholt dazu aufgefordert, die Opposition zu ermorden: „Tötet sie, wo Ihr sie trefft.“). Er erklärte auch, daß er Befehl gegeben hat, mit sofortigen Erschießungen auf irgendwelche Versammlungen zu reagieren. Versammlungen sind verboten.

Die regierende Nationaldemokratische Partei Sadats hat Militärsonderkommandos eingerichtet (das ist der religiöse Flügel der Partei), um mit Gewalt gegen die Opposition vorzugehen. Die letzten Ereignisse im Sudan haben großen Einfluß auf die Entwicklung in Ägypten gehabt. Der Zerfall des Numeiri-Regimes unter dem Druck der Massenbewegung hat das Bild des Monstrums vom Aufstand am 18./19. Januar 1977⁴ wiedererweckt, insbesondere verstärkt durch die letzte Streikwelle unter den Arbeitern (Höhepunkt war wohl der Streik der Textilarbeiter von Mahalal El Kubra, von mehr als 30 000 Arbeitern) was dem ägyptischen Regime einen Schrecken eingejagt hat. Das bewegte das Regime dazu, die Razzia einzuleiten, die Bewegung der Arbeiter zu unterbinden, der Opposition zuvorzukommen.

Somit steht das ägyptische Regime — das die Interessen der Großbourgeoisie, insbesondere von deren parasitären Schichten, vertritt — in einer wachsenden Isolation und vor neuen Problemen, die die Folge seines Anschlusses an den imperialistisch-zionistischen Pakt sind. Es kann nicht weiterregieren ohne zu den brutalsten Mitteln der Gewalt und des polizeilichen Terrors zu greifen.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Unter Vorsitz des ehemaligen Freien Offiziers Khaled Moheddien vereinigt die Partei der Nationalprogressiven nasseristische und marxistische Kräfte. Im Zeitraum 1975—78 konnte sie ihre Mitgliederzahl immerhin von 90 000 auf 200 000 erhöhen. Die PNP ging aus dem dezimierten linken Flügel der von Nasser geschaffenen ägyptischen Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) hervor.
- 2) Bei den Parlamentswahlen, die im Juni 1979 abgehalten wurden, errang die Nationaldemokratische Partei rund 3/4 der 392 Sitze. Im August 1978 hatte sie Sadat als Nachfolgeorganisation der ASU aus der Taufe gehoben. Sadats politische Linie findet auch vorbehaltlose Unterstützung bei der aus den Juniwahlen als zweitstärkste Kraft hervorgegangenen Sozialistischen Arbeiterpartei (Vorsitz Ibrahim Shukry, 29 Abgeordnete). Die Partei der Nationalprogressiven verlor bei diesen Parlamentswahlen ihre beiden Sitze.
- 3) Da die Ziviljustiz nicht immer mitspielen will, hat sich der Präsident (laut Verfassung) das Recht genommen, die Angeklagten in Zivilprozessen vor ein Militärgericht zu stellen oder vor das im Ausnahmezustand tätige Landesobergericht für Staatssicherheit. Laut § 34 des Gesetzes von 1971 darf ein sog. „sozialistischer Staatsanwalt“ (ein staatlicher Beamter, der vom Staatspräsidenten eingesetzt oder seines Postens enthoben wird) den Befehl erteilen, irgendeinen Bürger für maximal 5 Jahre „an einem gesicherten Ort“ einzukerkern, wenn der Verdacht besteht, daß der Betreffende der Staatssicherheit in irgend einer Weise Schaden zugefügt haben soll. Diese Befehle durchzuführen, dazu bedarf es keines Gerichtsurteils.
- 4) Siehe Einschätzungen in: AIB, Nr. 3/1977, 1/1978 und 5/1979

Deutsche Volkszeitung

Probeexemplare unverbindlich und
kostenlos durch MONITOR-VERLAG
GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154,
Postfach 5707 – Anforderungskarten
liegen dieser Ausgabe bei –

Jürgen Ostrowsky

Durchbruch der POLISARIO



Am 19. Juli d. J. als der opferreiche Krieg gegen die Befreiungsbewegung der Westsahara, Frente POLISARIO, ins fünfte Jahrgang, stimmte die OAU-Gipfelkonferenz in Monrovia (Liberia) für eine Volksabstimmung im von Marokko und Mauretanien besetzten Westsahara-Gebiet; am 5. August schließlich akzeptierte Mauretanien die Position der POLISARIO und verzichtete vertraglich auf den von ihm okkupiert gehaltenen südlichen Teil.

Beide Ereignisse kennzeichnen das Fiasko der Strategie König Hassans II. von Marokko, der stets den angeblichen historischen Anspruch auf das Gebiet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) reklamiert, sich internationale Vermittlungsbemühungen verbeten und die POLISARIO als „Horden einer gewissen POLISARIO“ abgetan hatte, die als Agenten Algeriens sowie — natürlich — Moskaus marodierten.

Die Wende hatte sich bereits nach dem 10. Juli 1978 abgezeichnet, als die damalige Regierung Mauretaniens durch einen Militärputsch gestürzt worden war (Daten zu Mauretanien und Marokko siehe AIB, Nr. 3/1978). Hauptgrund des Putsches war die katastrophale Lage gewesen, in die sich das vormals eher anti-imperialistische Mauretanien 1975 mit seinem Engagement bei der Okkupation hineinmanövriert hatte. Der Krieg gegen die POLISARIO verschärfte alle Probleme des zu den ärmsten der Welt zählenden Landes:

- Zu den bestehenden wirtschaftlichen Problemen kamen die Kosten für die von 1800 auf 14000 Mann aufgeblähte Armee, die gleichwohl militärisch erfolglos blieb. Die POLISARIO ihrerseits unternahm mehrfach wagemutige Angriffe sowohl auf die Hauptstadt Nouakchott als auch auf das Bergbaurevier Zouerate.



Kämpfer der Frente POLISARIO vor dem Einsatz gegen die marokkanischen Okkupationstruppen

- Die Förderung von Zouerate fiel fortan und betrug im Sommer 1978 nur mehr 50 % der Kapazität. Mauretaniens wichtigster Devisenbringer fiel damit aus. Umgekehrt kostete allein die Verwaltung des okkupierten Gebietes 1976/77 runde 14 Mio Dollar.

- Im Aufteilungsvertrag zwischen Marokko und Mauretanien hatte letzteres faktisch seine Souveränität preisgegeben, indem es die Nutzung des eigenen Territoriums im Falle eines „Angriffs Dritter“ zuließ. Nach dem zweiten Angriff auf Zouerate kamen nach und nach insgesamt 10000 marokkanische Soldaten ins Land.

- Die Misere des Landes verschärfte auch den Gegensatz zwischen den unterprivilegierten Afrikanern im Süden des künstlichen Staatsgebildes Mauretanien und der beherrschenden Gruppe der Araber. Die Afrikaner stellen das Gros der Armee und damit auch der Opfer des von ihnen als innerarabische Angelegenheit ignorierten Krieges. Mauretaniens südlicher Nachbar, der Senegal des „Friedenspreisträgers“ Senghor, erhebt unverholene Ansprüche auf Süd-Mauretanien und unterstützt im April d. J. eine bewaffnete Separatistengruppe.

Mauretaniens gescheitertes Annexionsabenteuer

Die POLISARIO reagierte auf die Regierungsübernahme durch das Regime Ould Saleh mit der Ankündigung, bis auf weiteres keine Aktionen gegen Mauretanien zu unternehmen. Dagegen wurden die Kämpfe gegen Marokko, das sich der Unterstützung französischer Spezialisten und Kampfflugzeuge bediente, verschärft. Das marokkanische Territorium selbst, bereits zu Anfang 1977 Ziel vereinzelter Kommandounternehmen der Sahraoui-Kämpfer, wurde zum Operationsgebiet. In der „Operation Houari-Boumediene“ zu Ehren des verstorbenen algerischen Staatspräsidenten griff die POLISARIO erfolgreich sogar größere marokkanische Garnisonen wie Tan-Tan, 100 km landeinwärts gelegen, oder Lemsayel, Tifariti und andere an und befreite im DARS-Gebiet zahlreiche kleinere Städte.

An der diplomatischen Front verschlechterte sich Marokkos Lage gleichfalls rapide. Schon die Einsetzung einer Kommission der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) auf deren Gipfeltreffen in Khartoum im Juli 1978, die „alle Gegebenheiten der Westsahara-Frage sowie die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung dieses Territoriums überprüfen“¹ sollte, konnte Marokko nicht nur zur Freude gereichen — auch wenn die POLISARIO von ihrer Position her Kritik anmeldete.

POLISARIO-Siege an der diplomatischen Front

Am 13. Dezember 1978 verabschiedete die XXXIII. UN-Vollversammlung auf Empfehlung des Ausschusses für Entkolonisierung mit 90 gegen 10 Stimmen bei 39 Enthaltungen die Resolution 33/31 A, die — früheren Entschlüssen seit 1965 folgend — das Recht der Sahraouis auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie die Verantwortlichkeit der Vereinigten Nationen für die Entkolonisierung bestätigte. Unter den Nein-Stimmen befanden sich illustre Vertreter: Zentralafrikas „Kaiser“, Ägypten, Israel, Nicaragua. Die BRD übte „ausgewogen“ Stimmenthaltung.

Im vergangenen Juni erlitt Marokko auch vor dem UN-Sicherheitsrat eine Abfuhr. Eigenen Grenzübergreifen gegen Algerien folgend brachte Marokko angebliche algerische Provokationen vor den Rat und forderte ein Recht auf unmittelbare militärische Verfolgung auch auf fremdes Gebiet; gemeint waren die Einheiten der POLISARIO. In einer Debatte vom 20. bis 22. Juni sprach der Rat Marokko dieses Recht ab, worauf Hassan am 25. Juni überraschend um Suspendierung der weiteren Debatte bat.

Auch Hoffnungen in Rabat, die neue algerische Regierung unter Präsident Chadli werde sich in der Unterstützung der POLISARIO weniger konsequent zeigen als unter Hourari Boumediene, wurden schnell enttäuscht. In einer Ansprache vor Funktionären der FLN-Partei versicherte Chadli Algeriens Ab-



Konvoi der marokkanischen Armee: Besetzung auch der südlichen Westsahara nach deren Räumung durch Mauretanien

sicht, das Selbstbestimmungsrecht der Westsahara-Bevölkerung weiterhin zu unterstützen. Im Verlauf des Frühjahres 1979 erhöhte sich die Zahl derjenigen Staaten rasch, welche die DARS völkerrechtlich anerkannten: mit Vietnam, Laos, Kambodscha, Afghanistan und den Kapverden waren es im Juli bereits 23. Schließlich distanzierte sich sogar Spanien, das sich mit Marokko und Mauretanien 1974/75 über die Aufteilung der Westsahara, seiner früheren Kolonie, verständigt hatte, immer weiter von diesem Manöver. Am IV. Nationalkongreß der POLISARIO hatte bereits ein Vertreter der spanischen Regierungspartei teilgenommen. Im vergangenen August bezeichnete Außenminister Oreja sogar die POLISARIO als „einzig legitime Vertretung des kämpfenden sahraourischen Volkes“.²

Das Ultimatum an Nouakchott

Die Position Mauretaniens blieb seit dem Sturz Ould Daddahs schwankend. Am 9. Januar 1979 hatte die POLISARIO bereits nachdrücklich die Aufnahme von Verhandlungen gefordert, nachdem Mauretanien in der UN-Sitzung am 13. 12. 1978 eine weitere von Marokko im Gegenzug zur Resolution 33/31 A eingebrachte Vorlage unterstützt hatte, die nun wiederum die Tätigkeit des OAU-Komitees begrüßte. Am 6. April des Jahres wurde Ould Salekh entmachtet, zwei Wochen später wurde in Tripolis, der libyschen Hauptstadt, ein Vertrag unterzeichnet, der zum einen ein wirtschaftliches Engagement in der Entwicklung Mauretaniens, zum anderen in zwei Artikeln sowohl vorsah, daß Mauretanien ein ausgewogenes Verhältnis zu Marokko wie zu Algerien beibehalten wolle, als auch mit der POLISARIO einen Friedensvertrag zu unterzeichnen bereit sei und den von ihm besetzten Teil an die POLISARIO zurückgeben werde. Diesem Schritt folgten jedoch weder unter der Regierung Ould Bouceif, die seit dem 6. April amtierte, noch unter Ould Heydalla, seinem Nachfolger, als ersterer Ende Mai tödlich verun-

glückt war, zügige Maßnahmen zur Verwirklichung der Absichtserklärungen. Die Folge: Am 12. Juli beendete die POLISARIO den einseitig erklärten Waffenstillstand gegenüber Mauretanien (zur Begründung vgl. POLISARIO-Dokument in AIB, Nr. 2/1979) mit einem Angriff auf den Militärposten Tichla in der südlichen Westsahara. „Kein Vorwand und keine Vernunft können die Ausflüchte, das Zaudern, die Verwirrung und die Widersprüchlichkeit rechtfertigen, welche die Haltung Nouakchotts kennzeichneten“, erklärte die POLISARIO. „Denn: Ein Jahr ist fraglos sehr wohl ausreichend, damit die Mauretanier sich auf das Niveau der Geschichte begeben, auf die Stimme ihres Volkes hören, mit dessen Interessen in Einklang handeln und darum den provisorischen Waffenstillstand in einen gerechten und dauerhaften Frieden verwandeln“³. Das drastische Ultimatum verfehlte nicht seine Wirkung. Eine Woche später nahm die OAU auf ihrer Gipfelkonferenz das von dem Fünfer-Komitee am 23. Juni vorgelegte Dokument an (Wortlaut siehe Kasten), in dem Tansania, Nigeria, Mali, Guinea, Sudan und Elfenbeinküste ein Referendum vorschlugen. Gegen den Vorschlag stimmten lediglich Zaire und die Komoren; sieben Länder enthielten sich, darunter Ägypten und Elfenbeinküste, fünf nahmen nicht teil, darunter neben Marokko, das unter Protest ausgezogen war, Tunesien, Senegal und Gabun. Mauretanien stimmte neben 32 weiteren OAU-Staaten zu.

Am 5. August unterzeichneten die Delegationen der POLISARIO und Mauretaniens in Algier nach dreitägigen Verhandlungen einen Friedensvertrag (Wortlaut siehe Kasten), der die nationalen Selbstbestimmungsrechte der Sahraoui-Bevölkerung, die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen des DARS sowie schließlich die POLISARIO als einzigen Repräsentanten des Volkes der Sahraoui anerkennt. Kurze Zeit darauf nahmen Mauretanien und Algerien ihre unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder auf; Mauretanien war endgültig aus der Allianz mit Marokko ausgeschert, in der es ohnehin nur Nachteile

Abkommen Mauretanien — POLISARIO

Am 3., 4., 5. August 1979 trafen sich in Algier, der Hauptstadt der Demokratischen Volksrepublik Algerien, eine mauretanische Delegation und eine Sahraoui-Delegation. Die mauretanische Delegation stand unter Leitung von Oberstleutnant Salem Ould Sidi, Zweiter Vizepräsident des Militärkomitees für Nationale Rettung und Ständiger Minister des Militärkomitees; ihr gehörte außerdem Oberstleutnant Ahmed Ould Abdallah, Mitglied des Militärkomitees für Nationale Rettung und Stabschef der Armee, an. Die Sahraoui-Delegation wurde geführt von Bachir Mustapha Sayed, stellvertretender Generalsekretär der POLISARIO-Front und Mitglied des Exekutivkomitees des Revolutionskommandos; weitere Delegationsmitglieder waren Mohamed Salem Ould Salek, Informationsminister und Mitglied des Politbüros der POLISARIO-Front und des Sahraoui-Nationalrates, und Mahmoud Ould Abdelfattah, Verantwortlicher der Europaabteilung der POLISARIO-Front.

Zum Abschluß der Verhandlungen sind die beiden Parteien über folgendes übereingekommen:

— In Anbetracht des höchsten Respekts der mauretanischen und der sahraouischen Partei vor den Prinzipien der Charta der OAU und der



UNO bezüglich des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung sowie auf Unverletzlichkeit der aus der Kolonialzeit übernommenen Grenzen;

— in Anbetracht des ernsthaften Verlangens beider Parteien einen gerechten und endgültigen Frieden zwischen der Islamischen Republik Mauretanien und der F. POLISARIO entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, des gegenseitigen Respekts und der guten Nachbarschaft zu schließen;

— in Anbetracht der zwingenden Notwendigkeit zwischen beiden Parteien eine umfassende und endgültige Lösung des Konflikts zu finden, die dem sahraouischen Volk seine vollen nationalen Rechte und der Region Frieden und Stabilität garantiert;

a) erklärt die Islamische Republik Mauretanien feierlich, daß sie keinerlei territoriale oder anderweitige Ansprüche an die Westsahara hat oder haben wird;

b) beschließt die Islamische Republik Mauretanien, endgültig den ungerechten Krieg in der Westsahara entsprechend den gemeinsam mit den Vertretern des Volkes der Sahara, der F. POLISARIO, getroffenen Vereinbarungen zu beenden;

— erklärt die F. POLISARIO feierlich, daß sie keine territorialen Ansprüche gegenüber Mauretanien hat noch haben wird.

Die F. POLISARIO, im Namen des sahraouischen Volkes, und die Islamische Republik Mauretanien beschließen mit dem vorliegenden Abkommen untereinander einen endgültigen Frieden zu vereinbaren. Beide Parteien sind übereingekommen, regelmäßige Treffen abzuhalten, um die Erfüllung der unter a) getroffenen Vereinbarungen zu gewährleisten.

Beide Parteien werden dieses Abkommen unverzüglich nach seiner Unterzeichnung dem amtierenden Vorsitzenden der OAU, den Mitgliedern der ad-hoc-Kommission, den Generalsekretären der OAU und der UNO sowie dem amtierenden Vorsitzenden der Nichtpaktgebundenen übermitteln.

(Unterzeichnet am 5. August 1979 in Algier zwischen der F. POLISARIO und der Islamischen Republik Mauretanien)

(Quelle: Revolution Africaine, Algier, Nr. 807/10.— 16. 8. 1979, S. 8)

OAU-Empfehlung zur Westsaharfrage

Das ad-hoc-Komitee für die Westsahara, gebildet aufgrund der Resolution AHG/92 (XV), zusammengetreten zu seiner 2. Sitzung in Khartoum am 23. Juni 1979:

— nach detaillierter Überprüfung des Berichts seines Unterkomitees, das sich in Mauretanien, in Algerien und in Marokko aufgehalten und das Gespräch mit allen Parteien einschließlich der Vertreter des Volkes der Sahara geführt hat;

— nach Anhörung des Berichts über die Mission, die der Generalsekretär im Namen des Unterkomitees in Begleitung der Botschafter Nigerias und Malis nach Spanien durchgeführt hat;

— eingedenk der Tatsache, daß alle beteiligten Parteien, mit Ausnahme Marokkos, der Auffassung sind, daß das Volk der Westsahara von seinem Recht auf Selbstbestimmung keinen Gebrauch gemacht hat;

— eingedenk zudem, daß der Dreiervertrag zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien ausschließlich die Übertragung der Verwaltung des Territoriums an Marokko und Mauretanien, nicht aber der Souveränität beinhaltet;

— im Bewußtsein der Tatsache, daß Marokko darauf beharrt, daß das Recht auf Selbstbestimmung durch das Volk der Westsahara durch die Djemaa genannte Versammlung ausgeübt worden ist; empfiehlt

1. die Schaffung einer der Herstellung und Aufrechterhaltung des Friedens in der Region günstigen Atmosphäre durch einen allgemeinen sofortigen Waffenstillstand;

2. die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des Volkes der Westsahara durch ein allgemeines und freies Referendum, welches ihm erlauben wird, zwischen den zwei folgenden Optionen zu wählen: a) vollständige Unabhängigkeit, b) Aufrechterhaltung des Status quo;

3. das Zusammentreten aller beteiligten Parteien, um ihre Kooperation bei der Durchführung dieser Empfehlung zu fördern;

4. die Bildung einer Sonderkommission von fünf Mitgliedsstaaten der OAU durch die XVI. ordentliche Gipfelkonferenz, die beauftragt werden wird in engster Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die Modalitäten zu bestimmen und das Referendum zu organisieren nach Maßgabe des Prinzips: eine Person — eine Stimme.

(Quelle: Jeune Afrique, Paris, Nr. 970/8. 8. 1979, S. 52)



Nach einer POLISARIO-Attacke ausgebrannter marokkanischer Panzer

gehabt hatte.

Hassans politisches Debakel setzte sich indessen fort. Gegen Marokkos, Senegals, Gabuns und Mauritius Stimmen setzte auch die Konferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna das Thema Westsahara auf die Tagesordnung; die Verurteilung Marokkos war damit vorprogrammiert.

Hassans Kriegsausweitung „bis zum äußersten“

Die Reaktion des Königreichs fiel nach bekannter Art aus. Unter dem hanebüchernen Vorwand, in den von Mauretanien aufgegebenen Landesteil wäre hinter der POLISARIO „der gesamte kubanische Destabilisierungsapparat bereit gewesen, einzuziehen, um ihr dabei zu helfen die ganze Fassade einer sog. Volksrepublik — von Militärinstruktoren bis zu Lehrern — aufzurichten“⁴, ließ Hassan über eine Luftbrücke 5000 Besatzungssoldaten einfliegen.

Er ließ 300 Stammesoberhäupter aus der Westsahara, die aus Rabat bezahlt werden, zum Kotau in seinen Palast einfliegen. Er erklärte, man werde „bis zum äußersten gehen“, und ließ den 14. August, das Datum der neuerlichen Okkupation, zum Nationalfeiertag ausrufen. Viel Freude dürfte er dem Monarchen nicht bereiten, denn:

● Marokko gibt täglich bereits 1 Mio Dollar für den Krieg in der Westsahara aus. Das Militärbudget betrug für 1978 bereits offiziell 620 Mio Dollar, d. h. etwa 26 % des Gesamtstaatshaushalts;

inoffiziell werden 45 % zugegeben.

● Investitionsrückgänge (1977/78 um 41 %), Fabrikschließungen, Aufschiebung der Fünfjahrpläne, Massenarbeitslosigkeit (geschätzt 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung), Auslandsverschuldung und Inflation prägen das ökonomische und soziale Gesicht des Landes (vgl. Marokko-Analyse in AIB Nr. 2/1979).

● Ökonomisch erwies sich auch die Besetzung der reichen Phosphatlager von Bou Craa in der DARS als Pleite. Die Mine scheffelt seit Jahren Defizite. Internationale Konzerne scheuen das Risiko einzusteigen; der zwischen Marokko und British Petroleum sowie der amerikanischen Phillips Petroleum geschlossene Vertrag über Bohrungen vor der DARS-Küste dürfte gleichfalls wertloses Papier bleiben.

● Innenpolitisch bemüht sich das Regime der Streiks Herr zu werden, die aufgrund der verschlechterten sozialen Lage zunehmen. Obwohl auch die Sozialistische Partei und die Partei des Fortschritts und des Sozialismus vorbehaltlos den chauvinistischen Annexionskurs Hassans unterstützen, zeigen sich unterhalb dieses Konsens Risse. Unzufriedenheit innerhalb der rechten Exponenten des Offizierskorps versucht der Monarch durch Stärkungen ihrer Position einzudämmen.

● Außenpolitisch hat sich Marokkos Isolierung verschärft. Mauretaniens scharfe Proteste gegen Rabats Großmachtarroganz scheinen darauf hinzuweisen, daß auch dieser Ex-Verbündete in Oppositionsstellung geht. Diplomatische Manöver Libyens und Algeriens gegeneinander auszuspielen und dadurch der POLISARIO den Rückhalt zu nehmen, sind bislang ohne jeden Erfolg geblieben.

● Militärisch sind Bilanz und Perspektiven der Streitkräfte des Königs düster. Trotz einer Verdopplung der Truppenstärke von 60 000 im Jahre 1975 auf 120 000 ist die Armee hilflos gegenüber den militärischen Fähigkeiten und Vorteilen der Volksbefreiungsarmee der Sahara (APLS). Das zu haltende Gebiet ist noch größer geworden. Obwohl die angeblich seit dem 10. September aus Mauretanien abgezogenen 10 000 Soldaten und die mit US-Hilfe aus der Zaire-Provinz Shaba eingeflogenen etwa 1500 Elitesoldaten die bereits in der DARS operierenden 40 000 Mann verstärken, bewegt sich die POLISARIO souverän und beherrscht das Terrain. Die Marokkaner waren schon seit 1977 gezwungen, immer mehr kleinere Posten und sogar Städte aufzugeben und sich auf die wenigen größeren Ortschaften zurückzuziehen. Längst hat dagegen die POLISARIO den Krieg ins marokkanische Hinterland selbst getragen, verfügt über immer bessere Ausrüstung — z. B. SAM-7-Raketen — und eskalierte nach den marokkanischen Drohungen gegen den Vertragsabschluß den Kampf zu den bislang heftigsten und für Marokko verlustreichsten Gefechten.

Marokko nimmt in der Globalstrategie der NATO-Mächte eine wichtige Position ein. Es „hält die südliche Gegenküste (Europas; d. Verf.) am Atlantik und Mittelmeereingang“⁵. Mehr

noch: Es soll die Rolle des Gendarmen gegenüber revolutionären Entwicklungen im nordwestlichen Afrika einnehmen und neuerdings die Einbruchsstelle in die Front der arabischen Staaten gegen die Ägypten/Israel-Politik der USA abgeben. Die Selbstschätzung Hassans deckt sich mit der seiner Mentoren. Es ist die aller treuen Vasallen des „freien Westens“ von Somoza über Pahlawi bis zu Botha. Sie zahlte sich bislang stets aus in reichlicher finanzieller und militärischer Unterstützung insbesondere durch die USA und Frankreich.

Sensoren-System aus den USA

Allerdings: Obwohl die Uminterpretation einer nationalen Befreiungsbewegung in ein von Moskau inszeniertes Subversionswerk, wie sie Hassan grobschlächtig darbietet, von den maßgeblichen Kreisen in den NATO-Staaten durchaus geteilt wird, stellt die inzwischen eingetretene Situation für die Verbündeten Marokkos ein Problem dar. Militärisch ist das Fiasko nur zu wahrscheinlich, politisch ist Marokko bereits jetzt ein unliebsamer Verbündeter, ungeachtet seiner Funktionen im einen oder anderen Kalkül. Offene Unterstützung ist schwierig geworden. Dies schlägt sich nieder im teilweisen Zögern vor allem der US-Regierung, offen Partei zu ergreifen und rücksichtslos die von Rabat gewünschten Waffen zu liefern.

Auf der anderen Seite gewinnen — zumal im US-Kongreß — diejenigen Kräfte an Einfluß, die nach dem Sturz des Schah und Somozas Durchhaltepolitik unter dem Motto predigen, die USA dürften es sich nicht leisten, ihre verbliebenen „Freunde“ fallenzulassen. Bei offiziell gemilter Zurückhaltung hat sich die US-Hilfe für Marokko so entwickelt, daß z. B. 24 Northrop F-5A-Jagdflugzeuge an Marokko geliefert wurden; daß eine verstärkte Militärhilfe erwogen wird; daß schließlich der Senat durch seinen Vorbereitungsausschuß die Empfehlung erhielt, die Militärhilfe für Marokko bei 45 Mio Dollar zu belassen statt — wie der Präsident vorgeschlagen hatte — sie um 15 Mio zu kürzen.

Eine Sonderstellung nimmt das Projekt eines „elektronischen Schlachtfeldes“ im Werte von 200 Mio Dollar ein, das die

Northrop Corp. installieren soll, und das als Überwachungssystem das größte seiner Art sein würde. Im April 1979 wurde der Vertrag über das Sensoren-System genehmigt. Bereits Anfang 1978 soll die Westinghouse Corp. bei der Sahara-Hauptstadt El Aiun ein Radarsystem installiert haben.

US-Delegationen nahmen reges Interesse an der Lage in Nordwestafrika. Senator Javits, der im Senat die Initiative gegen den Kürzungsvorschlag ergriff, hatte kurz zuvor Marokko besucht. Eine hochrangige Delegation unter dem stellvertretenden Verteidigungsminister Duncan weilte ebenfalls im Sommer 1979 in Marokko. Die interessanteste Reisegruppe hatte jedoch bereits im September 1978 ihre Aufwartung gemacht: ein Team von US-Experten, das Südmarokko und die Westsahara bereiste und die Pläne für das erwähnte elektronische Überwachungssystem entwarf. Drei von ihnen waren Luftwaffengeneräle im Ruhestand, die bereits im Vietnam-Krieg derartige „elektronische Schlachtfelder“ entworfen und befürwortet hatten. Einer von ihnen war John D. Lavelle, jener Luftwaffengeneral, der seines Postens enthoben worden war, weil er entgegen den Befehlen der Regierung Nord-Vietnam hatte bombardieren lassen.

Der endgültige Kurs der US-Regierung ist noch nicht klar, obwohl die Tendenz zur vorbehaltlosen Unterstützung Marokkos immer wahrscheinlicher erscheint. Eine „Mittellösung“ bietet sich zugleich mit dem offenen Angebot Ägyptens, Marokko mit Waffen zu beliefern. Waren schon im Juni 1979 von der POLISARIO Waffen ägyptischer Herkunft erbeutet worden, so bedeutet das offizielle Angebot aus Kairo Anfang September für die USA die Möglichkeit der „Arabisierung“ des Problems. Das Angebot Sadats fand laut International Herald Tribune vom 3. 9. 1979 die Unterstützung der USA, und werde von einem militärischen Hilfsprogramm für Ägypten begleitet, um seine Durchführung zu gewährleisten.

Anmerkungen:

- 1) Jeune Afrique, Paris, Nr. 970/8. 8. 1979, S. 40
- 2) Die Neue, 22. 8. 1979
- 3) Sahara Libre, Algier, 24. 7. 1979
- 4) Newsweek, New York, 3. 9. 1979
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 5. 1979

Das AIB verschenken!

Liebe AIB-Abonnenten und Leser,

wenn Sie an Geburtstagen, zu Weihnachten oder zu anderen Anlässen ein nicht alltägliches Geschenk suchen, empfehlen wir Ihnen ein **AIB-Geschenkabo**.

Sie machen damit sich und dem Beschenkten eine Freude. Sie stärken damit das AIB. Und Sie können damit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung einen neuen Interessenten oder Engagierten gewinnen helfen.

Das Geschenkabo kostet 20,- DM.

Geben Sie dazu Ihre Anschrift wie die des Beschenkten an und Ihre Unterschrift.

Senden Sie diesen Abschnitt oder ein entsprechendes Anschreiben an uns ein und überweisen Sie zuvor den Abo-Betrag auf das Konto: Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund. Wir senden dann dem Beschenkten umgehend oder zum gewünschten Zeitpunkt ein Geschenkanschreiben zu.

Ich verschenke ein AIB-Jahresabo ab Nr. an:

(Name und Anschrift des Beschenkten)

Schenkender:

(Name und Anschrift)

(Datum)

(Unterschrift)



Der Prozeß der Wiedervereinigung der beiden Befreiungsbewegungen Zimbabwes, der Afrikanischen Volksunion (ZAPU) und der Afrikanischen Nationalunion (ZANU), ist von großen Schwierigkeiten, teilweise sogar Rückschlägen, begleitet gewesen. Auch nachdem im Herbst 1976 mit der Patriotischen Front eine lockere Verbindung von ZAPU und ZANU geschaffen worden war, gestalteten sich die Versuche, diese zu verfestigen, äußerst kompliziert. Im Frühjahr d. J. wurden jedoch in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba Vereinbarungen getroffen, die einen beträchtlichen Fortschritt anzeigen und eine Grundlage für die weiteren Einigungsbemühungen darstellen können. T. George Silundika, Sekretär für internationale Beziehungen der ZAPU, nahm in einem Interview mit der Zeitung der britischen Anti-Apartheid-Bewegung u. a. hierzu Stellung.

Die Commonwealth-Konferenz in Lusaka einigte sich im August darauf, im September 1979 eine Allparteien-Konferenz in London abzuhalten, an der neben Großbritannien und Muzorewa/Smith die Patriotische Front teilnimmt. Die Patriotische Front sagte ihre Teilnahme zu, obwohl sie Voraussetzungen und Aussichten dieser Konferenz skeptisch beurteilt, wie die nachstehend veröffentlichte Grundsatzerklärung vom 20. August 1979 dokumentiert. Der AIB-Redaktion bot sich darüber hinaus Ende August am Rande der Solidaritätskonferenz mit Afghanistan in Kabul Gelegenheit, mit Philemon T. Makonese, Sekretär der ZAPU für kulturelle Fragen, ein Gespräch über die Perspektiven des neuen britischen Lösungsplans für Zimbabwe zu führen.

Philemon T. Makonese Londons neues Manöver



AIB: Ist von der Commonwealth-Konferenz, die neulich in Lusaka stattfand, eine Lösung des Zimbabwe-Problems zu erwarten?

PH. MAKONESE: Die Lösung des Zimbabwe-Problems wird vom Volk Zimbabwes selbst herbeigeführt werden. Die Commonwealth-Länder stehen in diesem Klub sehr stark unter britischer Vorherrschaft und infolgedessen kann dieser Klub nichts unternehmen, was den Absichten des Vereinigten Königreichs zuwiderliefe. Wir haben zu den Waffen gegriffen, um Großbritannien und seine Stadthalter in Rhodesien zu bekämpfen mit dem Ziel, unser Land zurückzuerobern und unsere verlorenen unveräußerlichen Rechte zurückzugewinnen.

Der Beschluß der Commonwealth-Konferenz in Lusaka ist, nüchtern betrachtet, gefährlich für die Sache der zimbabwischen Revolution. Mit allerlei krummen Manövern ist es Großbritannien gelungen, den Vereinten Nationen das Rhodesien-Problem zu entwinden, indem es es zu einer Angelegenheit des Commonwealth macht und vorgibt, das Problem einer Überprüfung unterziehen zu wollen. Sogar die Aufhebung der von den Vereinten Nationen gegen Rhodesien verhängten wirtschaftlichen Sanktionen wird empfohlen und schließlich will Großbritannien die Aufsicht über die Wahlen ausüben.

AIB: Wie stehen die Frontstaaten dazu, und welche Haltung nimmt die OAU ein?

PH. MAKONESE: Wie die Dinge liegen, hat der Beschluß der Commonwealth-Länder die Resolution verwässert, die auf dem letzten OAU-Gipfel in Liberia verabschiedet worden war, indem Großbritannien nunmehr sein eigener Richter ist statt auf der Anklagebank zu sitzen. Einige Frontstaaten sind gegen die Commonwealth-Entscheidung, weil sie erkannt haben, daß die

OAU-Resolution dadurch wertlos gemacht wurde.

AIB: Wie verhält sich die Patriotische Front zu diesem Beschluß?

PH. MAKONESE: Unsere Reaktion ist einfach und geradlinig. Großbritannien hat uns kolonisiert. Es ist nun bemüht, den bestgeeigneten Weg zu finden, das gegenwärtige neokolonialistische Regime, das rätselhafterweise von Muzorewa geführt wird, abzusichern. Jedoch kann unser Unterdrücker und Ausbeuter nicht unser Befreier sein und wird es nie sein können. Großbritannien hat der Commonwealth-Konferenz die Entschließung schlicht aufgezwungen, um seine imperialistischen Interessen zu wahren. Unseres besteht darin, weiterhin die im Lande sich ausbreitende Revolution zu intensivieren. Dies ist der einzige Weg, auf welchem wir unsere Befreiung verwirklichen werden. Wir sind unsere eigenen Befreier.

AIB: Wie steht die ZAPU innerhalb der Patriotischen Front zu der britischen Einladung zu einer Verfassungskonferenz in London?

PH. MAKONESE: Daß Großbritannien ausgerechnet jetzt zu einer Verfassungskonferenz aufruft, ist offene Arglist. Wir werden an ihr teilnehmen. Täten wir dies nicht, hätte Großbritannien volle Handlungsfreiheit und würde dazu übergehen die Muzorewa-Marionettenregierung anzuerkennen. Gleichwohl werden wir an den Gesprächen in London teilnehmen, zugleich aber in Rhodesien mit dem bewaffneten revolutionären Kampf fortfahren. Wir werden keinem Waffenstillstand zustimmen.

Verhandeln und kämpfen

AIB: Wie steht die Patriotische Front-ZAPU zum Muzorewa-Regime?

PH. MAKONESE: Unsere Haltung zum Muzorewa-Regime ist dieselbe wie zum Smith-Regime. Was uns betrifft, so hat sich das rhodesische Regime lediglich aus einem weißen zu einem schwarzen entpuppt. Im Kern bleibt das Regime dasselbe. Armee, Polizei, öffentliche Dienste und Rechtsprechung bleiben unverändert. Sie werden ausschließlich von Weißen beherrscht. Die Wirtschaft ist weitestgehend in den Händen von Weißen. Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen durch die Weißen bleiben an der Tagesordnung. Der kleine Bischof ist lediglich ins Haus eingezogen und hat die Verantwortung übernommen, ein ebensolcher Unterdrücker und Ausbeuter zu sein wie sein Vorgänger Smith. Muzorewa, Marionette, die er ist, ist nichts weiter als ein schwarzer Smith.

T. George Silundika

Tendenz zur Einheit



FRAGE: Welche Bedeutung haben die jüngsten Schritte in Richtung Einheit der Patriotischen Front für den Befreiungskampf?

T. G. SILUNDIKA: Um dies zu verstehen, muß man wissen, was früher geschehen ist. Seit 1972 waren wir ständig bemüht, eine unglückselige Geschichte von Differenzen zu beenden, indem wir versuchten, die beiden Organisationen, die außerhalb Rhodesiens kämpften, zu vereinen. In Addis Abeba führten wir ab 7. Mai d. J. Gespräche, in welchen wir das zwischen den Bewegungen bestehende Mißtrauen analysierten und die bestgeeignete Methode vorwärtszukommen diskutierten.

Das Programm der Einheit, auf das wir uns am 16. Januar 1977 geeinigt hatten, sah die völlige Vereinigung von ZAPU und ZANU zu einer einzigen Organisation vor, der Patriotischen Front. Von da an experimentierten wir an der bestgeeigneten Methode, diese totale Vereinigung herbeizuführen und einigten uns auf das Prinzip einheitlicher Strukturen. Der einzige Unterschied, der unseren Bemühungen im Wege stand, war, daß die eine Gruppe zuerst an militärische Einheit dachte, während die andere auf totale organische Einheit aus war.

Vereinigungsorgan Koordinationsrat

In Addis Abeba gelang es uns, eine Formel zu finden, die keine von beiden Positionen ausschließt, jedoch das Ziel der totalen Vereinigung im Auge behält. Im letzten Jahr erarbeiteten wir eine einheitliche militärische Struktur, und in diesem Jahr stellten wir ein einheitliches Statut fertig. Danach blieb uns, die Schritte einzuleiten, die gewährleisten sollten, daß diese Bewegung auf totale Einheit hin beinhalten würde.

Aus diesem Grunde haben wir nun einen Koordinationsrat gebildet als ein politisches Organ, das gemäß den ihm zur Erfüllung aufgegebenen politischen Leitlinien Autorität ausüben kann. Von dem Koordinationskomitee, das ihm voranging, unterscheidet sich der Koordinationsrat insofern, als er ein reguläres Organ darstellt, einen strikten Zeitplan für seine Arbeit besitzt und regelmäßig zusammenzutreten hat. Überdies hat er politische und militärische Programme auszuführen, die ihm von der gemeinsamen Exekutive beider Parteien übertragen werden. Unterhalb des Koordinationsrates besteht ein Unterkomitee, welches für die Verteidigung verantwortlich ist. Dieses Organ soll sicherstellen, daß gemeinsame militärische Vorhaben ausgeführt werden.

Die Bedeutung dieser Strukturen liegt darin, daß wir doppelte Vorgehensweisen vermeiden können. Wir werden in der Lage sein, unsere Vorstellungen zusammenzutragen und unsere Prioritäten richtig zu setzen im Hinblick, erstens, auf die politische Orientierung der Massen, und, zweitens, die Fortführung des Krieges.

Dies wird unsere Stärke erhöhen. Dieser Prozeß ist nicht vorübergehend, beschränkt allein auf die Dauer des Krieges, sondern hat viel weiterreichende Bedeutung für den gesamten Befreiungskampf.

FRAGE: Hat die Einsetzung Bischof Muzorewas als Premierminister „Zimbabwe-Rhodesiens“ die Lage der Befreiungsbewegung geändert?

T. T. SILUNDIKA: Unterstützt von skrupellosen und reaktionären Elementen in der Führung Großbritanniens und der USA, versucht das Minderheitsregime die Welt zu überzeugen, daß die Einfügung schwarzer Gesichter in die Regierung einen

wirklichen Fortschritt bedeutet. Das grundlegende Problem jedoch — die Übergabe der gesamten Macht an das Volk von Zimbabwe — wurde nicht gelöst.

Wir müssen nun die psychologischen Auswirkungen der „internen Lösung“ bekämpfen — den Umstand, daß manche Leute sich von ihr haben täuschen lassen.

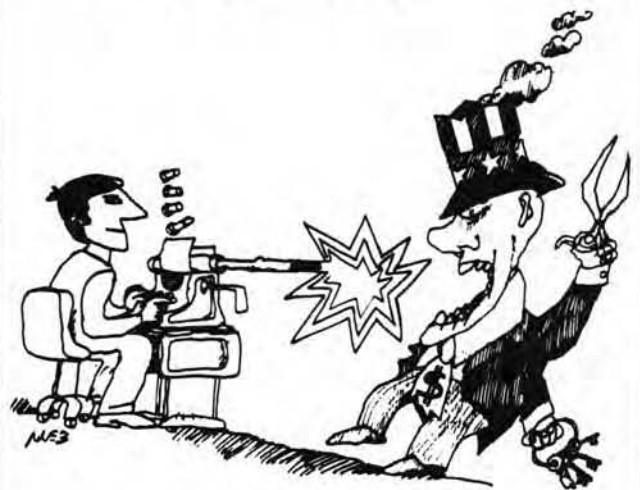
FRAGE: Die „interne Lösung“ wurde als südafrikanische Lösung bezeichnet. Was bedeutet sie für das Überleben der Apartheid und wie weit ist Südafrika bereit zu gehen, um sie zu verteidigen?

T. G. SILUNDIKA: Südafrika hat sog. „interne Lösungen“ sowohl in Zimbabwe wie in Namibia bereits seit der Mitte der 40er Jahre geplant, als die Vorstellung einer „Gruppierung“ von Staaten des Südlichen Afrika in Kreisen der Nationalpartei diskutiert wurde. Die Vorstellung eines herrschenden weißen Südafrika, umgeben von wirtschaftlich abhängigen Klientelstaaten, stellt den Kern des Apartheid-Konzepts dar.

Die Strategie geht über Rhodesien und Namibia hinaus. Sie schließt Versuche ein, die Frontstaaten wirtschaftlich und politisch zu unterminieren. Südafrika hat das Smith-Regime immer unterstützt. Diese militärische Unterstützung wurde während der Wahlperiode in Rhodesien erheblich gesteigert. Uns liegen Beweise vor, daß rhodesische Truppen — schwarze wie weiße — in Südafrika ausgebildet werden.

(Quelle: Anti-Apartheid News, London, Juli—August 1979)

AIB - Übersetzer gesucht !



Liebe AIB-Abonnenten und -Leser,

die AIB-Redaktion ist seit ihrer Gründung im Jahre 1970 eine weitestgehend ehrenamtliche geblieben, die auf die unentgeltliche Mitarbeit von Autoren und Übersetzern angewiesen ist.

Bedauerlicherweise unterliegt gerade unser für die Dokumentenwiedergabe so wichtiger Übersetzerkreis einer hohen Fluktuation und bedarf dringend der Erweiterung — und sei es auch nur mit gelegentlicher Mitarbeit. Insbesondere Übersetzer aus dem spanischen, französischen und englischen Bereich sind gesucht.

Bitte schreiben Sie uns gegebenenfalls mit Angabe von Anschrift, Sprache(n), Übersetzungskapazität und Hauptinteressengebieten (Themen, Länder der Dritten Welt), und zwar an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1.

Patriotische Front **Politische Grundsatz- erklärung vom 20. 8. 1979**

1. Die Realität in Zimbabwe ist eine Kriegssituation, in der die Befreiungstreitkräfte der Patriotischen Front, Interessenvertreter von sieben Millionen Bürgern Zimbabwes, einen heftigen Kampf gegen die Kräfte des Rebellenregimes führen, das die rassistische Minderheit der Siedler repräsentiert.

2. Die ganze historische Entwicklung der derzeitigen Konfliktsituationen zeigt, daß sich Großbritannien — seit 1890 hier Kolonialmacht — in aufeinanderfolgenden Etappen nicht nur vorsätzlich seiner Verantwortung als Kolonialmacht für das Volk von Zimbabwe entzogen, sondern auch den rassistischen Forderungen der Minderheitsgemeinschaft der Siedler in einer Weise nachgegeben hat, die bis zur Hinnahme des illegalen Aktes der einseitigen Unabhängigkeitserklärung führte.

3. Seit die Kräfte der Patriotischen Front ihre revolutionäre Aufgabe übernommen haben, wurde das Ungleichgewicht der Macht zwischen der unterdrückten Mehrheit und der unterdrückenden herrschenden Klasse der Minderheit durch das Mittel des bewaffneten Kampfes beseitigt. Durch ihren Schweiß und ihr Blut ist die Patriotische Front somit zum wirksamen und entscheidenden Faktor im Entkolonialisierungsprozeß geworden, der von der Kolonialmacht nicht vollendet worden ist. Durch den Vormarsch des Befreiungskampfes, der zur Herstellung einer festen und unanfechtbaren Kontrolle über ein riesiges Gebiet des Landes und zur Ausdehnung der Militäroperationen auf über 90% des gesamten Gebietes von Zimbabwe geführt hat, ist die Patriotische Front, die die volle Unterstützung der Massen genießt, folglich zur allein dominierenden Kraft geworden, die gegen das kolonialistische Siedlersystem kämpft und so die Rolle Großbritanniens als entkolonialisierende Macht so weit vermindert, daß sie nur noch nomineller Natur ist.

4. Aufgrund ihrer erlangten militärischen und politischen Position ist die Patriotische Front einziger rechtmäßiger und wahrer Vertreter des Volkes von Zimbabwe, ohne deren Zustimmung keinerlei Regelung jemals erfolgreich sein könnte.

5. Die Patriotische Front, die anerkennt, daß der Prozeß zur Erreichung eines akzeptablen Verfassungsabkommens zwangsläufig eine Bewegung vom Krieg zum Frieden ist, ist der Ansicht, daß jede gewünschte verfassungsmäßige Regelung nicht vor der völligen Beseitigung der Ursachen des Krieges durch die Auflösung des rassistischen Unterdrückungsregimes und seiner Machtinstrumente und folgerichtig dessen Ersetzung durch eine wahrhaft demokratische Regierung, der die Befreiungstreitkräfte unterstellt und unter deren Leitung sie in eine Volksarmee umgewandelt werden, haltmachen darf.

6. Die Bewegung vom Krieg zum Frieden, bei der es sich um eine Bewegung von einer undemokratischen Herrschaft durch die Unterdrückerminderheit der Siedler zu einem demokratischen System handelt, kann nicht gleichzeitig auf der Verfassung eines äußerst rassistischen und undemokratischen Systems basieren, dessen Vernichtung Ziel dieser Bewegung ist. Eine solche Handlungsweise verfälscht nicht nur das Prinzip der Demokratie, sondern sanktioniert auch die Unrechtmäßigkeit und den Rassismus. In diesem Sinne ist auch die Aufnahme von Bestimmungen in eine scheinbar demokratische Verfassung, die eine besondere Position für Gruppen und Gemeinschaften begründen bzw. eine bevorzugte Behandlung solcher Gruppen und Gemeinschaften auf keiner anderen Grundlage als der der Rasse und Hautfarbe, unvereinbar mit den Prinzipien der Demokratie, so wie wir sie verstehen und schätzen. Alle Bürger sind gleich vor dem Gesetz und müssen auch gleiche Rechte und Privilegien genießen.

7. Der Prozeß der Herstellung des Friedens nach einem Krieg muß darauf gerichtet sein, die echte Unabhängigkeit durch die Anwendung solcher Modalitäten herbeizuführen, die diesen Prozeß fördern und nicht behindern. In diesem Zusammenhang müßte der Wahlprozeß, der zur Regierung eines unabhängigen Zimbabwe führt, nicht nur demokratisch sein, sondern auch unter der Kontrolle solcher Personen oder Personengruppen stehen, an deren Objektivität und Unparteilichkeit nicht zu zweifeln ist. Die konservative Regierung Großbritanniens hat dadurch, daß sie den Wahlbetrug des gegenwärtigen unrechtmäßigen Regimes im April als „freie und gerechte“ Wahl billigte und sich für die Aufhebung der Sanktionen aussprach, jedes Recht verwirkt, den Prozeß der Änderung zu überwachen. Sie ist entschieden voreingenommen für das unrechtmäßige Regime.

8. Jeder Plan für die Lösung des rhodesischen Problems muß mit den erklärten Wünschen und Interessen der Bevölkerung von Zimbabwe und dem Kurs in Einklang stehen, die die internationale Gemeinschaft, vor allem die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und die Vereinten Nationen, in den letzten 17 Jahren — d. h. von 1962 bis 1979 — vorgezeichnet und konsequent sowie energisch vertreten hat.

In dieser Zeit haben die Vereinten Nationen beharrlich gefordert, daß Rhodesien entsprechend den Bestrebungen des Volkes von Zimbabwe entkolonialisiert wird. Sowohl die Vollversammlung als auch der Sicherheitsrat lehnten 1965 auf Ersuchen Großbritanniens die einseitige Unabhängigkeitserklärung ab (Resolutionen 232 und 252). 1977 beantragte Großbritannien im Sicherheitsrat eine Resolution, die die Vereinten Nationen bevollmächtigen sollte, Wahlen in Zimbabwe im Rahmen des angloamerikanischen Plans zu überwachen. Im März 1978 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, in der die sogenannte interne Regelung vom 3. März abgelehnt und eine Lösung auf der Grundlage der UNO-Resolutionen über Rhodesien gefordert wurde.

Nein zum britischen Verfassungsplan

9. Die Patriotische Front hat immer anerkannt, daß das Prinzip ernsthafter Verhandlungen über eine echte Regelung, die zur vollständigen Übertragung der Macht von der Minderheit der rassistischen Siedler auf die Mehrheit des Volkes von Zimbabwe führt, als zusätzliches Mittel für die Beilegung des derzeitigen Konflikts nicht auszuschließen ist. Die Patriotische Front spricht sich deshalb für die Aufnahme von ernsthaften Verhandlungen mit der britischen Regierung aus, um einzuschätzen, ob eine wesentliche Grundlage für eine Übereinstimmung zwischen Großbritannien und ihr selbst besteht.

10. Es muß klar verstanden werden, wenn die Patriotische Front die britische Einladung zu der vorgeschlagenen Konferenz nach London akzeptiert, so hat sie damit lediglich nochmals ihre Bereitwilligkeit gezeigt, über eine Lösung zu verhandeln. Sie lehnt sowohl den vorgeschlagenen verfassungsmäßigen Rahmen auf der Grundlage der unrechtmäßigen Verfassung im Rahmen der internen Regelung als auch den ungerechtfertigten Vorschlag für einen Waffenstillstand ab. Deshalb wird der Krieg andauern, bis das Ziel der Befreiung erreicht ist.

R. G. Mugabe
Präsident der ZANU

J. N. M. Nkomo
Präsident der ZAPU

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 39/1979)



Interview mit Alfred Nzo

Nicht einige Krümel...

Drei Jahre nachdem der Sieg der Revolution in Angola und der Aufstand von Soweto die imperialistischen Mächte und ihre rassistischen Sachwalter im Südlichen Afrika aufschreckten, dauert ihre Suche nach neokolonialistischen Lösungen an. Das Interview, das die Redaktion des AIB in Lusaka mit Alfred Nzo, dem Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) führen konnte, geht auf diese Entwicklungen ein.

AIB: Das südafrikanische Regime verfolgt gegenwärtig anscheinend eine Doppelstrategie: einerseits nimmt es eine harte Position bezüglich des Apartheidsystems und seiner Namibia-Politik ein, andererseits scheint es gewisse Zugeständnisse einzuräumen. Was sind die Gründe hierfür?

A. NZO: Der Hauptfaktor der politischen Entwicklung in Südafrika ist heute die Intensivierung des nationalen Befreiungskampfes im Lande selbst. Dies wurde vor allem durch den Sieg in den ehemaligen portugiesischen Kolonien deutlich — insbesondere in Angola und Moçambique —, womit sich das Kräfteverhältnis drastisch veränderte, und zwar zugunsten der Befreiungsbewegungen. Dies zeigt sich in unserem Land in den letzten Jahren, in denen es einen unzweifelhaften Aufschwung in der Konfrontation mit dem Regime auf politischem wie militärischem Gebiet gegeben hat.

Doppelstrategie Pretorias

Angesichts dieser Entwicklungen war das südafrikanische faschistische Regime gezwungen, die — wie Sie sagten — Doppelstrategie einzuschlagen. So haben einige führende Vertreter des Regimes geäußert, daß Unterdrückung allein keine Lösung der Probleme sei, sondern daß es darüber hinaus darauf ankäme, die Überzeugungen der Unterdrückten selber zu gewinnen.

Die Ausführung dieser Strategie bedeutete u. a. die Intensivierung der Durchführung des Bantustan-Programms, also den Bantustans eine sog. Unabhängigkeit zu gewähren. Der erste dieser Bantustans war die Transkei, die im Oktober 1976 für unabhängig erklärt wurde als Südafrika befleckt war vom Blut von Tausenden, die in Massakern vom Regime ermordet worden waren, zu einem Zeitpunkt massivsten Volkswiderstandes. Es war klar, daß sich die Hoffnungen des Regimes darauf richteten, durch die Verleihung der Unabhängigkeit die Menschen von der Teilnahme am revolutionären Befreiungskampf abzulenken und auf den Weg der Illusionen zu führen, die vom Regime verbreitet wurden.

Der Kampf des Volkes im Lande hat das Regime sogar so weit gebracht, Ausdrücke zu benutzen, die wenige Jahre zuvor noch als Ketzerei angesehen worden wären. So war das Regime vor allem immer heftigeren Auseinandersetzungen seitens der überausgebeuteten schwarzen Arbeiterklasse ausgesetzt, die seit Anfang der 70er Jahre eine Anzahl erfolgreicher Streiks gegen das Regime und die Monopolkonzerne durchführte. Eine der ständigen Hauptforderungen der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung, die nach Anerkennung der afrikanischen Gewerk-

schaften, ist nun neben anderen im Bericht der Wiehahn-Kommission aufgenommen worden, der jüngst veröffentlicht wurde (vgl. Interview mit Eli Weinberg in AIB 7—8/1979; d. Red.). Dennoch wäre es völlig unrealistisch zu glauben, daß der Bericht dieser Kommission im Interesse der unterdrückten afrikanischen Arbeiter sei.

Die ökonomische Realität in Südafrika sieht heute so aus, daß die Widersprüche des Apartheidsystems nicht länger ignoriert werden können. Die burische, die Afrikaner-Bourgeoisie, welche die Hauptkraft der herrschenden Klasse in Südafrika darstellt, sieht sich der Tatsache konfrontiert, daß die südafrikanische Wirtschaft sozusagen angekettet ist, außerstande zu expandieren, eben aufgrund der Widersprüche des Apartheidsystems, die u. a. die volle Teilnahme der Mehrheit der Arbeiterklasse an der Entwicklung des Landes negieren. Irgendwann mußte das Regime diese Tatsache in Rechnung stellen, und diese Kommission und ihr Bericht sind Ausdruck dessen.

Was also geschehen ist, ist folgendes: Wachsender ökonomischer Druck und die Tatsache, daß es allen Vertretern der herrschenden Klasse klargeworden ist, daß einige Konzessionen gemacht werden müßten, sowie der wachsende Widerstand der afrikanischen Arbeiter, dies zusammengenommen hat dazu geführt, daß bestimmte Zugeständnisse gemacht werden, um der Konfrontation mit der schwarzen Arbeiterklasse die Schärfe mit der Hoffung, durch derartige geringfügige Konzessionen den Widerstand abzuschwächen und zu ersticken, womit den Interessen der kapitalistischen Monopole gedient wäre, deren Gendarm das südafrikanische Regime ist.

AIB: Die Empfehlungen der Wiehahn-Kommission, sollten sie Gesetz werden, sind also nicht geeignet, den Widerstand der afrikanischen Arbeiterklasse abzuschwächen oder gar zum Erliegen zu bringen?

A. NZO: Auf keinen Fall. Die Situation ist die: Jegliche Versuche — und das ist in der Vergangenheit vielfach bewiesen worden — den Widerstand des Volkes abzuschwächen, sind gescheitert, und zwar gerade weil jegliche derartige Konzessionen aufgrund des Charakters der vom Regime verfolgten und von den internationalen Monopolen unterstützten Politik stets minimal ausgefallen sind. Was die schwarze Arbeiterklasse will, sind nicht einige kleine Krümel, die vom Tisch der Herrschenden fallen, sondern ihre vollen Rechte als Arbeiter. Deshalb wird auch der Versuch mit dieser Kommission letztlich scheitern.

AIB: Das südafrikanische Vorgehen im Südlichen Afrika scheint international koordiniert zu sein, und zwar insbesondere mit den USA und Großbritannien. Welche Ziele verfolgt diese Strategie?

A. NZO: Wir müssen noch einmal zurückkommen auf die revolutionären Veränderungen vor allem in Angola und Moçambique, aus denen Volksmacht-Regierungen hervorgingen. Dies bedeutete einen Schock für die politischen Vorstellungen des Imperialismus, die auf den Überlegungen basierten, die im Kissinger-Memorandum von 1969 niedergelegt worden waren,

und in denen von der grundsätzlichen Fortexistenz der weißen Minderheitsregimes ausgegangen wurde. Diese wurden als essentiell für die ökonomischen Interessen des Imperialismus angesehen. Mit dem Sieg der revolutionären Befreiungsbewegungen in Angola und Moçambique erlitt diese Vorstellung einen Schock.

Dies brachte den Imperialismus zu der Überlegung, daß, wenn er nicht etwas unternähme, um die Entwicklungen im Südlichen Afrika zu kontrollieren, sie in bestimmte Bahnen zu lenken, seine gewaltigen wirtschaftlichen Interessen verloren zu gehen drohten. D. h. ganz gleich welche Veränderungen auch immer vonstatten gingen, diese dürften nicht dazu führen, daß die Befreiungsbewegungen ins Lager des Kommunismus übergängen. In dieser Situation trat der US-Imperialismus in Begleitung des britischen Imperialismus auf den Plan und versuchte der Welt zu zeigen, daß er auf einmal interessiert daran sei, die Völker im Südlichen Afrika dabei zu unterstützen, multirassische Systeme zu errichten.

Die revolutionären Befreiungsbewegungen ließen sich dadurch nicht täuschen. Sie erklärten ihren Völkern, falls sie die Beziehungen zu ihren natürlichen Verbündeten, den sozialistischen Ländern, lockerten, würden ihre Länder eine Beute des Imperialismus, und die Macht in den befreiten Ländern müsse fest in den Händen der revolutionären Kräfte bleiben und dürfe nicht den Feinden des Volkes überlassen werden.

AIB: Wie sieht der ANC die spezielle Rolle der Bundesrepublik?

A. NZO: Sie wissen, daß der ANC in der Vergangenheit die Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika dokumentarisch nachgewiesen hat, vor allem die nukleare Kollaboration (siehe ausführlich u. a. AIB 1/1979; d. Red.). Das konnte gar nicht anders sein, da die westdeutschen Monopole ebenso wie die anderen daran interessiert sind, Höchstprofite aus der Überausbeutung der schwarzen Bevölkerung unter dem bestehenden System zu ziehen, und deshalb haben sie ein Interesse daran, daß dieses System überlebt.

Nun ist in der BRD eine sozialdemokratische Regierung an der Macht und diese hat immer versucht zu zeigen, daß ihr die Interessen der unterdrückten Völker am Herzen lägen und daß sie nicht so schlecht sei wie etwa die Strauß-Gruppe bzw. die CDU/CSU. Aber das hat nicht gewirkt. Denn was unser Volk vor Augen hat, ist, daß die BRD entgegen dem Herunterspielen der Zusammenarbeit auf allen Ebenen ihre Zusammenarbeit weiter verstärkt.

Bonn muß Südafrika boykottieren

Persönlichkeiten wie Willy Brandt z. B. argumentieren, daß ein Boykott Südafrikas die Probleme nicht lösen würde. Dabei haben wir als Organisation ständig versucht deutlich zu machen, daß eben diese Kollaboration das Regime nicht nur psychologisch stärkt, sondern vor allem seine Fähigkeit vergrößert, sich zu halten.

AIB: Welche Forderungen richtet der ANC an die Bundesregierung?

A. NZO: Die völlige Einstellung jeglicher Kollaboration mit Südafrika auf allen Ebenen. Wir haben die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit vor allem auf die nukleare Kollaboration gerichtet, die den Weltfrieden gefährdet. Deshalb ist es nicht nur Aufgabe des ANC, diese Kollaboration zu beenden, sondern die aller demokratischen Kräfte in der Welt.

AIB: Eines der Hauptverbrechen des Apartheidregimes in diesem Jahr war die Ermordung von Solomon Mahlangu. Wie hat der ANC darauf reagiert?

A. NZO: Die Durchführung dieses Verbrechens stellt an uns als Organisation die Aufgabe, unseren Kampf zu verstärken, um das System zu zerschlagen. Die Entwicklungen in Südafrika zeigen, daß wir die Verbrechen des Systems nicht tatenlos hinnehmen: der Kampf des Volkes verstärkt sich.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die »Blätter« sind die auflagenstärkste und meistabbonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache.

Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die »Blätter« zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

In den letzten Heften u. a.:

Rainer Falk

**Die entwicklungspolitische Strategie der Bundesrepublik.
Zwischen Krisenmanagement
und langfristiger Systemsicherung (6/1979)**

Wolfram Brönner

Separatpolitik im Nahost-Konflikt (5/1979)

Günter Giesenfeld

Hintergründe der Entwicklung in Indochina (3/1979)

Harald Jung

Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand (3/1979)

Horst J. Andel

Aufstieg und Niedergang des Hauses Pahlawi (1/1979)

Hella Gerth-Wellmann

**Die EG und die Dritte Welt.
Wem nützt das Lomé-Abkommen? (12/1978)**

Rainer Falk

Namibia und der Westen (11/1978)

Alexander Gschwind

**Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen
Befreiungsfront (FNL) (10/1978)**

Jürgen Ostrowsky

NATO-Politik in Afrika (7/1978)

Rainer Falk

Hintergründe der Intervention in Zaire (6/1978)

Kahsai Wolde-Giorgis

Aspekte der Revolution Äthiopiens (4/1978)

Einzelheft DM 5,50. Im Abonnement DM 4,00, für Studenten,
Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50.

Probeheft kostenlos beim Verlag:

Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051

Pahl-Rugenstein

Dieter Kramer

Auswärtige Kulturpolitik

Die sog. Auswärtige Kulturpolitik (AK) ist konzeptionell voll den Zielsetzungen der Außenpolitik der BRD untergeordnet. Um diesen Zielen dienen zu können, vereinigen sich in ihr — bewußt oder unbewußt — Heuchelei, Opportunismus und theorieloser Pragmatismus. Erleichtert wird dies dadurch, daß es nirgendwo eine genügend ausgearbeitete Theorie der internationalen Kulturbeziehungen gibt, die kulturtheoretisch und politisch-ökonomisch abgesichert ist.

Es ist wichtig, die speziellen Formen, in denen sich die aktuellen Widersprüche in der AK manifestieren, genau zu analysieren, damit die Politik fortschrittlicher Kräfte in der BRD sich nicht im kritisierenden Zuschauen erschöpft.¹ Diese Thesen bedürfen des Beweises und Beleges.

Kulturbeziehungen werden gelegentlich als „Dritte Säule“ der Außenpolitik deklariert. Walter Scheel verwendete die Formel, die AK sei „souverän und komplementär zugleich“ und formulierte: „Ihre Stärke ist die Stille“.² Hildegard Hamm-Brücher versucht zu präzisieren, indem sie die besondere Bedeutung der „Dritten Säule“ in dem „Fundament des gegenseitigen Vertrauens“ sieht, das geschaffen werde durch „kulturelle Beteiligungen, die alles mit einschließen, was Diplomatie und Wirtschaft nicht umfaßt.“³

Die durch den kulturellen Kontakt vermittelte Verständigung und Sympathie zwischen Angehörigen verschiedener Staaten wird so als Mittel zur Vergrößerung des Instrumentariums der Außenpolitik betrachtet. Bei Scheel lesen wir, die Auswärtige Kulturpolitik müsse „mithelfen, gesellschaftspolitische Modelle zu setzen“⁴. Von einer solchen Konzeption kann man nicht mehr sagen, sie greife nicht in die inneren Angelegenheiten eines Staates ein, versucht sie doch unter der Hand dessen gesellschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. Das gilt auch für die Mittlerorganisationen, deren sich das Auswärtige Amt (AA) gern bedient, weil sie „Aktionsspielraum selbst noch für die Zusammenarbeit mit solchen Gruppen, die sich mit ihren Regierungen nicht identifizieren“⁵, besitzen.

Die Funktionalisierung wird verschleiert durch die wider besseres Wissen oder aus Unkenntnis verbreitete Formel von „Austausch und Zusammenarbeit“⁶ auf gleichberechtigter Ebene. Wenn R. Schlagintweit von Kulturbeziehungen, wie sie sich „auf dem freien Markt der Dienstleistungen und Güter“ herausbilden⁷, redet, so geht er von dieser Fiktion aus. Walter Scheel bemüht gar den Kulturrelativismus als theoretische Grundlage und meint: „Alle Kulturen sind gleichwertig“⁸. Solch fiktive Gleichheit, solch unterstelltes ausgewogenes Verhältnis von Geben und Nehmen setzt sich aber in der Praxis kaum anders um als etwa im Kulturabkommen mit Afghanistan wo beide Staaten sich versprechen, „das gegenseitige Verständnis für die Institutionen und das soziale Leben des anderen Landes zu fördern“⁹.

Ernst Otto Czempiel versucht bei einer internationalen Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Arusha 1979 dieses System der Heuchelei zu durchbrechen, ohne freilich echte Alternativen anzubieten: Er spricht von der „strukturellen Asymmetrie zwischen Empfängern und Gebern“¹⁰ und meint, die Einseitigkeit des Austausches könne dadurch vermieden werden, daß die AK „von den Zielen der bundesrepublikanischen Außenpolitik weitgehend abgekoppelt“ und zu „Hilfe“ umgestaltet wird mit dem Ziel, „dort die Bedingungen herstellē zu helfen, innerhalb deren eine sinnvolle Aufmerksamkeit für die kulturelle Repräsentanz der Bundesrepublik Deutschland entstehen kann“. Czempiel stellt einige ehrliche Fragen und meint z. B., eine zur „Akkulturation“ führende AK sei problematisch: „Die bilaterale vermittelte Akkulturation enthält also einerseits eine Über-

fremdung des Empfängers durch den Geber, und darin andererseits, dessen speziellen Nutzen“. Er kritisiert, daß „Entwicklungshilfe in vielen Fällen an wirtschafts- und gesellschaftspolitische Auflagen gebunden wird, die ordnungspolitische Vorstellungen Westeuropas nach Afrika übertragen“.

Czempiel empfiehlt statt des heuchlerisch propagierten Austausches die „Kulturhilfe“: „An die Stelle der gesellschaftspolitischen Bildung, die die Bundesrepublik in Afrika betreibt, tritt dann eine Hilfestellung zu der Verwirklichung afrikanischer gesellschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen. Es ginge dann nicht mehr darum, afrikanische Führungskräfte im Sinne der freiheitlich-demokratischen Ordnung heranzubilden, sondern dazu beizutragen, daß sich äquivalente afrikanische Ordnungen entwickeln.“

Was der formalen „westlichen bürgerlichen Demokratie“ äquivalent ist, bleibt offen; die Vorstellungen laufen zudem Gefahr, in die Mystifikation von Negritude usf. abzugleiten („Erarbeitung und Wiederentdeckung afrikanischer Konzepte“). Und den zentralen Bereich der wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen ins Spiel zu bringen und die Notwendigkeit eines nichtkapitalistischen Entwicklungsweges offen zu proklamieren, fällt auch Czempiel nicht ein.

Das Konzept der „Kulturhilfe“ bleibt dabei dennoch interessant: „Der deutsche Beitrag erschöpfte sich darin, Geldmittel und auf Anforderung, einzelne Expertisen beizusteuern. Die Kompetenz der afrikanischen Staaten jedoch, ihre Gesellschaft, ihre Entwicklung, ihre Kultur zu definieren und zu entfalten, bliebe völlig unangetastet. Akkulturation würde durch Enkulturation ersetzt“. Um die Einmischungsgefahr noch mehr zu verkleinern, schlägt er vor, diese Hilfe über eine „multilaterale Verteilerorganisation“ zu verteilen (ohne — und auch darin zeigt sich eine Inkonsequenz Czempiels — die dafür zuständige UNESCO zu erwähnen).

Ein solches Programm ist noch nicht Richtlinie der konkreten Politik. Aber auch der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel hat jüngst, als er die Ausweitung der Arbeit des Deutschen Archäologischen Instituts auf Asien, Afrika und Südamerika begründete, darauf hingewiesen, daß „es auch im Interesse Europas“ sei, „die Völker der Dritten Welt bei der Wiederbelebung der vorkolonialen Vergangenheit und der Erforschung versunkener Hochkulturen zu unterstützen, um sie vor kultureller Einebnung zu bewahren. Er unterstrich, wie sehr die Menschheit der Vielfalt bedürfe, wenn ihre schöpferischen Kräfte nicht versiegen sollten“¹¹.

„Kulturhilfe“ als Alternative?

Daß eine solche Politik der forcierten „Kulturhilfe“ ebenfalls nur eine Erweiterung des außenpolitischen Instrumentariums im Sinne der Anpassung an neue Notwendigkeiten ist, deuten einige Nebenbemerkungen Czempiels an: Die „Entwicklung einer eigenen afrikanischen Identität“ dürfte „mit hoher Wahrscheinlichkeit die Systemkonkurrenz nicht verschärfen“; sie liegt im „Interesse einer wohlverstandenen bundesrepublikanischen Außenpolitik“¹².

Bemüht Walter Scheel gelegentlich den Kulturrelativismus, so scheinen bei Czempiel krude evolutionistische Vorstellungen nachzuwirken, wenn er schreibt: „Ist dann auf diese Weise im Laufe der Zeit die afrikanische Kultur so ausgeprägt und so autonom geworden, daß sie mit der europäischen konkurrieren kann, so lassen sich dann, aber eben erst dann, Formen des Kul-

turaustausches auf der Basis einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit einrichten¹³. Czempel scheint sich nichts anderes als den Nachvollzug der europäischen Entwicklung vorstellen zu können.

Eine andere Form der Heuchelei, auf unreflektierter Übertragung von (auch hier nur idealiter existierenden) Institutionen bzw. Werten auf die Dritte Welt beruhend, wurde bei der Diskussion um die Welt-Medienordnung sichtbar. Bundesaußenminister Genscher machte sich vor der Generalversammlung der UNESCO 1978 für Pressefreiheit und „Pluralität der Information“ stark¹⁴, obwohl er aus der Bundesrepublik wissen mußte, daß die formale Garantie der Pressefreiheit bei ökonomischer Ungleichheit keineswegs Meinungsvielfalt garantiert, und daß Meinungsvielfalt oft eine Formel ist, mit der sich Lüge und Manipulation einen Freiraum schaffen wollen (und der wahre Inhalt von Vielfalt, nämlich die Freiheit der Diskussion alternativer Positionen anderer Mittel der Sicherung bedarf)¹⁵. „Dekolonialisierung der Information“ und Abbau des „Informations-Imperialismus“¹⁶ sind aktuell anstehende Aufgaben. Ob die BRD mit den 64 Medienprojekten, die sie seit 1976 in 38 Staaten der Dritten Welt gefördert hat, dazu beiträgt, das dürfte nach solchen Äußerungen mindestens zu bezweifeln sein.

Es gibt in der aktuellen Alltagsdiskussion ein anderes Beispiel für solche Heuchelei: Gern wird z. B. den afrikanischen Staaten empfohlen, sie sollten vom Nationalismus ablassen, damit sie nicht die gleichen schlechten Erfahrungen damit machen müßten wie die Europäer. Mit dieser Argumentationsformel wird Nationalismus (ohne den die europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts nicht denkbar ist) gleichgesetzt mit Chauvinismus, der angebliche nationale Überlegenheit zum ideologischen Hilfsmittel imperialistischer Expansion machte.



Goethe-Institut in Lomé

Und es wird verschwiegen, daß die Herstellung einer nationalen Identität für die auf die künstlichen Grenzen der Kolonialzeit angewiesenen Staaten, bei denen vorkoloniale Identitäten längst unwiderruflich zerstört sind, die einzige Möglichkeit ist, innere ethnische Spannungen zu relativieren und die notwendige Entwicklung der eigenen Ressourcen gegen außen abzusichern. Abkehr vom Nationalismus zu predigen bedeutet also, sie eines wichtigen Mittels zum Schutz vor neokolonialistischer Subversion zu berauben.

Ähnliches gilt für den Versuch, vorindustrielle „Intuition“, Negritude oder ähnliches scheinheilig gegen den „Rationalismus“ der Europäer auszuspielen. Damit wird unter den jetzigen Machtverhältnissen nichts anderes erzielt, als die erfolgversprechenden Mittel des Widerstandes gegen die Durchdringung des Neokolonialismus zu lähmen. Das gleiche geschieht, wenn man mit scheinheiliger Pragmatismus Mißtrauen gegen Theoriebildung züchtet¹⁷.

Gegenwärtig ermöglicht das vorhandene Theoriedefizit die unterschiedlichsten je aktuellen pragmatischen Optionen, weil man nicht einmal auf der argumentativen Ebene befürchten

muß, daß Absichten und Ergebnisse von außerkulturpolitischen Konzepten wissenschaftlich-systematisch kritisiert und analysiert werden.

Die Ideen, Lebensformen und Konsumgüter von kapitalistischen Industriestaaten wirken als Vorbild für die Bevölkerung wenig industrialisierter Staaten — wenigstens, sobald die traditionellen Ordnungen, die in der Regel eine wenig dynamische Bedürfnisstruktur besaßen, einmal in Bewegung geraten sind (und dafür hat meist schon der Kolonialismus gesorgt). Die hohen Gebrauchswerte (Erleichterung des Lebens, Erhöhung des Genusses, Vergrößerung des Beziehungsreichtums, Gewinn von Prestige) der in diesen Industriestaaten vorhandenen Güter machen auch deren Lebensformen und Ideen attraktiv. Wenig verwunderlich ist es, wenn dieser Kapitalismus seine Konsumversprechen als politisches Mittel zu seiner Expansion und Macht-sicherung einsetzt, zumal er in dieser Hinsicht gegenwärtig mehr zu versprechen scheint als der Sozialismus (bezogen auf das aus dem sozialen Zusammenhang gerissene, zum subjektiven „Aufstieg“ entschlossene Individuum).

Theoriedefizit und Opportunismus

Evolutionistische Theorien des 19. Jahrhunderts gehen mit aller Selbstverständlichkeit davon aus, daß die „primitiven“ vorindustriellen Nationen auf mehr oder weniger abrupte Weise in den allgemeinen Fortschrittsprozeß integriert werden müssen. Auch der frühen deutschen Arbeiterbewegung sind Denkformen, die internationale Herrschaftsverhältnisse kulturell legitimieren, nicht ganz fremd. Lassalle z. B. „verschmolz Hegels These vom höheren historischen Recht der Kulturvölker mit Fichtes Idee vom Urvolk zur Bejahung eines deutschen bzw. preußischen Hegemoniestrebens. Er leitete aus der deutschen ‚Kulturentwicklung‘ das Recht ab, sich solche Länder zu assimilieren, die nicht imstande wären, dieses Niveau zu erreichen oder solche, die ihr Entwicklungsniveau nicht hätten halten können und nunmehr als statuarische Trümmer hinter der Geschichte liegengelassen seien“¹⁸.

Die marxistische Theorie relativierte und objektiverte diese Position, indem sie einerseits den Universalismus der kapitalistischen Expansion nachwies, andererseits aber für den Sozialismus davon ausging, daß der intensivierte internationale Austausch bei Gewährleistung der kulturellen Freiheit auf friedlichem Wege zu einer mehr oder weniger einheitlichen Weltkultur führe. Marx und Engels schrieben: „An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur“¹⁹.

Universalisierung ist dabei jedoch nicht Nivellierung. Lenin meint, daß der Sturz des Kapitalismus „in gewaltigem Ausmaß den Fall aller und jedweder nationalen Scheidewände beschleunigen wird, und er wird dadurch die Differenzierung der Menschheit im Sinne von Reichtum und Mannigfaltigkeit des geistigen Lebens und der ideellen Strömungen, Bestrebungen und Schattierungen nicht abschwächen, sondern millionenfach steigern“²⁰. Damit sind zwar wichtige Positionen theoretischer und programmatischer Art abgesteckt, aber eine den aktuellen Problemstellungen adäquate Theorie existiert nicht. Die Aufgabe wird dadurch noch komplizierter, daß man angesichts der Wachstumsproblematik nicht davon ausgehen kann, daß die „Einheit in der Vielfalt“ sich in absehbarer Zeit auf dem Hintergrund materiellen Überschusses realisieren kann. Auch materialistische Theoriebildung ist — trotz der unbestreitbaren hohen Qualitäten etwa der sowjetischen Nationalitätenpolitik — noch nicht in der Lage, befriedigende Aussagen zu diesen Komplexen zu machen.

Kulturpolitische Institutionen

1. Goethe-Institut e.V. (GI)

Mit 3.100 festen Angestellten in aller Welt und 125 Zweig- und Nebenstellen in 60 Ländern ist das GI die größte Mittlerorganisation der Auswärtigen Kulturpolitik. 1959 übertrug ihm das Auswärtige Amt die ihm unterstellten oder geförderten Kulturinstitute im Ausland. Hauptaufgaben der Auslandsinstitute sind die Erstellung eines öffentlichen Kultur- und Diskussionsprogramms, die Unterhaltung einer Bibliothek und die Abhaltung oder Unterstützung deutscher Sprachkurse.

2. Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) e. V.

Seit der Gründung 1949 ist der DAAD die größte Stelle zur Vergabe von Auslands- und Ausländerstipendien. Der DAAD finanziert jährlich Stipendien für etwa 4.500 bundesdeutsche Studenten und Wissenschaftler sowie BRD-Studien- und Informationsaufenthalte für etwa 8.000 ausländische Akademiker. Er unterhält 7 Auslandsbüros und finanziert etwa 375 Lektoren für deutsche Sprache im Ausland.

3. Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH)

Mit 44 Angestellten ist sie die kleinste unter den Mittlerorganisationen. Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung ermöglicht jährlich etwa 1.200 sorgfältig ausgesuchten ausländischen Wissenschaftlern für spezielle Forschungsprojekte einjährige Aufenthalte in der BRD.

4. Inter Nationes (IN) e. V.

Die IN fungiert als zentrale Lieferstelle für gedrucktes, belichtetes und magnetisiertes Propagandamaterial, das Goethe-Institute und BRD-Botschaften auslegen, ausleihen oder sonstwie verwenden. Täglich werden etwa 9.000 Propagandasendungen mit einem Gesamtgewicht von ca. 6.000 kg ins Ausland verschickt, darunter eine illustrierte scala in einer Auflage von 300.000.

5. Institut für Auslandsbeziehungen (IfA)

Die IfA ist eine bereits 1917 unter Schirmherrschaft von König Wilhelm II. von Württemberg gegründete öffentlich-rechtliche Anstalt

„mit dem Zweck, Auslandsdeutsche an ihre verlassene Heimat zu binden und in dieser von deren Pioniertaten zu künden“ (Die Zeit). Sie stellt heute u. a. Ausstellungen für das Ausland zusammen, führt eine Spezialbibliothek und Auskunftsstelle über internationalen Kulturaustausch und gibt die theoretische Zeitschrift für Kulturaustausch heraus.

Finanzierung

Alle Mittlerorganisationen werden mehr oder weniger vom Auswärtigen Amt und anderen offiziellen Stellen finanziert und sind deren politischer Linie verpflichtet. Im einzelnen sehen die Abhängigkeiten wie folgt aus:

Organisation	Ausgaben 1977 in Mio DM	Hauptgeldgeber
GI	128,9	Ausw. Amt (AA)
DAAD	96,4	AA, BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft), BMZ (Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit)
AvH	27,9	AA, BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie), BMZ
IN	29,9	AA, Bundespresseamt (BPA)
IfA	10,9	AA, BPA

(Alle Angaben nach: Die Zeit, Nr. 24/8. 6. 1979)

Die sowjetische Ethnographie diskutiert in diesem Zusammenhang das „ethnische Paradoxon“ der Gegenwart — eine „Tendenz zur Verstärkung des ethnischen Selbstbewußtseins, ungeachtet der Abschwächung ethnischer Eigenschaften“²¹. Diese Tendenz ist zwar erkannt, sie wird aber nicht in ihrem dialektischen Zusammenhang mit der Tendenz zur Entwicklung einer „Weltkultur“ diskutiert. Der sowjetische Ethnologe Bromlej schreibt: „Neue Ethnien . . . werden auch in absehbarer Zeit entstehen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die gesamte Menschheit eine einheitliche kulturelle Gemeinschaft bildet“²². Der Weg zu dem von Lenin „vorhergesagten globalen Zusammenschluß der Nationen“ sei „außerordentlich lang und kompliziert“; ihn „künstlich zu forcieren“ ist als „nationaler Nihilismus“ genauso falsch wie Hemmung dieses Prozesses durch Nationalismus²³. Dies ist jedoch nur eine Kompromißformel, die alles offen läßt.

Kulturpolitik internationaler Organisationen und nationaler Befreiungsbewegungen

Die kulturrelativistischen Theorien der angelsächsischen Kulturanthropologie betonen Wert und Eigenheit jeder Kultur und anerkennen damit deren Bedeutung als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens. Indem sie aber für die Beziehungen der Kulturen untereinander keine Theorie liefern (vielmehr tendenziell ebenfalls europazentristische Praxis legitimieren), sind sie für eine Theorie der Außenkulturbeziehungen wenig hilfreich²⁴. In der Praxis darf es nicht nur um formale Nichteinmischung (wie in der Vorstellung von Partnerschaft und Gegenseitigkeit), auch nicht nur um neutrale Hilfe gehen (wie Czempiel vorschlägt), sondern um den aktiven Schutz der eigenen Entwicklung jeder Kultur im Rahmen der selbständigen gesellschaftlichen Entwicklung (wie sie im Prinzip nur im Rahmen eines anti-kapitalistischen Entwicklungsweges möglich ist).

Zwischen wirtschaftlicher und kultureller Entkolonialisierung bestehen enge Beziehungen. „Der Übergang zu einer Gesellschaft mit einem höheren Stand der Produktivkräfte verlangt

eine Erhöhung des Kulturniveaus“²⁵. Damit verbunden ist die aktive Einbeziehung der Bevölkerung in die Gestaltung und Lenkung des Aufbaus der Gesellschaft; zwischen kultureller und politischer Emanzipation besteht ein enger Zusammenhang.

Diese hohe Bedeutung des kulturellen Faktors findet einen Niederschlag in kulturpolitischen Dokumenten. Die konkrete internationale Kulturpolitik hat dabei an verschiedenen Stellen bereits Ergebnisse gezeitigt, die der notwendigen theoretischen Reflexion Anstöße verleihen können und als Teil des realen kulturellen Entwicklungsprozesses mit einbezogen werden müssen (und die Forderung, sich an internationale Abkommen inhaltlich und nicht nur verbal zu halten, kann in der BRD heute in diesem Bereich ein wichtiger Programmpunkt sein).²⁶

In der Empfehlung der UNESCO-Konferenz von Nairobi 1976 „über die Teilnahme und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben“²⁷ werden „Würde“ und „Wert“ jeder Kultur betont; kulturelle Identität und Kontakte zwischen den Kulturen gehören — anders als bei Czempiel — zusammen.

Die vom Kulturrelativismus propagierte prinzipielle Gleichwertigkeit soll auch institutionell abgesichert werden. Dazu gehören auch „Maßnahmen . . ., um den verderblichen Einfluß der ‚kommerziellen Massenkultur‘ zu bekämpfen, die die nationalen Kulturen und die kulturelle Entwicklung der Menschheit gefährdet, die Herabwürdigung der Persönlichkeit zur Folge hat und einen außerordentlich schädlichen Einfluß auf die Jugend ausübt“. Bezüglich der internationalen Zusammenarbeit erscheint als leitendes Prinzip der Versuch der institutionellen Absicherung der Vielfalt. Die Mitgliedsstaaten sollen „den kulturellen Austausch fortentwickeln und vielfältiger gestalten, um eine immer gründlichere Beurteilung der Werte jeder Kultur zu gestatten und insbesondere die Aufmerksamkeit auf die Kulturen der Entwicklungsländer zu lenken, was einen Achtungsbeiwert für die kulturelle Identität dieser Länder bedeuten würde“. Als nationales Beispiel zeigt das Programm der FRELIMO-Partei von Moçambique exemplarisch, welche Rolle Kultur programmatisch zugeschrieben werden kann. Es proklamiert: „Im

Bereich der Kultur fördert die Partei alle kulturellen Ausdrucksformen des moçambiquanischen Volkes, indem sie ihnen revolutionären Inhalt verleiht und sie auf nationaler und internationaler Ebene verbreitet, um spezifische moçambiquanische Eigenheiten herauszustellen. Unter der Leitung der Partei ist die Kultur eine wertvolle Waffe für die revolutionäre Erziehung unseres Volkes und dadurch im ideologischen Kampf. Die Hauptaufgaben der Partei im Bereich der Kultur bestehen darin, die künstlerische Betätigung der Volksmassen anzuregen und anzuleiten“.

Eine besondere Rolle spielen neben modernen Medien wie Film und Buch dabei (wie in Europa im 19. Jahrhundert) traditionelle Volkskultur-Elemente. Es sollen „alle Elemente des kulturellen Ausdrucks unseres Volkes studiert und bewahrt werden. In dieser Hinsicht sind die Sammlung mündlich überlieferter Traditionen und deren Studium von besonderer Bedeutung.“²⁸

Die Entwicklung der Auswärtigen Kulturpolitik der BRD den Staaten der Dritten Welt gegenüber verlief von der Konzeption der kulturellen Selbstdarstellung, gerichtet an anpassungswillige

Eliten, über „Austausch und Zusammenarbeit“ Ende der 60er Jahre (mit Erweiterung der Zielgruppen, mit erweitertem Kulturbegriff und nur noch unterschwelliger Vermittlung von Vorbildern) hin zum (noch nicht realisierten) Konzept der Favorsierung von „Kulturhilfe“ bei Czempiel. Sie läuft parallel zum wachsenden Selbstbewußtsein der Staaten der Dritten Welt. Aber auch innenpolitische Widersprüche finden in der AK ihren Niederschlag. Die jüngeren Mitarbeiter der AK und der Bildungs- und Entwicklungshilfe sind nicht widerspruchlos als Agenten des Imperialismus einsetzbar. Sie gehen oft mit fortschrittlichen, wenn auch gelegentlich illusionären Vorstellungen an ihre Arbeit. Notwendig ist es daher, verstärkte Aufmerksamkeit auf diesen Bereich zu lenken, die Theoriebildung voranzutreiben und die vorhandenen Widersprüche zu analysieren. Fortschrittliche Politik in der BRD muß an diesen Widersprüchen anknüpfen, die Ansprüche der Staaten der Dritten Welt anerkennen und stützen und so die kulturelle Vielfalt der Weltkulturen und die kulturelle Identität der Völker gleichzeitig sichern helfen.

Anmerkungen:

- 1) Ähnliche Thesen werden vertreten in: A. Klingshirn/D. Kramer, Kultureller Austausch oder Strategie der außenpolitischen Einwirkung?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6/1978, S. 737—751; dieser Artikel überschneidet sich vom Material her nur in wenigen Punkten mit dem vorliegenden, so daß er als Ergänzung herangezogen werden kann. Weitere wichtige Literatur, soweit sie hier nicht zitiert ist: Zeitschrift für Kulturaustausch, hrsg. im Auftrag des Instituts für Auslandsbeziehungen von Dr. M. Rehs, im 29. Jg. 1979; C. Doka, Kulturelle Außenpolitik, Zürich 1956; M. Abelein (Hrsg.), Deutsche Kulturpolitik, Düsseldorf 1970
- 2) W. Scheel, Ziele und Aufgaben der Auswärtigen Kulturpolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 10/27. 1. 1971, S. 84—86, hier: S. 84
- 3) H. Hamm-Brücher, Wirtschaftsriebe als Kulturgartenzwerg, in: Die Zeit, 23. 9. 1977
- 4) W. Scheel, a. a. O., S. 85
- 5) H. Arnold, Kulturexport als Politik? Aspekte auswärtiger Kulturpolitik, Tübingen/Basel 1976, S. 154. Arnold war der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes.
- 6) Leitsätze für die auswärtige Kulturpolitik (1970), abgedruckt bei: H. Arnold, ebenda, S. 257—265
- 7) R. Schlagintweit, Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitik, in: Außenpolitik, 3/1974, S. 255—270, hier S. 255
- 8) W. Scheel, a. a. O., S. 86
- 9) Kulturabkommen mit Afghanistan vom 18. 4. 1961
- 10) E. O. Czempiel, Überlegungen zu einer symmetrischen Gestaltung der Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den afrikanischen Staaten (Arbeitspapier, Arusha, 8.—12. Januar 1979, abgedruckt in: epd-Dokumentation, Nr. 10/1979, S. 40—51, hier und im folgenden: S. 41, 42, 43, 46, 47, 48
- 11) Frankfurter Rundschau (FR), 23. 4. 1979
- 12) E. O. Czempiel, a. a. O., S. 45
- 13) Ebenda, S. 46, vgl. S. 51
- 14) FR, 31. 10. 1978
- 15) Vgl. AIB 1/1979, S. 40
- 16) Vgl. R. Jungk, Neue Welt-Informationsordnung, in: Medium, Nr. 2/1979, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 2. 1979; vgl. auch die Rede des algerischen Botschafters M. Sahnoun bei der Verleihung des „Journalistenpreises Entwicklungspolitik 1978“ in Bonn am 23. 4. 1979, vgl. FR, 24. 4. 1979
- 17) Vgl. z. B. W. Plum, Arbeiterberichte über die Anfänge der modernen Arbeitswelt (Hefte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Soziale und kulturelle Aspekte der Industrialisierung), Bonn-Bad Godesberg 1975
- 18) H. Stirner, Die Agitation und Rhetorik Ferdinand Lassalles, Marburg 1978, S. 125. Zu ähnlichen Auffassungen von Eduard Bernstein vgl. Anm. 85 bei A. Klingshirn/D. Kramer, a. a. O., S. 749
- 19) Marx-Engels-Werke, Bd. 4, S. 466
- 20) W. I. Lenin, Werke, Bd. 19, S. 272
- 21) J. V. Bromlej, Ethnos und Ethnographie, Berlin 1977, S. 98
- 22) Ebenda, S. 141
- 23) Ebenda, S. 161
- 24) Vgl. H. J. Hildebrandt, Kritische Bemerkungen zum Kulturrelativismus und seiner Rezeption in der deutschen Ethnologie, in: Köl-

ner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1/1978, S. 136—157

- 25) Kulturprozesse in den ehemals kolonialen Ländern, Einführung in die marxistisch-leninistische Kulturtheorie, Lehrbriefmaterial für die Aus- und Weiterbildung, Abschnitt II, 10. Thema, hrsg. von der Akademie für Weiterbildung beim Ministerium für Kultur, Berlin 1976, S. 10, vgl. S. 7/8
- 26) Dies gilt z. B. auch für die kulturpolitischen Grundsätze der KSZE-Schlußakte, vgl. A. Klingshirn/D. Kramer, a. a. O., S. 738/739
- 27) Vgl. dazu und zum folgenden: Bundesrats-Drucksache 638/1977, S. 2, 5, 17
- 28) Text in: AIB 5/1977, S. 39—46, hier: S. 42 f.

IMSF und AIB (Hrsg.) Neokolonialismus der BRD und anti- imperialistischer Befreiungskampf



Marxismus aktuell

120 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 7,50 DM
ISBN 3-88012-573-2 · Herausgegeben von IMSF und AIB



Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

neu

Krisenstrategien zum Südlichen Afrika



Die revolutionären Entwicklungen im Südlichen Afrika ließen die Zahl von Publikationen anschwellen, die sich als „Krisenliteratur“ bezeichnen lassen. Ihr gemeinsamer Anspruch: Handlungsanweisungen, Lösungen für die als Krise aufgefaßte Entwicklung zu liefern. Neben Arbeiten konservativer und reaktionärer Richtung (z. B. G. Gillissen, K. Stephan) sind zwei liberal bzw. sozialdemokratisch inspirierte Titel erwähnenswert. Zum einen

Ernst-Otto Czempiel, Friedenspolitik im südlichen Afrika, Kaiser-Grünwald Verlag, München-Mainz 1976, 172 S., 19,80 DM.

Dieser Band stellt gewissermaßen das Fazit und die Leitlinie einer unter dem Titel „Studien zum Konflikt im Südlichen Afrika“ herausgegebenen Reihe dar, die vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEP) als Projekt erarbeitet wurde. Erklärtes Ziel der Reihe ist „Praxisbezug“, die Absicht, Handlungsänderungen durch Entwicklung konkreter Vorschläge zu erreichen (S. VIII). Am Anfang steht bereits die dogmatische Festlegung des „empirisch-analytischen Wissenschaftsbegriff(s)“ als „allein angemessen“ (ebenda). Das Konzept weiß sich „in Einklang mit den Steuerungsmechanismen der liberalen demokratischen Gesellschaft“ (ebenda). Das verheißt nichts Gutes.

Czempiels Absicht besteht darin, eine „Friedensstrategie“ für die BRD zu entwerfen. Ihre Begründung ist indessen rein moralisch (S. 11). Zwar seien keine „Verbreitung des jeweils eigenen Herrschaftssystems und der eigenen Ideologie“ intendiert (S. 9), aber gleichzeitig bemüht Czempiel durchgängig das abgegriffene Stereotyp, das revolutionäre Veränderungen in Afrika mit sowjetischer „Machtpolitik“ in eins setzt. Worin also besteht das Ziel? In der Anwendung eines flexiblen Instrumentariums gegenüber unerträglich gewordenen politischen Verbündeten. Zu langes Zögern nämlich hätte beispielsweise, „der erschreckendste Beleg“, in Portugal fast „den Kommunismus an die Macht gebracht“ (S. 13). Damit ist die Katze aus dem Sack.

Czempiel unterzieht dann die einzelnen „Akteure“ einer kursorischen Betrachtung: die UNO, die OAU, die Befreiungsbewegungen (die kurzerhand als deren „handelnder Arm“ (S. 31) vereinnahmt werden), die Gewerkschaften (nur den IBFG) sowie die Kirchen. Über Südafrika werden verharmlosende Statements verbreitet: „Es wird aber nicht gemordet.“ (S. 28) Der Strategie des bewaffneten Kampfes wird mit wohlgesetzten theoretischen, wengleich am Kern stets vorbeigehenden Überlegungen die letzte Berechtigung abgesprochen. Gnädig wird moralisches Verständnis eingeräumt. Politischen Aussagen entzieht sich die Arbeit — gemäß ihrem Wissenschaftsbegriff — völlig. Ein in seiner Massierung von Wörtern wie „Akteur“, „Einwirkung“ usw. unerträglicher, zugleich qualmiger Stil wirkt auf politische Sachverhalte wie ein Desinfektionsmittel: Es wird „analysiert“ als sei es ein Experiment der Dampfdrucktechnik. Gerade das aber ist es nicht. Daß der gestelzt-wissenschaftlich-„neutrale“ Stil ohne weiteres Erzeugnisse der Zeitungsfeuilletons wie „Supermächte“ integriert, spricht Bände.

Es kennzeichnet Czempiels Position zur Problematik, daß er das rassistische Konzept der „Bantustanisierung“ durchaus „prinzipiell als eine Möglichkeit“ ansieht, „die friedliche Koexistenz der Rassen in Südafrika zu gewährleisten“ (S. 72).

Entsprechend fallen Czempiels Lösungsvorschläge mager aus. Neben manchem, was Ansatz einer Veränderung in der Politik der BRD sein könnte (Erschwerung von Auswanderung etwa), findet sich der Vor-

schlag, die BRD möge zur Optimierung des Bantustan-Programms beitragen (S. 73), oder die Idee, Südafrika wirtschaftliche Anreize für politisch-soziale Reformen zu bieten (S. 82). „Wandel durch Handel“ wie gehabt, oder — so Czempiel — „Überredung“.

Fazit: Ein Konzept, das wenig über den Status quo der Bonner Politik hinausgeht.

In mancher Hinsicht hebt sich von Czempiels Buch positiv ab: **Helmut Bley/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn, Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik, rororo-aktuell 4270, Reinbek 1978, 348 S., 8,80 DM.**

In einer Anzahl verschiedener Artikel werden Aspekte der Bonner Afrika-Politik behandelt, so der Komplex der Entwicklungspolitik ebenso wie das Thema „Wird Afrika rot?“ (S. 169 ff); einführende Daten stehen neben der Behandlung regionaler Themen. Im Vordergrund steht auch hier die Südafrika-Frage. Das Interesse der Autoren gilt vor allem der „Frage, wie Bonn auf die diversen Krisen Afrikas — vor allem im südlichen Afrika reagiert hat“ (S. 9). Abgerundet wird der Band durch ein 33 Thesen umfassendes Memorandum zur BRD-Politik.

Die einzelnen Artikel sind von unterschiedlicher Qualität. So fallen etwa die von Grohs („portugiesische Afrika-Politik“) oder Ruth Weiss („Rhodesien-Konflikt“) erheblich hinter die meisten anderen zurück, die sich durch materialreiche, teils realistische Einschätzungen und zuweilen ernsthaftes Bemühen auszeichnen. Durchgängig wird an der Afrika-Politik Bonns Kritik geübt, zumal an ihrer Doppelbödigkeit, ihren Widersprüchen und Borniertheiten (etwa S. 33 ff). Zu fragen ist jedoch, ob es sich tatsächlich, wie gesagt wird, ausschließlich um „Fehlleistungen“, „Defizite“ und dergleichen handelt (S. 10). Ebenso, was denn eigentlich der Maßstab für die Krise an der Bonner Politik ist. Ersteres kann nur ernsthaft behauptet werden, wenn man davon ausgeht, daß diese BRD tatsächlich nur aufgrund von Fehleinschätzungen usw. gehandelt hat. Ausgeblendet bleibt dabei die Frage, ob nicht der Charakter der BRD als imperialistischer Staat diese Politik zwingend nach sich zog und zieht — was u. E. der Realität entspricht. Folgerichtig nimmt die Kritik frühzeitig eine fatale Richtung. Hätte Bonn anders — im Sinne von Tetzlaff, Mathies oder Rode gehandelt — so stünde sie nun anders da. Standpunkt der Autoren ist also mitnichten das genuine Interesse der Völker Afrikas, der gegen von eben der BRD unterstützte rassistische Regimes kämpfenden nationalen Befreiungsbewegungen, sondern dasjenige der BRD — einer imperialistischen Macht. Bei Rode kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck. Vom Westen und „seinen Interessen“ ist da die Rede, von „unseren eigenen legitimen Interessen“ (S. 97/98) usw.

Die Zwiespältigkeit des Bandes liegt darin, daß sie positive Ansätze — so fordert das Memorandum z. B. immerhin die Respektierung des bewaffneten Kampfes, spricht sich gegen westlichen Interventionismus aus — mit dem durchgängigen Klischee vereinbart, es gelte, der Sowjetunion (in allen ihren publizistisch behandelten Maskeraden wie Kuba, Angola usw. vorgestellt) Paroli zu bieten. Das Raster „Griff Moskaus“ beherrscht das Denken der meisten Autoren. Mathies, der sich mit dem Realitätsgehalt der Behauptung einer sowjetischen Bedrohung zu beschäftigen vorgibt, kommt trotz einiger realistischer Einschränkungen letztlich wieder bei einer Bestätigung dieses Propagandaklischees heraus. So werden etwa bei der Abhandlung der Legende von der Bedrohung der Seewege um Afrika nicht etwa die Prinzipien sowjetischer Politik und die Fakten in notwendiger Ausführlichkeit dargestellt: nein, zu schwach sei die UdSSR bloß und das militärische Risiko zu hoch — um sodann zur Erörterung angeblicher „Teilziele der UdSSR“ überzugehen (S. 175).

Die positiven Absichten einiger Autoren verdienen Beachtung. Sie werden jedoch erheblich in ihrem Wert gemindert durch methodische Sinnlosigkeit wie Tetzlaffs akribische Aufzählung von unterschiedslos als „zwischenstaatliche Krisenherde“ benannten völlig verschiedenen Konflikten (S. 14/15), vor allem aber durch die Zwangsvorstellung, alles ins Korsett der Bedrohungslegende zwängen zu müssen. Gehen auch einige der gemachten Vorschläge über Czempiels Arsenal hinaus, so bleibt doch das Ergebnis, daß auch hier der Versuch unternommen wird, sozialliberale (Süd-) Afrika-Politik im Interesse eben dieser imperialistischen BRD stromlinienförmiger gestalten zu helfen.

J. Ostrowsky

Iran

Bei den Wahlen eines Expertenausschusses zur Vorbereitung der Verfassung für die Islamische Republik Iran — Verabschiedung des vorliegenden 150-Artikel-Entwurfes nach Überarbeitung durch eine Volksabstimmung — erhielt am 3. August d. J. die Islamisch-Republikanische Partei von Ayatollah Khomeini mit 63 von 70 Mandaten die klare Mehrheit. Die konsequenten Linkskräfte konnten hingegen bei diesen Wahlen keinen entscheidenden Einfluß erringen. Hatte die iranische Großbourgeoisie nach den im Juli beschlossenen Verstaatlichungsgesetzen keinen Wahlboykott erreicht, so intensivierte sie im Verein mit internationalen Konzernen und untergetauchten SAVAK-Agenten ihre gegenrevolutionären Aktivitäten. Die religiöse Führung reagierte auf diesen Druck nicht mit der Mobilisierung der Volksmassen zur Lösung der dringendsten Probleme des Landes. Vor allem in Iranisch-Kurdistan spitzte sich die Lage zu. Mit hochmoderner Militärtechnologie versuchten Regierungstruppen aus der Luft und zu Lande die Forderungen der Kurdenbevölkerung nach innerer Autonomie im Rahmen eines iranischen Einheitsstaates aus der Welt zu schaffen. Eine demokratische Lösung der Nationalitätenfrage im Vielvölkerstaat Iran aber ist für die Perspektive des revolutionären Prozesses ebenso bedeutungsvoll wie das Anpacken weiterer bisher offener Probleme, z. B. einer demokratischen Agrarreform, der Vertiefung der Verstaatlichungspolitik, der radikalen Demokratisierung der Armee oder der Schaffung einer revolutionären Einheitsfront des Volkes. Ermutigt wird die Konterrevolution durch weitere Schwächen der Regierung, die sich, so die Tudeh-Partei in einem Offenen Brief vom 23. 7. 1979, „im wesentlichen an den Interessen der liberalen Bourgeoisie im Iran orientiert.“ Von Ministerpräsident Bazargan („Wir hoffen, daß Bazargan das Rennen machen wird“, so ein Sprecher des US-Außenministeriums gegenüber der Newsweek vom 3. 9. 1979) und seiner Regierung sind indessen die Aufhebung der Verfolgung der Linkskräfte und des Verbots ihrer Zeitungen gefordert.

Indien

Seit Juli d. J. dreht sich in Indien wieder das Regierungskarussell. Der Spaltung der seit 1977 regierenden Janata-Partei sowie dem Rücktritt der Regierungen Desai und Singh und der Ansetzung von Neuwahlen im Dezember d. J. liegen zwei Hauptursachen zugrunde. Zum einen zerbrach die Janata-Partei an ihrer eigenen Heterogenität. Hatte sie anfangs noch die Ablehnung des autoritären Regierungsstils Indira Gandhis zusammengeschweißt, traten alsbald die Kämpfe und die Vorherrschaft innerhalb der Janata-Partei in den Vordergrund. Die Partikularinteressen der Partei der Unberührbaren, der Sozialisten, der Partei der Großbauern sowie der rechtsnationalen Jana Sangh brachen sich in Stürzen von Provinzregierungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems Bahn. Wesentlich für das Scheitern der Janata-Regierung war ihr nur vages Wirtschaftsprogramm. Für die Wahl im Dezember stehen sich Teile der Janata-Partei und die Kongresspartei Indira Gandhis auf der einen und ein Linksbündnis auf der anderen Seite gegenüber, das aus der KP Indiens, der Revolutionären Sozialistischen Partei, der Bauern- und Arbeiterpartei sowie dem Vorwärtsblock besteht.

Brasilien

Die Forderung nach einer allgemeinen Amnestie für politische Gefangene zählt zu den Kernpunkten des politischen Programms der antidiktatorischen Massenbewegung Brasiliens. Ende August d. J. hat jetzt der brasilianische Kongreß ein von der seit dem 15. März amtierenden Regierung Figueiredo eingebrachtes Amnestiegesetz gebilligt, das zwischen 4 000 und 5 000 inhaftierte Personen betrifft. Entsprechend dem vom Regime angestrebten „kontrollierten Wandel“ zur „relativen Demokratie“ (vgl. AIB Nr. 2/1979) handelt es sich jedoch um eine Amnestie mit Einschränkungen. Erstens sind solche Personen ausgeklammert, die nach Ansicht des Regimes „terroristische Aktionen“ begangen haben; zweitens erfolgt die Freilassung ohne Entschädigung für die Haft und ohne Wiedereinsetzung der Betroffenen in den Militär- und Beamtenstand. (Allein 1 300 der aufgrund der faschistischen Sondergesetze in Haft genommenen Personen sind Militärs, 1 100 sind Beamte.) Das neue Amnestiegesetz trägt somit einen zweiseitigen Charakter: Es ist ein deutliches Zugeständnis an die Opposition, ohne jedoch die von der Massenbewegung erhobene Forderung nach einer Generalamnestie einzulösen. Vor allem die fortbestehende Illegalisierung der politischen Oppositionsparteien (mit Ausnahme der MDB) zeigt, daß Verfolgungsmaßnahmen gegen Regimegegner auch in der Zukunft zu erwarten sind.

Angola



Wenige Tage vor seinem 57. Geburtstag starb in Moskau am 11. September **Dr. Agostinho Neto**, Präsident der Volksrepublik Angola, Führer der angolanischen Revolution, Arzt, Dichter. Sein Tod ist ein schwerer Verlust für das angolanische Volk, das revolutionäre Afrika wie für die gesamte fortschrittliche Menschheit.

Agostinho Neto wurde am 17. September 1922 bei der Ortschaft Icolo e Bengo in der Nähe Luandas geboren. Nach einer Oberschulbildung nahm er 1947 in Portugal ein Medizinstudium auf. Sein Engagement für das Schicksal des angolanischen Volkes brachte ihn in Kontakt mit bestehenden Gruppierungen anderer aus den afrikanischen Kolonien Portugals stammender Intellektueller. Er traf die späteren Führer der revolutionären Befreiungskämpfe in Moçambique, Guinea-Bissau/Kapverden, Sao Tome und Príncipe: Amilcar Cabral, Marcelino dos Santos, Eduardo Mondlane und andere. Er arbeitete mit an einer 1948 gegründeten Kulturzeitschrift, Mensagem (Botschaft), die über die Wiederbelebung kultureller Traditionen der afrikanischen Völker politisches Bewußtsein zu prägen versuchte. Kontakte zur illegalen Kommunistischen Partei Portugals kamen hinzu. „Wir lernten von den scharfen Auseinandersetzungen in Portugal“, erinnerte sich Neto 1970. „Sie waren uns eine nützliche Lehre“. 1951 wurde er zum ersten Mal vom faschistischen portugiesischen Geheimdienst PIDE verhaftet, vom Februar 1955 bis Juni 1957 folgte eine zweite Haftzeit. 1958 promovierte Neto, kehrte zurück nach Angola, wo er die Antikoloniale Bewegung (MAC) gründete, die Patrioten aus den verschiedenen Kolonien vereinte. Er wurde Mitglied der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA), die ihn, den international bereits anerkannten Dichter, 1960 zum Präsidenten wählte, während er erneut inhaftiert war. 1957 hatte eine internationale Schriftstellerkampagne zu seiner Freilassung geführt, an der u. a. Sartre, Aragon, Mauriac beteiligt gewesen waren. Am 4. Februar 1961 wurde mit einem Sturm auf das Gefängnis von Luanda der bewaffnete Aufstand durch die MPLA eröffnet. Im Jahr darauf gelang Neto die Flucht aus der Verbannung in Portugal. Er übernahm die Führung der MPLA, die sich nach schweren Rückschlägen in den Anfangsjahren allmählich Einfluß und internationale Anerkennung zu erkämpfen vermochte. Ihren Rückhalt im angolanischen Volk verdankte sie ihrer klaren Programmatik, die sie im Kampf und in den befreiten Gebieten politisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell erfolgreich umzusetzen verstand. Die MPLA überstand unter Netos Führung innere Krisen, blieb siegreich im zweiten Befreiungskrieg gegen die Konterrevolution und steht an der Spitze der heutigen revolutionären Entwicklung Angolas.

BRD - Chile

Die Imagepflege der Pinochet-Junta ist schon zu einer Pflichtübung für die CDU/CSU-Führung geworden: Was noch im Oktober 1973 mit der Santiagoreise des CDU-Parlamentariers Heinrich Gewandt begann und im November 1977 in dem Chile-Besuch des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß (siehe AIB, Nr. 9/1978) gipfelte, führte nun im August 1979 der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger fort, nämlich den systematischen Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zur faschistischen Pinochet-Junta. Dregger meinte als Reisefazit eine „wesentliche Verbesserung der Lage“ feststellen zu müssen. Mehr noch beklagte er es als ungerechtfertigt, „Chile zum ‚schwarzen Schaf‘ der Staatengesellschaft zu machen“. Die 2 500 verschwundenen Chilenen oder das vom christdemokratischen Parteiführer Eduardo Frei vorgeschlagene 7-Punkte-Programm für die Rückkehr zur Demokratie ließ Dregger unerwähnt. Die sozialliberale Bundesregierung assistierte ihm denn auch noch mit der Einladung des Junta-Außenministers Hernan Cubillos zum 17. September d. J. nach Bonn.

Die Bundeswehr östlich von Suez?

Vor ein paar Jahren zierte man sich noch in der bundesdeutschen Kapitalpresse: „Deutschland — Weltmacht wider Willen“, hieß es da im Spiegel (Nr. 1—2/1975). Heute, 40 Jahre nach Beginn des zweiten vom deutschen Imperialismus geplanten Weltkrieges um die Weltherrschaft — ist es wieder soweit: Der Griff nach globaler militärischer Präsenz und Einflußnahme wird offen propagiert. Die Erben der „alldutschen“ Fanatiker, der Revisionspolitiker Weimars, der braunen Weltherrschaftsstrategen sind am Werk. Sie hatten sich lediglich veränderten Bedingungen anzupassen — die Ziele sind nicht geändert.

Ihr publizistischer Vorreiter verkörpert selbst die Kontinuität imperialen Strebens: Adelbert Weinstein, der sein geistiges Rüstzeug als Generalstähler in Hitlers Armeen erhielt, Oberst d. R. der Bundeswehr, Bundesverdienstkreuzträger und heute „Vorwärtsverteidiger“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Binnen weniger Wochen entfaltete er in Kommentaren und Leitartikeln das Szenarium, das der Bundeswehr zur aktiven Teilnahme an kriegerischen Operationen und Drohmanövern in globalem Maßstab verhelfen soll:

„Das Kriegsrisiko ist minimal“

Kritik an einem vorgeblichen „Rückzug auf der ganzen Linie“ seitens der USA, die „schon unter Kissinger . . . die Politik des ‚großen Stockes‘ aufgegeben hätten (FAZ, 28. 7. 1979), folgen Genugtuung und Lob: „Da sind die Franzosen ganz anders“, schickt doch „Paris seine strategische Reserve ungeniert an die Plätze, die zu sichern im westlichen Interesse ist“ (FAZ, 16. 8. 1979). Es folgt die in einem solchen Weltbild logische Forderung, die NATO müsse in der Region des Persischen Golfes eine „zweite Front“ bilden und zu diesem Zweck eine ständige Eingreifreserve für „Krisenfälle“ bilden — selbstverständlich unter Beteiligung der Bundeswehr (FAZ, 22. 8. 1979). Damit „das Ausscheiden nationaler strategischer Reserven, die als Feuerwehren bereitgehalten werden müssen, wenn ‚östlich von Suez‘ befreundete Ölländer um Hilfe rufen sollten“, realisierbar wird, macht sich A. Weinstein ausgerechnet am 1. September, dem Antikriegstags, für ein weiteres Konzept stark: „offen“ über „eine europäische Force de frappe“ zu reden, d. h. französische Atomwaffentechnologie + BRD-Kapital = europäische Nuklearstreitmacht. Im Klartext: endlich westdeutsche Hände am Atomkriegshebel.

Daß der Münchner Merkur am 24. Juni d. J. in noch schärferer Tonart verlangt hatte, „Ziel des Westens“ müsse „sein, die Ölfelder zu besetzen“, oder daß der Springer-Journalist Paul C. Martin in einem Blättchen namens basis militärisch knapp konstatiert hatte: „Die Antwort kann nur lauten: Einmarsch . . . Das Kriegsrisiko ist minimal“, mindert nicht die Vordenkerrolle des Kapitalsprachrohrs FAZ. Es zeigt vielmehr, daß das Rasseln mit dem Säbel, das Denken in Kategorien eines neuen „Panthersprungs“, das Einkalkulieren von Kriegsrisiken durch bestimmte Kreise in der BRD wieder erschreckende Ausmaße angenommen hat. Daß es nicht auf die Rechtspresse der BRD beschränkt ist, deren Tradition in derlei Hinsicht unübertroffen ist, machen die Absonderungen eines gewissen CDU-MdB Todenhöfer (immerhin entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion) deutlich, der in dümmlicher Voreiligkeit eine Eingreiftruppe der NATO favorisierte — und damit das forderte, was andere weniger offen kundzutun pflegen.

Zehn Jahre nachdem die einstige Vormacht Großbritanniens ihre Präsenz östlich von Suez faktisch beenden mußte, bahnt sich hier eine Politik an, die mit rigidem Interventionismus am Rande eines globalen Konflikts, einer neuen „Politik des großen Knüppels“ zurück zur

Kanonbootpolitik, zu den gescheiterten Strategien des „Containment“ (Eindämmung demokratischer Bewegungen) und „Roll back“ (Zurückrollen des Sozialismus à la Vietnam) drängt. Es ist dies eine Politik der Absage an jede Entspannungs-, Abrüstungs- und Friedenspolitik.

Eine „Kritik“, wie sie Karsten Voigt für die SPD im Vorwärts (6. 9. 1979) verfaßte, die sich damit begnügt, Weinstein & Co als „Außen-seiter“ abzutun, ist angesichts dessen Verniedlichung einer realen Gefahr. Denn: Es handelt sich hierbei um das Konzept der reaktionärsten Kreise des BRD-Imperialismus, die die Zeit für reif halten, ihren abenteuerlichen Kurs zu realisieren. Es ist das Konzept des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, der die aggressive Tradition des deutschen Imperialismus verkörpert.

Es ist keineswegs Zufall, daß diese Variante imperialistischer Strategie in der Bundesrepublik und speziell auch in den USA erneut Auftrieb erhält in einer Situation, da der internationalen Einfluß der Westmächte im Schwinden begriffen und die nächste kapitalistische Wirtschaftskrise im Anrücken ist. Daß der BRD-Imperialismus, sein wirtschaftliches und politisches Gewicht nutzend, von neuem mit von der Partie ist, ist erst recht nicht verwunderlich. Wenn Voigt von „Außen-seitern“ spricht, so kennt er die Politik seiner eigenen Parteimitglieder nicht. Im Weißbuch des SPD-Bundesverteidigungsministers G. Leber 1975/76 hieß es: „See- und Seeluftstreitkräfte sind vorzugsweise ein Mittel der politischen Führung, um Krisen zu bewältigen“. Mit „Aktionen im hoheitsfreien Seeraum“, durch „Schiffsbesuche im Ausland“ könne „die internationale Ordnung“ — deutsch: die Vorherrschaft des Imperialismus — gewahrt oder wiederhergestellt werden. Der „Außen-seiter“ sind zuviele.

Leopard II der Bundeswehr im Einsatz

